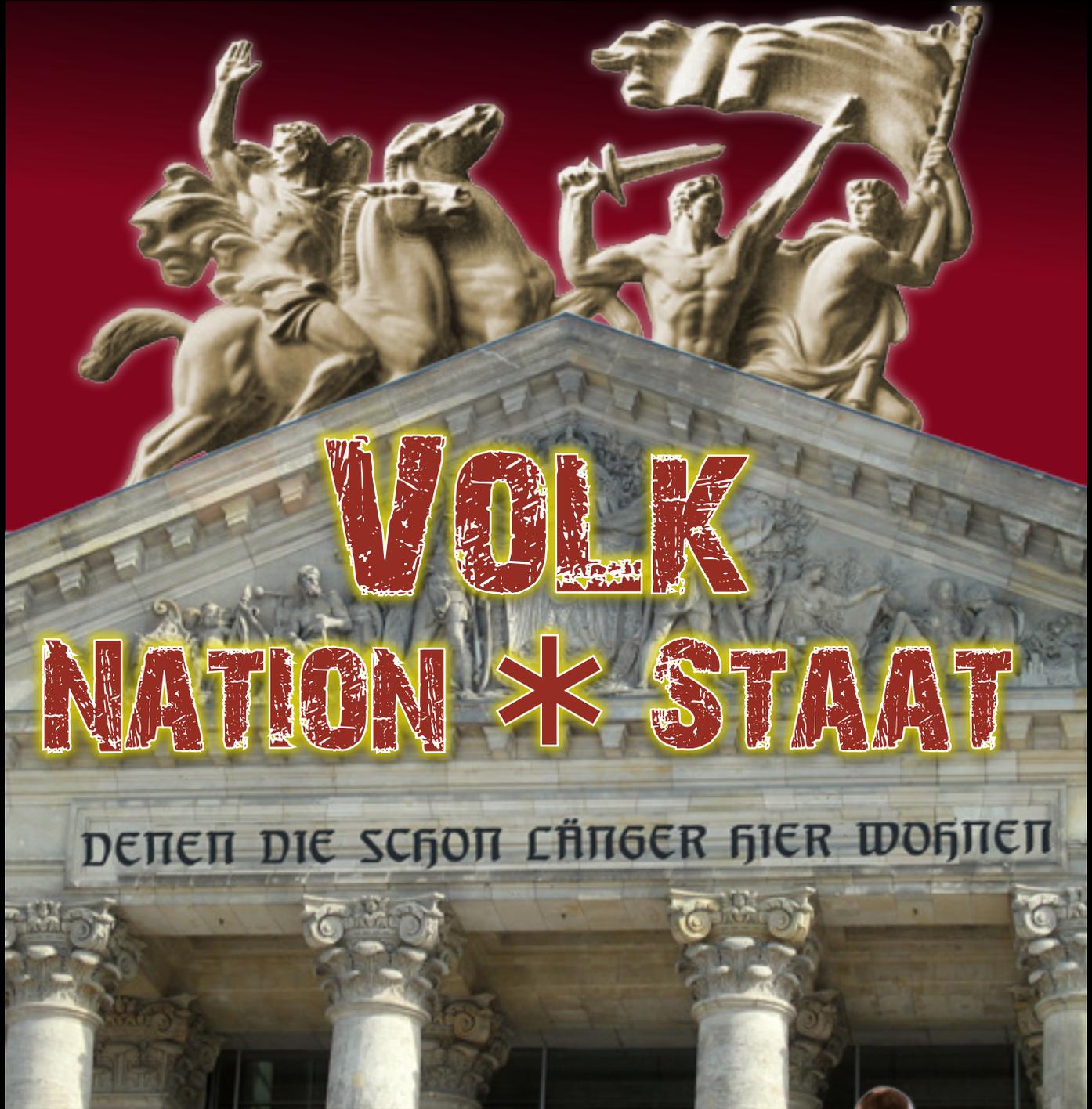


RECON~~Q~~UISTA

Unabhängig - Kritisch - Alternativ



Aktuell

Trumps Triumph:
Wofür steht der
US-Präsident?



Politik/Ver-
schwörung
Merkel & der
Hootonplan



Sport

Kampf der
Nibelungen 2016

Postfaktisch bedeutet in Wirklichkeit nicht, daß sich Menschen heute mehr von Gefühlen als von Fakten beeinflussen lassen, sondern lediglich, daß sie die Lügen der etablierten Politiker und Journalisten nicht mehr glauben.

Inhalt

Zum Geleit	3
Deutschland aktuell	4
Merkels Angriff auf das Grundgesetz	8
<i>Von Marcel Wegmann</i>	
Das Volk - ein verbotener Begriff?	9
<i>Ein Kommentar von Helmut Funke</i>	
Volk, Staat und Nation	10
<i>Von Dennis Krüger</i>	
Dein Volk oder das ewige Leben	12
<i>Von Thorsten Lindemann</i>	
Volkstod und Völkermord	14
<i>Von Helmut Funke</i>	
Trumps Triumph	16
<i>Von Jens Reinhardt</i>	
Volksentscheid und Parlamentarismus	19
<i>Der Staat der Zukunft - Teil 3</i>	
Impressionen vom Kampf der Nibelungen 2016	20
<i>Von Felix Baumeister</i>	
Die Souveränitätslüge	22
<i>Von Marcel Wegmann</i>	
Sieg über die Türken bei Wien 1683	24
<i>Von Dennis Krüger</i>	
Merkel und der Hootonplan	26
<i>Von Carsten Hermann</i>	
Brexit oder die Wende in Europa	30
<i>Von Jens Reinhardt</i>	
Rassenprobleme in den USA	32
<i>Von Thorsten Lindemann</i>	
Europa und die Welt	34
»Lichterflug 2016«	36
<i>Von Andreas Ulrich</i>	
Identitäre Bewegung & Identitäre Aktion	38
<i>Von Helmut Funke</i>	
Deutsche Bank am Abgrund	41
<i>Von Jens Reinhardt</i>	
Bücherschau	42
Genetik Teil 1: Haplogruppen	44
<i>Von Max Kaltmeister</i>	
Aktuelles aus der Wissenschaft	47
Im Streit um die Germanen	48
<i>Von Dennis Krüger</i>	
Wie Schwarz-Weiß-Rot entstand	51
<i>Von Dietmar Poussin</i>	

Reconquista

D. Krüger (V.i.s.d.P.)

Thuseldastr. 3

44149 Dortmund

E- post: info@reconquista.jetzt

Internet: www.reconquista.jetzt

Facebook:

www.facebook.com/reconquista.jetzt

Bildrechte: Archive der Autoren und des Herausgebers (sofern nicht genannt).

Einzelpreis:

5,00 €

Rabatt für Wiederverkäufer: 45 %

Jahresabonnement:

RECONQUISTA

Die Zeitschrift erscheint 3-4 mal im Jahr

4 Ausgaben inkl. Versandkosten im Bereich

der Deutschen Post kosten im

Abonnement: 19,00 €

Schüler und Studenten 15,00 €

Förderabo*: 38,00 €

Bankverbindung auf Anfrage

Spenden via paypal:

info@reconquista.jetzt

Gestaltung: Druckfahne-Medien.de

Gedruckt in Deutschland

Abdruck auch auszugsweise
nur mit Genehmigung des Verlages.

Die Redaktion bemüht sich um die Nennung allen urheberrechtlich geschützten Materials soweit dies möglich ist. Bei Fehlern und Versäumnissen bittet die Redaktion um Mitteilung.

Leserbriefe, Anregung, Kritik an:

Reconquista

Postfach 170113

44060 Dortmund

* Förderabonnenten erhalten je Ausgabe ein zusätzliches Exemplar der Zeitschrift.

Zum Geleit: Demokratie gegen das Volk?

In der letzten Ausgabe von **RECONQUISTA** förderte die Beschäftigung mit dem Thema „Demokratie“ zwei irritierende Ergebnisse zu Tage. Zum ersten bedeutet „unsere Demokratie“ nichts anderes als „unser politisches System“, egal wie demokratisch es ist. Die „demokratische Illusion“, mit der es sich dekoriert, erfüllt eine wichtige Aufgabe: Sie hält das Volk unter Kontrolle.

Zum zweiten wird mit dem abstrakten Begriff „die Demokratie“ etwas Reales vorgetäuscht, das sich bei genauer Betrachtung als phantasievolles Konstrukt erweist. Fazit ist: In „unserer Demokratie“ ist „die Demokratie“ der ideologische Unterbau einer Vielzahl von Täuschungen.

Von diesen Erkenntnissen ausgehend könnte man leicht den Eindruck gewinnen, daß der Begriff „Demokratie“ ganz zu verwerfen sei und die Gegner jeder Form von Demokratie völlig recht hätten, wenn sie für autoritäre Herrschaftssysteme plädieren. Aber so einfach ist die Sache nicht.

Demokratie als „Teilhabe des Volkes“ bleibt unverzichtbar. Auch wenn sie schwer zu verwirklichen ist und Täuschung und Lüge sie umgeben. Aufklärung hierüber ist unsere Aufgabe. Diesem Ziel hat sich **RECONQUISTA** verschrieben.

Den Mißbrauch des Begriffs durch die herrschenden Eliten, die angeblich wissen, was „ die Demokratie“ ist und die behaupten, daß sie mit „unserer Demokratie“ verwirklicht sei, gilt es zu entlarven. Er blockiert jede demokratische Entwicklung. Das übliche Demokratiegerede ist eine erfolgreiche Demokratie-Vermeidungsstrategie, die das Volk in die Irre führt.

Dabei ist es das Volk, das den Kern der Demokratie ausmacht. Das Volk wird jedoch immer mehr zur Nebensache, ja sogar zum Störfaktor. Die formal-demokratische Ordnung wird systematisch entkernt, indem andere Elemente in die demokratische Willensbildung „eingebürgert“ werden. Lobbygruppen, Finanzgrößen, Medienapparate, Nichtregierungs-Organisationen, Zentralräte und Parteien - sie alle erheben Anspruch, Träger demokratischer Mitwirkung zu sein. Auf diese Weise wird ein abstrakter Demokratiebegriff etabliert, der das Gemeinwohl in nebulösen Interessen auflöst und den Willen des Volkes „großen Ideen“ unterwirft. Woher diese stammen, wem sie dienen, bleibt im Dunkeln.

„Europa, Freihandel, ethnische und kulturelle Vielfalt, Weltklima und Menschenrechte“ werden zu Zielen der Demokratie erklärt, und es finden sich überall „begeisterte Demokraten“, die „Europa“, TTIP oder Asyl auch gegen ihre Völker durchsetzen wollen. Statt ihrem Volke zu dienen, erhebt die Politik globale Ideen zu ihrem Maßstab. Jedes

noch so aberwitzige Opfer für das Heil der Welt findet seine „demokratische“ Legitimation.

Diese „Neo-Demokraten“ verkennen, daß die Völker die konkrete Gestalt der Menschheit sind. Demokratie ist Herrschaft des Volkes, durch das Volk und für das Volk, wie die berühmte Definition des US-Präsidenten Abraham Lincoln lautet. Demokratie ohne Volk ist ein Unding. Demokratie gegen das Volk eine Perversion.

Demokratie soll dem Volke dienen - ein Werkzeug seiner Selbstentfaltung sein - und nicht umgekehrt: das Volk einem demokratischen Leitbild unterwerfen, es zum Sklaven von Ideen machen.

Während „die Demokratie“, ein blutleerer und schwammiger Begriff, der auf schönen Illusionen ruht, zum real-existierenden Heiligen verklärt wird, widerfährt dem Volksbegriff genau das Gegenteil. Das Volk, eine für jedermann faßbare und lebendige Realität, etwas aus Fleisch und Blut, wird zur Illusion erklärt, zum Bösen degradiert, und sein Verschwinden wird als Fortschritt der Menschheit gefeiert. Demokratieverklärung und Volksverleumdung entpuppen sich als zwei Seiten der gleichen Münze in der Falschmünzerei politischer Ideen. Hier ist Aufklärung notwendig. Aufklärung sowohl über den Inhalt der Lügen wie auch über ihre Urheber und Profiteure. Einerseits muß man die falsche Demokratie entlarven, ihre Dunkelmänner ans Tageslicht zerren, andererseits den Begriff „Volk“ rehabilitieren und damit „Volk“ und Völker aus einer unverschuldeten Unmündigkeit befreien.

Einen Beitrag zur Aufklärung will **RECONQUISTA** mit dieser Ausgabe leisten. Sie ist dem Thema „Volk“ gewidmet, das wir aus verschiedenen Blickwinkeln unter die Lupe nehmen.

Bisher haben die Völker ihren biologischen und kulturellen Besitzstand von Generation zu Generation weitergegeben. Als Fortpflanzungs-Gemeinschaften. Wird das so weitergehen? Können wir als Volk überleben? Oder gibt es in Zukunft einen „euro-arabokanischen Einheitsmenschen“? Wer will den? Die Frage: Wer bin ich, was ist mein Volk? betrifft unsere Existenz, was wir sind und sein wollen und das, was uns am Herzen liegt.

Die Frage ist nicht neu.

Einer der großen Denker der deutschen Nation, der Philosoph Johann Gottlieb Fichte, hat vor 200 Jahren seinen deutschen Zeitgenossen dazu drei Fragen gestellt:

1. Sind die Deutschen eine Nation?
2. Wenn ja: Wollen wir diese Nation erhalten?
3. Und wenn ja: Was müssen wir dazu tun?

Diese Fragen möchten wir an unsere Leser weitergeben. Sie sind aktueller denn je.

Islam-Terror in Deutschland

Anschläge in Berlin, Würzburg, Ansbach und Hannover - Morde in Freiburg und Hamburg

In den letzten Wochen des Jahres 2016 sorgten zuge-
reiste sogenannte „Flüchtlinge“ primär mit Verge-
wältigungs- und Mordfällen für Aufsehen: Vor allem
der Fall der durch einen afghanischen Flüchtling ver-
gewaltigten und ermordeten Studentin in Freiburg
sowie der heimtückische Mord an einem jungen
Mann in Hamburg sorgten bundesweit für Entsetzen.
Nur Angela Merkel und ihr stetig schrumpfender
Kreis von Unterstützern hielt diese Fälle ebensowenig
wie Hunderte von Fällen sexueller Belästigung
oder Vergewaltigung für einen Grund, die Willkom-
menspolitik in Frage zu stellen. Noch am Montag,
dem 19.12.2016 kurz nach 20.00 Uhr, prophezeite
Merkel auf einer „Integrationsveranstaltung“: „Viel-
falt macht uns reicher, nicht ärmer.“ Zur gleichen
Zeit spielten sich wenige hundert Meter Luftlinie
entfernt auf einem Weihnachtsmarkt vor der Berliner
Gedächtniskirche dramatische Szenen ab: Dutzende
Menschen rangen um ihr Leben, viele waren bereits
tot. Mit einem gekaperten LKW war der Tunesier
Anis Amri auf den Weihnachtsmarkt gerast und hat-
te Buden und Besucher niedergemäht. Die Bilanz der
Terrorfahrt: 12 Tote, darunter der offenbar erschos-
sene ursprüngliche LKW-Führer aus Polen, und 48
zum Teil schwer verletzte Menschen. Nach den isla-
mistischen Messerattentaten in Würzburg und Stutt-
gart sowie den Bombenanschlägen in Ansbach und
Essen mit jeweils einem bis mehreren Schwerverletz-
ten markiert Berlin nun den Höhepunkt der islamis-
tischen Terrorwelle 2016.

Lange Zeit ließen die Medien nach dem Berli-
ner Schreckensereignis offen, ob es sich tatsächlich
um einen Terroranschlag handelte, obgleich schon
früh viel dafür sprach: Der Zeitpunkt, der Ort und

vor allem der vom Tatort geflohene Fahrer. Als am
späten Abend die Festnahme eines kürzlich in die
BRD eingereisten Pakistani gemeldet wurde, schien
alles klar. Doch am nächsten Abend dann die Wen-
dung: Der Festgenommene befände sich auf freiem
Fuß, da keine belastenden Spuren gefunden werden
konnten. Und während sich die Öffentlichkeit noch
fragte, ob die Polizei in weniger als 20 Stunden alle
Verdachtsmomente gegen den Pakistani hätte aus-
räumen können – immerhin soll ein Zeuge den
Mann vom Tatort verfolgt haben –, überraschten
die Ermittler mit einer neuen Meldung: Im Führer-
haus sei eine Geldbörse mit den Aufenthaltspapie-
ren des Tunesiers Anis Amri gefunden worden.
Nach kurzer europaweiter Fahndung dann der vor-
läufige Endpunkt: In der Nacht vom 22. auf den 23.
Dezember wurde Amri in Mailand von einem Poli-
zisten nach einer Routinekontrolle erschossen.

In den Tagen danach kommt heraus, daß der Tu-
nesier aufgrund von Straftaten schon längst hätte
ausgewiesen werden sollen und nicht nur bereits
in Abschiebehaf gesessen, sondern aufgrund einer
Einstufung als islamistischer Gefährder mehrere
Monate überwacht worden war.

Der Berliner Terrorfall hinterläßt aber nicht nur
offene Fragen, sondern auch eine verängstigte Be-
völkerung sowie ein Fazit: Egal ob Amri nun tat-
sächlich der Täter oder nur ein willkommener Sün-
denbock war, haben die Sicherheitsbehörden die
Lage in Deutschland nicht mehr im Griff. Vor allem
die Duldung tausender Krimineller und potentieller
Terroristen, die im Zuge der „Willkommenskultur“
unkontrolliert nach Deutschland eingereist sind, ist
weder nachvollziehbar noch zu entschuldigen.



Der Tatort in Berlin und der mut-
maßliche Täter Anis Amri

485.000 Migranten ausreisepflichtig - lediglich 1800 Abschiebungen pro Monat

Um in der Bundesrepublik Asyl oder einen Auf-
enthaltstitel zu bekommen, benötigt es derzeit
nicht viel: Wenn ein Asylbewerber aus einem Kriegs-
gebiet im weitesten Sinne stammt, erhält er, anders als
noch vor wenigen Jahren, einen dem politischen Asyl
mittlerweile gleichgestellten Aufenthaltsstatus. Die
Zuwanderungslobby „Pro Asyl“ spricht unter Beru-
fung auf das Bundesamt für Migration und Flücht-
linge (BAMF) von „einer bereinigten Schutzquote“
(Anträge ohne Balkanstaaten) von über 90 Prozent
für das Jahr 2015. Syrer, Iraker und Eriträer erhalten
zu fast 100 %, Afghanen und Iraner zu knapp 90 %
einen dem Asyl entsprechenden Aufenthaltstitel. So
heißt es bei „Pro Asyl“ triumphierend, „ein Großteil
derjenigen, die 2015 in Deutschland Schutz suchten,
wird daher dauerhaft im Land bleiben.“

Die Asylverfahren sind also derzeit der eigentli-
che Skandal. Und selbst wenn der Antrag abgelehnt
wird, gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, sich ein
Aufenthaltsrecht auf anderem Wege zu besorgen:
Schwere Krankheit eines Familienangehörigen, Hei-
rat einer oder eines deutschen Staatsangehörigen
oder ein Ausbildungsverhältnis. Wenn auch dies
nicht funktioniert, schützen in der Regel eine Ver-
schleierung der Herkunft oder ein einfaches Unter-

tauchen vor einer Abschiebung. So kommt es, daß
von derzeit etwa 485.000 ausreisepflichtigen Aus-
ländern in der BRD (Der Spiegel 18.12.2016) jeden
Monat nur etwa 1800 (2016 insgesamt 21.789) abge-
schoben werden. Also weitaus weniger als in einem
Monat ohne Chance auf Anerkennung als Asylant
einwandern (2016: ca. 280.000). Der Versuch, durch
Sammelabschiebungen die Zahl der Ausreisepflichti-
gen zu verringern, dürfte angesichts der Proteste
der Opposition von Grünen und Linken schon jetzt
als gescheitert gelten. Selbst ohne weiteren Zuzug
würde die Abschiebung aller ausreisepflichtigen
Ausländer auf diese Weise etwa 21 Jahre dauern.

AfD-Wahlerfolge in Mecklenburg & Berlin

Nach den beachtlichen Wahlerfolgen in Hessen
(11,9), Rheinland-Pfalz (12,6), Baden-Württem-
berg (15,1) und Sachsen-Anhalt (24,3) erreichte die
AfD am 4. September bei den Landtagswahlen in
Mecklenburg-Vorpommern 20,8 Prozent der abge-
gebenen Stimmen und wurde damit zweitstärkste
Kraft hinter der SPD. Zwei Wochen später, am 18.
September, erhielt die AfD 14,2 Prozent der Stim-
men bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Ber-
lin. Die etablierten Parteien kündigten darauf hin
an, stärker gegen die AfD zu agitieren.

Stoppt die Islamisierung: Protestaktionen in Dortmund und Berlin

Am Abend des 16. Dezember 2016 besetzten na-
tionale Aktivisten die Plattform des 112-Me-
ter hohen Turms der Dortmunder Reinoldikirche,
um ein Zeichen gegen die drohende Islamisierung
Deutschlands zu setzen. Mit ihrer Aktion im Her-
zen der Innenstadt und vor tausenden Weihnachts-
marktbesuchern sorgte die Partei DIE RECHTE
nicht nur für überregionale Aufmerksamkeit, son-
dern zwang auch die evangelische Kirche, sich zum
voranschreitenden Bevölkerungsaustausch und der
Ausbreitung des radikalen Islam in Deutschland zu
positionieren. Die Dortmunder Polizei zeigte sich
einmal mehr überfordert und ging - unter Kon-
struktion angeblicher Straftaten - massiv gegen die
Besetzer und vor der Kirche agierende Flugblatt-
verteiler und Unterstützer vor.

Zwei Tage nach dem Berliner Anschlag besetzten
Aktivisten der Identitären Bewegung (IB) den Ein-
gang der CDU-Bundesgeschäftsstelle, um auf die
Verantwortung von Bundeskanzlerin Merkel für die
Tortaten hinzuweisen. Zeitgleich hielten Ver-
treter der AfD (u.a. Alexander Gauland und Björn
Höcke), Publizisten wie Jürgen Elsässer und Götz
Kubitschek, „Ein Prozent“-Leiter Philip Stein, der
PEGIDA-Sprecher Siegfried Däbritz und Vertreter
verschiedener Bürgerinitiativen eine Mahnwache
vor dem Bundeskanzleramt ab. Über 400 Bürger
bekundeten ihre Trauer und Anteilnahme.

Ein Feuerwerk zu Beginn der Aktion lenkte die Auf-
merksamkeit der Dortmunder auf die Reinoldikirche.



Bild: Die Rechte/ Dortmund

Linksalternativer Jugendclub räumt Scheitern eigener Integrationsbemühungen ein

Man wolle nicht in die gleiche Kerbe wie AfD und CSU hauen. Aber die Probleme, die man in dem im Leipziger Stadtteil Connewitz gelegenen Jugendclub „Conne Island“ mit „Flüchtlings“ habe, ließen ihnen keine andere Wahl als die öffentliche Thematisierung. Allzulange seien Fälle von sexuellen Übergriffen durch junge Migranten und Asylsuchende auf Frauen und körperliche Angriffe auf Einheimische aus Angst vor Rassismuskorrekturen ausgeblendet worden. Doch seit selbst die für die Sicherheit der Gäste zuständigen Sicherheitskräfte massiv von großen Migrantengruppen angegriffen und verletzt werden, trauen sich kaum noch Frauen in den Club. Um die Tanzveranstaltungen nicht komplett abzuschaffen, fordern die Verantwortlichen nun endlich eine offene Auseinandersetzung mit den durch Flüchtlinge und schon länger hier lebende Migranten erzeugten Problemen.

Von besonderer Brisanz sind dabei Formulierungen innerhalb des offenen Briefes der linken Clubbetreiber, die ihnen regelrecht einen Spiegel vorhalten:

„In vorausgehendem Antirassismus wird Einlasspersonal zurechtgewiesen, wenn Personen mit Migrationshintergrund des Platzes verwiesen werden oder es werden kulturalistische Erklärungsmuster zur Verharmlosung sexistischer Übergriffe angebracht („Woher soll er wissen, dass man hier mit Frauen so nicht umgeht?“).“ Genau diese Aussagen hätten die Connewitzer Clubbetreiber in Bezug auf andere Musikclubs oder Diskotheken im Munde geführt, bevor sie selbst einsehen mußten, daß die Kulturunterschiede zwischen Einheimischen und Zugewanderten zu groß sind, um gemeinsam in Frieden leben zu können. Das Beispiel aber zeigt vortrefflich, daß linke Asylforderer durch Verabreichung ihrer eigenen Medizin – Konfrontation mit einer genügend großen Anzahl von „Kulturbereicherern“ – durchaus geheilt werden können.



Conne Island in Leipzig

„Inzucht-Schäuble“: Mehr Einwanderung

Finanzminister Wolfgang Schäuble (74), seit 1972 Mitglied des Bundestages, sorgt sich um den Fortbestand Europas. In einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ hielt er deshalb ein flammendes Plädoyer für mehr Einwanderung und gegen jede Form der Abschottung.

Ansonsten, so der Minister, würde Europa „in Inzucht degenerieren“.

Die massive Zuwanderung gerade aus der muslimischen Welt hält Schäuble, man staunt, „für eine große Bereicherung“. Daß durch Zuwanderung aus Süd- und Osteuropa das deutsche Erbgut bereits kräftig „aufgefrischt“ wurde, reicht dem Minister nicht. Selbst die massive Durchmischung der europäischen Völker ist in seinen Augen noch Inzucht. Er will mehr. Mehr Vermischung, global, über alle Rassen hinweg. Um die Gegner dieses Programms moralisch zu diskreditieren, verwendet Schäuble den strafrechtlichen Begriff „Inzucht“. Das grenzt an Verleumdung. Leben die Deutschen etwa in Inzucht? Betreiben alle, die ihre Identität bewahren wollen, Inzucht? Schäubles Wortwahl lässt tief blicken. Hier tritt ein negativer Rassismus zu Tage, der alle Volks- und Rassenunterschiede eliminieren will, indem er diese als Inzucht-Folge denunziert. Man muß sich fragen, woher das kommt. Schäuble ist seit 50 Jahren im politischen Geschäft, das hat ihn geprägt. Der Politik-Betrieb kreist um sich selbst, reproduziert immer den gleichen Nachwuchs mit den gleichen - oder noch schlimmeren - Ideen. Abschottung und geistige Inzucht halten die politische Klasse zusammen. Da geht vieles an intellektueller Substanz verloren. Bis hin zur Demenz.

„Inzucht-Schäuble“ ist ein Produkt des Systems. Ein Beispiel dafür, wie Politiker „in Inzucht degenerieren“.

Das Fazit ist einfach: Neue Politiker braucht unser Land.

Damit wir nicht auch noch „in Inzucht degenerieren“.



Bild: las photographer/Wikimedia

UMA-Randale in Bautzen

In der Nacht vom 14. auf den 15. September 2016 kam es in Bautzen zu Krawallen zwischen jungen „Asylanten“ und Einheimischen. Für die jungen „Flüchtlinge“, die in Goldgräberstimmung nach Deutschland strömen, ist das freie WLAN ein Grund, sich auf dem malerischen Kornmarkt zu treffen. Dort war bisher der bevorzugte Treffpunkt der einheimischen Jugend. Nach Angaben der Polizei gingen Provokation und Gewalt eindeutig von den ausländischen Jugendlichen aus, auch wenn sie deutlich in der Minderheit waren. Sie warfen Flaschen und Steine, beschimpften die Deutschen immer wieder als Nazis. Die Fäuste flogen. Die Angreifer, 20 junge Männer meist nordafrikanischer Herkunft, mussten sich in ihr Asylheim zurückziehen. In der politisch korrekten Presse wurden die Krawalle zu einem Exzess rechter Gewalt hochstilisiert. „Rechte jagen Flüchtlinge“ titelte die „Lügenpresse“. Mit den Journalisten wurde - wie immer - auch die linksextreme Szene mobilisiert. Landtagsabgeordnete der Grünen und der Linken an der Spitze. Auch das rechte Lager trat daraufhin zur „Verteidigung der Heimat“ an und mischte sich unter die eher unpolitischen Bürger, die nur ihre Ruhe haben wollten. Nach der medialen Mobilmachung blieb die Lage angespannt. Am Folgetag konnte nur ein massives Polizeiaufgebot die Stadt vor dem Bürgerkrieg retten. Es herrscht wieder Ruhe. Eine trügerische Ruhe. Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, sieht das als Warnzeichen. Die bürgerkriegsähnlichen Szenen und ihre politische Instrumentalisierung seien der Beginn einer Gewaltspirale, die ganz Deutschland erfassen könnte.

Die „unbegleiteten minderjährigen Asyl-Suchenden“ - „UMAS“ - stellen ein besonderes Problem für die Zuwanderungspolitik dar. Nicht nur in Bautzen. Einerseits neigen sie besonders zu Gewalttaten, andererseits werden sie nach dem deutschen Jugendrecht mit Samthandschuhen angefasst. Problematisch ist dabei, daß Behörden den Angaben der Einreisenden zumeist blind vertrauen. Nur bei erheblichen Zweifeln an der Altersangabe wird diese medizinisch überprüft. Hier wächst eine gefährliche Mischung. Die jungen Männer haben bisher nur Gewalt erlebt, sind durch den Islam geprägt und treffen auf eine verweichlichte Gesellschaft, deren Toleranz und Nachgiebigkeit sie verachten. So auch in Bautzen. Einer der islamischen Rädelführer der Krawalle in Bautzen, der von der Polizei aus der Stadt geschafft werden mußte, posierte auf seiner Internetseite mit einer Kalaschnikow. Das ist kein Einzelfall. Der Verfassungsschutz warnt vor einer sprunghaft steigenden Zahl von gewaltbereiten Islamisten in Sachsen. 280 sollen es sein. Dunkelziffer ungewiß.



Neue Einschränkung der Meinungsfreiheit

Mit einem neuen Gesetz gegen sogenannte „Fake-News“ will Justizminister Heiko Maas die Meinungsfreiheit weiter beschneiden. So forderte er die Justiz auf, härter gegen gefälschte Nachrichten in Sozialen Netzwerken wie Facebook vorzugehen: „Verleumdung und üble Nachrede sind nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt. Das muß die Justiz auch im Netz konsequent verfolgen“, sagte Maas der „Bild am Sonntag“. Bei „übler Nachrede und Verleumdung einer Person des öffentlichen Lebens“ drohe eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren. Zur besseren Kontrolle verbreiteter Nachrichten plant Maas nun sogar die Einrichtung einer Art Wahrheitskommission, wie sie bereits im dystopischen Roman George Orwells „1984“ erschien.

Das Ende des Facharbeiter-Märchens

Unsere Renten sollten sie zahlen, den vorgeblichen Fachkräftemangel beheben und nicht zuletzt für eine Verjüngung des Arbeitsmarktes sorgen. Geblieben von diesen Erwartungen ist ein Jahr nach der Glorifizierung der Massenzuwanderung wenig: Von Dezember 2015 bis November 2016 wurden gerade einmal 34.000 Einwanderer in einen neuen Job vermittelt, davon knapp 60 % in Leiharbeit und saisonalem Gastgewerbe, also Kellner usw. Weitere 406.000 Zuwanderer sind derzeit als arbeitssuchend, davon allerdings lediglich 160.000 als arbeitslos gemeldet. So kann die Statistik wenigstens bis 2017 noch schön gerechnet werden. Denn dann werden noch einige Hunderttausend hinzukommen, die zwischen Ende 2015 und Anfang 2016 eingewandert sind. 100.000 neue Jobs exklusiv für „Flüchtlinge“ will Arbeitsministerin Andrea Nahles bis dahin schaffen, ungeachtet bestehender Gesetze, die eine Diskriminierung von Inländern auf dem Arbeitsmarkt verbieten. Aber Gesetze scheren die Herrschenden schon lange nicht mehr. Was nicht paßt, wird passend gemacht. Mindestlohn? Wird für Firmen, die lieber Flüchtlinge einstellen, aufgehoben. Sozialer Wohnraum? Nur für Nichtdeutsche. Und selbst beim Essen von der Tafel müssen sich Deutsche nun hinten anstellen. Merkels Umvolkung läuft auf Hochtouren.

Mehr Geburten in Deutschland - aber immer weniger Deutsche

Die Geburtenrate in Deutschland hat zugenommen: erstmals seit 35 Jahren, ist ein Aufwärtstrend zu verzeichnen: 2015 gab es 738.000 Geburten, was einer Steigerung von 3,2 Prozent oder 23.000 Kindern gegenüber 2014 entspricht. Problematisch daran ist allerdings, daß der Anstieg vor allem aus-

ländischen Müttern zu verdanken ist. Offiziell hat jedes 5. in Deutschland geborene Kind nichtdeutsche Wurzeln. Da aber mehr als die Hälfte der hier lebenden Ausländer einen deutschen Paß besitzt, sind faktisch über 40 % der Neugeborenen Nichtdeutsche.

Merkmals Angriff auf das Grundgesetz

Das Integrationspapier und das Volk als die „schon länger hier Wohnenden“

ДЕПЕН ДІЕ СШОН ЛÄНГЕР ХІЕР ВОХПЕН

Sowohl die „neu Hinzugekommenen“ als auch die „die schon länger hier leben“, wolle sie mit ihrer Politik repräsentieren. Worte aus dem Munde einer Bundeskanzlerin, die nicht nur neue Maßstäbe in Bezug auf den Ausverkauf deutscher Interessen setzen, sondern ganz nebenbei auch das Grundgesetz für obsolet erklären. Schließlich macht dieses einen einfachen aber entscheidenden Unterschied zwischen denen, die zuwandern und denen, die schon länger hier leben, nämlich dem Volk: Das deutsche Volk, nicht irgendein Volk und schon gar nicht eine beliebige Bevölkerung, ist der Souverän. Das heißt das deutsche Volk ist sowohl Ausgangs- als auch Bezugspunkt von Verfassung und Staat in Deutschland. Und solange das Grundgesetz besteht, wird sich daran nichts ändern lassen. Nur durch Bruch der sogenannten Ewigkeitsklausel aus Art. 79 des Grundgesetzes, der neben Art. 1 - der Würde des Menschen - auch die Verfassung als demokratischer Rechtsstaat einschließlich des deutschen Volkes als Souverän vor Abschaffung schützt, kann eine Änderung herbeigeführt werden.

Eine „Einwanderungsgesellschaft“, deren Motto das „Wir der Verschiedenen“ Bundespräsident Joachim Gauck als ein neues Selbstverständnis für die BRD einfordert, ist jedenfalls mit dem Grundgesetz nur insofern vereinbar, als daß „die Verschiedenen“ deutscher Abstammung sind. Zwar sahen die „Väter des Grundgesetzes“ durchaus die Möglichkeit der Annahme der Staatsangehörigkeit durch Nichtdeutsche vor, allerdings war dies an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft. Ein heute übliches Quasi-Verschenken der Staatsangehörigkeit „Deutsch“ jedenfalls ist weder Ziel der Verfassung, noch war es die Absicht der Verfassungstifter. Denn auch das tangiert Art. 20 Abs. 2 GG nachhaltig. Wenn der Souverän zahlenmäßig beliebig erweitert werden kann, sinkt damit automatisch der Einfluß der ursprünglichen Vertreter des Souveräns. Ein Umstand, der aus verfassungsrechtlicher Sicht die heutige Praxis in ein fahles Licht rückt.

Ob Art. 20 durch die Praxis tangiert oder bereits gebrochen wird, haben Verfassungsrichter bislang noch nicht entschieden. Fest steht aber auch so, daß sich der Artikel 20 des Grundgesetzes als ein großes Hemmnis bei der Ersetzung des deutschen Volkes als Souverän durch eine multikulturelle Bevölkerung erweisen dürfte.

Da kommt es ganz recht, daß die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoğuz, in einem jüngst erarbeiteten „Impulspapier von MigrantenInnen-Organisationen“ eine „nachhaltige interkulturelle Öffnung der Gesellschaft, ihrer Organisationen und Institutionen“ fordert.

Schlüssel dafür soll die Änderung eben jenes ausdrücklich geschützten Artikels 20 GG sein, der das deutsche Volk implizit und entscheidend vor Angehörigen anderer Staaten innerhalb des Verfassungskonstruktes BRD bevorzugt. Das soll bald der Vergangenheit angehören, wenn es nach Özoğuz und ihren Einwanderer-Verbänden geht:

Angestrebt wird die Aufnahme eines neuen Staatsziels ins Grundgesetz als Art. 20b: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert die gleichberechtigte Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Integration aller Menschen.“ Dadurch würde, so das Kalkül der Organisation, in der Verfassung verankert, daß Deutschland ein „vielfältiges Einwanderungsland“ ist und alle staatlichen Ebenen zur Umsetzung dieses Staatsziels verpflichtet sind.

Ob Merkel und ihre Clique sich dieser Forderung annehmen, bleibt abzuwarten, ist aber angesichts der herrschenden Zustände aufgehobenen Rechts denkbar. Widerstand, etwa vom Bundesverfassungsgericht, ist seit Amtsantritt von Andreas Voßkuhle nicht zu erwarten. Voßkuhle ist Merkel-Fan. Diese Botschaft vermitteln zumindest seine Urteile. Hilfe kann jedoch auch hier Art. 20 anbieten: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Das Volk - ein verbotener Begriff?

Ein Kommentar

Natürlich weiß ich: „Volk“ ist hierzulande ein fragwürdiger Begriff.

Um nicht zu sagen: „Volk“ ist umstritten und verpönt. Zumindest bei denen, die dem Volk auf Maul schauen und es unter Kontrolle halten. Die sprechen lieber von „Bevölkerung“. Zum Volk zählen sich ja gewisse „Teile der Bevölkerung“ nicht und wenn man gegen die was sagt, dann heißt das schnell „Volksverhetzung“. Im negativen Kontext, gekoppelt mit dem Begriff „Verhetzung“, ist das Volk dagegen gern gesehen. Was die Machthaber am Begriff „Volk“ stört, ist klar. Volk ist etwas von Generation zu Generation Gewachsenes, etwas Natürliches, Geschlossenes, Ganzes, wie ein Baum, tief in der Erde verwurzelt, der sich nicht wie Plantagenware wegwerfen und neu anpflanzen läßt.

Ein Volk läßt sich von den Politikern nicht einfach neu modellieren, aus der Retorte schaffen, wie Formfleisch zusammenpressen.

Ein Volk ist eine Gestalt der Geschichte, ein Lebewesen, eine Person. Und für die meisten Menschen bedeutet es viel, zu einem Volk zu gehören. Es gibt jedem Menschen Kraft, Selbstbewußtsein, Maßstab und Halt, die ganze Kultur und die Erfahrungen seiner Geschichte.

Was heißt es Deutscher zu sein? Ich fühle nichts dabei, Paßinhaber der BRD zu sein, Bewohner eines zufälligen staatlichen Gebildes von zweifelhafter Herkunft und seltsamer Moral. Deutscher zu sein bedeutet für mich mehr. Auch wenn das Deutsche maßlos entwertet, beleidigt, beschädigt, der deutsche Paß wie eine Ramschware verhöckert wird. Die Verbundenheit mit meinem Volke ändert sich dadurch nicht. Das ist wie mit Vater und Mutter. Die hat jeder auch nur einmal.

Die Masse der Ausländer in Deutschland sind keine Deutschen, wollen es auch nicht sein. Das kann ich ihnen nicht verdenken. Sie gehören nicht zum deutschen Volk. Für mich ist ein Volk kein Taubenschlag, in dem jeder kommen und gehen kann, wie er will.

Daß ihnen das herrschende Regime so viele Rechte einräumt, ist die Folge unserer Unterwerfung.

Ich beobachte die Verausländerung mit Zorn und Trauer und frage mich immer wieder: Wer hat die eigentlich hereingeholt? Die Deutschen selbst doch wohl nicht. Wer hat das gesteuert? Wer hat bestimmt, daß Deutschland ein Einwanderungsland sein soll? Gab es hierzu jemals eine Abstimmung, eine demokratische Willensbildung? Nein. Alles geschah irgendwie unter der Hand. Lang galt sogar das Gegenteil: „Deutschland ist kein Einwanderungsland“, so lautete das Versprechen. Alles Lüge. Zugleich lief ein groß angelegter Austausch. Jahr um Jahr. Zuletzt mit der „größten Schleuserin aller Zeiten“. Gegen alle Gesetze, durch Verfassungsbruch.

Wenn ich an Deutschland denke, überkommt mich ein tiefer Schmerz. Ich sehe, wie dieses, mein Volk, Jahr um Jahr dahinschwindet, wie es allmählich abge-

schafft wird, gerade so als ob ein böser Wille, ein Vernichtungswille, hier am Werke ist. Der setzt schon bei den Worten an. Vom deutschen Volk soll ich nicht sprechen. Das ist politisch nicht gewollt, falsche Wortwahl wird bestraft. Über alles Mögliche darf geschwätzt werden, aber über die Existenzfrage, das eigene Überleben, nicht. Die Freiheit, von diesem Wichtigsten des politischen Daseins zu sprechen, ist der Gradmesser der Freiheit schlechthin. Und es ist die höchste Form der Sklaverei, wenn ein ganzes Volk nicht mehr von sich selbst reden darf, sein eigenes Dasein nicht mehr in den Blick nehmen darf. Alles Gerede von Demokratie, also Volksherrschaft, zerfällt vor diesem Hintergrund zu Staub.

Ich frage mich, wie konnte es dazu kommen, welche mentale Verwüstung, welche Hirnwäsche hat hier stattgefunden? Leidet Merkmals ganze Entourage an einem nationalen Neglekt-Syndrom?

Als Grund der Hirnerweichung kann man den Psychoterror jahrzehntelanger kollektiver Beschuldigung vermuten. So breitete sich die Überzeugung von der Bösartigkeit des Eigenen wie ein Krebsgeschwür aus. In letzter Konsequenz läuft sie darauf hinaus, das Böse, das Eigene, zu vernichten. Was lange genug mit Worten niedergemacht wird, verschwindet schließlich ganz. So ist es auch mit einem ungeliebten Volk. Zuerst verschwindet der Begriff, dann der Inhalt. Auch die jüngere Geschichte liefert einen Beleg: Völker-Rufmord geht dem Völkermord voraus.

Im Prozeß der Auflösung ist das deutsche Volk nun weit fortgeschritten. Dafür wird es von den medialen Rattenfängern, von Politikern und vom großen Bruder im Westen als besonders fortschrittlich gelobt. „Vielfalt“ heißt die Parole der Einfältigen. Viele einfache Gemüter lassen sich verführen. Sie stehen mit „Welcome Volkstod“-Fähnchen am Wegesrand. Bei der Mehrheit dagegen hat sich ein unglaubliches Maß an Apathie ausgebreitet: Wir können ja doch nichts machen, heißt es da. Und so legt die Führerin noch eine Schippe drauf, feuert zum Endsieg an, beweist, daß es keine Obergrenze gibt. Im Merkmalswahn. Was also kann man da noch tun?

Das allererste, einfachste und wichtigste ist es: vom eigenen Volk zu sprechen. Von dem Schicksal der Deutschen, von unserem Niedergang und vom drohenden Verschwinden. Vom geplanten Volkstod.

Und das zweite ist, die moralische Frage zu stellen: Welchen Charakter hat eine Politik, die das eigene Volk zum Verschwinden bringt?

Eine der Lehren des 20. Jahrhunderts lautet schließlich: Ein Volk zu zerstören, ist das größte aller Verbrechen. Und „gerade wir Deutschen“, mit unserer einzigartigen moralischen Mission, sollten uns die Frage stellen: Welche Kräfte führen uns?

Wo liegt unsere Verantwortung? Was werden wir unseren Kindern sagen, wenn sie uns dereinst fragen: „Warum habt ihr nichts getan?“

Helmut's Meinung

Volk, Staat und Nation

Völker sind Gedanken Gottes«, ein dem Philosophen Gottfried Herder zugeschriebener » Ausspruch, dessen tiefere Bedeutung vielen wenn auch unbewußt aus der Seele spricht. Man muß nicht gläubig, auch nicht besonders nationalistisch veranlagt sein, um zu spüren, daß Völker etwas Besonderes sind, auch wenn die Bezeichnung im Allgemeinen und in Bezug auf das Deutsche Volk im Besonderen unzeitgemäß wirken mag. „Seit Jahrtausenden“, so hebt etwa Autor Heinrich Jordis von Lohhausen hervor, „sind Völker die größten bleibenden, unverwechselbaren und unvertauschbaren Einheiten der Weltgeschichte und -politik.“ Und anders als Nationen, Staaten und Reiche sind Völker „über den Ebenen von Familie, Sippe und Stamm das Größte, nicht bloß künstlich gemachte noch natürlich Gewachsene.“¹

Etymologisch leitet sich das Volk vom urgermanischen *fulka* „der Kriegsschar“ ab, die dem Heerführer, dem *Herzog*, folgten. Waren die Angehörigen dieser Kriegsschar ursprünglich eine eng verwandte und zugleich durch ein gemeinsames Schicksal und Wollen verbundene Gemeinschaft, wurde das Volk so im Laufe der Zeit zu der offiziell gültigen Bezeichnung eines „dauerhaften, durch ein gemeinsames kulturelles Erbe gekennzeichneten, zusammenfassenden Typus einer Gesamtgesellschaft“; allerdings, was Wikipedia hier unterschlägt, in der Regel auf Grundlage einer ethnischen Verwandtschaft.²

Aus einer Gemeinschaft ethnischer Verbundenheit wird gemäß der Auffassung des Philosophen Ernst Kriek durch „geschichtsbildende Schöpfung“ ein Volk, und dieses wiederum mittels politischen Gebildes, also des Staates, ein „Geschichtsträger“.³

Und genau diese volkgewordene Gemeinschaft auf Grundlage ethnischer Zusammengehörigkeit unterscheidet das Volk von der Nation. Die Nation nämlich ist vor allem „Summe aller Staatsbürger“, insbesondere dort, wo der Staat Vorrang vor dem Volk hat und wo Minderheiten nur ungen als solche anerkannt werden. Eigentlich ähnlich wie Volk in Zusammenhang mit der Abstammung stehend (*nascere* = geboren werden), wurde die Bedeutung des Begriffs Nation vor allem durch Frankreichs Vorstellung einer „Grande Nation“ geprägt. Diese betrachtete seit Napoleon jeden

Menschen der Nation zugehörig, der innerhalb des „großfranzösischen Reiches“ geboren wurde, egal ob im Mutterland oder in einer Kolonie.

Die Engländer bezogen ihre staatliche Legitimation demgegenüber weder aus einem Volk noch aus einer Nation, sondern aus der Idee des Empires. Auch hier war jeder im Empire Geborene eine Art Staatsbürger, wenn auch anders als in Frankreich im Gegensatz zum Engländer lediglich Bürger zweiter Klasse.

Beiden gemein aber ist das Fehlen der Begrifflichkeit Volk, was wiederum die Beutung des Wortes verdeutlicht. Sowohl das englische *folk* im Sinne von volkstümlich als auch das Wort *people* (frz. *peuple*) im Sinne einer Menschenansammlung, können den Begriff Volk nicht in Gänze erfassen. Die ethnische Gruppe reduziert sich demgegenüber auf eine Gemeinschaft gleicher Abstammung und ähnlicher rassischer Veranlagung. Wo im deutschen, niederländischen (*volk*) und skandinavischen (*folk*) das Volk Bezugspunkt staatlicher Verfassung bilden (für Deutschland nach Grundgesetz Art. 20: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“), ist es bei den meisten anderen Staaten Europas die Nation als Verfassungsklammer einer Menschenansammlung (lat. *populus*/ eogl. *people*/frz. *peuple*/span. *pueblo*).

Der Grund für diesen Unterschied ist naheliegend, obgleich zumeist aus der Betrachtung ausgeblendet. Alle Staaten, die den Begriff Volk kennen, waren bis in die Neuzeit hinein einerseits weitgehend unvermischt, also homogen, und zugleich auch frei von fremder Besetzung. Zwar haben auch die Deutschen durch Überlagerung „anderes Blut“ in sich aufgenommen und sind, so etwa Ernst Kriek, in ihrer Geschichte auch „überreichlich von fremdem Geist, aber niemals selbst von fremdem Blut überlagert worden.“ Dies, so Kriek weiter, ermögliche gerade dem Deutschen Volk stete „Wiedergeburt“. Denn solange ein Volk den Willen zur Selbstbehauptung und Selbstgestaltung in sich trage, gehe es nicht unter.⁴

Alle übrigen europäischen Staaten waren indes in der Vergangenheit durch andere Volksstämme, zumeist germanischer Herkunft, zumindest besetzt und bestehen daher aus verschiedenen Ethnien (germanischen, keltischen, slawischen und römischen, im Osten in geringer Beimischung auch tartarischen Anteilen).⁵

Staaten jedenfalls sind als Organisationsformen von Völkern, unterschiedlichen Stämmen oder Einwanderern (USA, Kanada) der eigentliche Gegenstand sowohl des Völkerrechts als auch der Organisation der Vereinten Nationen. Anders als die Bezeichnung erwarten lassen würde, haben Völker ohne Staat nämlich kaum Rechte, schon gar kein Mitspracherecht. Sowohl Kurden als auch Palästinenser sind überwiegend Objekte der Weltpolitik. Ihr Beispiel zeigt, daß Völker- und Staatsgrenzen oft nicht deckungsgleich sind.

Die Geschichte beweist, daß Staaten vor allem dort vor große Herausforderungen gestellt werden, wo viele Ethnien und Angehörige unterschiedlicher Völker in einen Staatsbund oder eine Nation gepreßt werden. Jugoslawien ist eines der abschreckendsten Beispiele der Neuzeit für den gescheiterten Versuch, Staats- vor Volksinteressen zu setzen, Rußland ein weiteres.

Staaten, also Verfassungsformen, sind zeitlich begrenzt, wie die Geschichte beweist. Gleiches gilt, wenn auch in abgeschwächter Form, für Nationen.

Allein Völker existieren fort, zumindest solange es noch eine gewisse Anzahl Volkzugehöriger gibt, eine „kritische Masse“ ausreichend für eine ansteigende Populationsrate.

Nur Völker gewährleisten, so Lohhausen zusammenfassend, „durch alle Krisen der Menschheit hindurch den Fortbestand der entfaltenen Gesittung, die in hundertfacher Geschlechterfolge ausgeformte und sich weiter ausformende bewundernswerte Vielfalt.“

Sie sind für die bewohnte Erde, was für den Wald Wurzeln, Stämme und Kronen der Bäume darstellen, das Unersetzliche schlechthin.“⁶

Und dennoch oder besser wohl genau deshalb, sollen Völker, wenn es nach dem Willen führen-

der westlicher Politiker geht, zukünftig keine besondere Rolle im Gefüge der



Anmerkungen

- 1) Heinrich J. von Lohhausen: Denken in Völkern. Graz 2001.
- 2) Wikipedia: Volk.
- 3) Ernst Kriek: Heil und Kraft. Ein Buch germanischer Weltweisheit. Leipzig 1943, S. 50.
- 4) Kriek a.a.O., S. 116.
- 5) Die Franzosen aus keltischen, römischen und germanischen (fränkischen) Anteilen, die Briten aus keltischen, germanischen (angelsächsischen) und normannischen Anteilen.
- 6) Lohhausen a.a.O., S. 32.
- 7) Wikipedia: Volk.

Skulptur „Auszug“ von Arno Breker



Dein Volk - oder das ewige Leben

Leben ausgerichtet.

Die Kette des Lebens

Wir sind das Glied in einer Kette, die von unseren fernsten Vorfahren zu unseren noch ungeborenen Nachkommen reicht, einer Kette des Lebens. Unter dem Blickwinkel der Jahrhunderte sind wir nur ein Glied in dieser Kette, aber eben jener Teil der Kette des Lebens, der in der Gegenwart ans Licht auftaucht. Und genauso wie unsere Vorfahren, so werden wir nach unserer Zeit wieder im Dunkel versinken, so wie alle Generationen vor uns in das Reich der Toten und in Vergessenheit abgetaucht sind. Jedoch ganz vergessen sind sie nicht, denn ihre Erinnerung lebt ja „leibhaftig“ in uns fort.

Man könnte nun folgern, daß wir als einzelnes Glied in dieser Kette doch ziemlich unbedeutend sind, aber weit gefehlt: wir, die Gegenwärtigen, sind das wichtigste Glied der Kette, denn wir tragen die Verantwortung dafür, daß die Kette nicht reißt. Das ganze Werk der Generationen vor uns und nach uns liegt in unserer Hand, ohne unsere Umsicht, unsere Einsicht in die Erfüllung unserer Lebensaufgabe, würde die ganze Kette des Lebens zerstört. Ohne den Einzelnen ist nichts.

Denn in dem einzelnen Menschen feiert der ganze Strom seiner Vorfahren Wiederauferstehung und in jeder Geburt schreitet sein Geschlecht voran auf dem Weg in ein ewiges Leben.

Zu allen Zeiten haben die Menschen geglaubt, daß sie in ihren Kindern weiterleben. Nein, sie haben es nicht nur geglaubt, sie waren sich ganz sicher. Für das Fortleben gibt es viele Beweise: Das Gesicht des Vaters spiegelt sich in dem des Sohnes wider, und nicht nur das, sondern auch das Verhalten und der Charakter. Die Menschen geben nicht nur ihren Körper weiter, sondern auch das Geistige, die Talente, die Traditionen, die Kultur.

Und genau so wie wir in unseren Nachkommen weiterleben, so leben auch unsere Eltern und Vorfahren weiter in uns. Dieser Glaube an ein Weiterleben nach dem Tode ist ein wesentlicher Antrieb unseres Handelns, nach dem wir unser ganzes

Der Glaube an das Ewige in uns

Für den Einzelnen ist es die größte Aufgabe, die Kette an beiden Enden festzuhalten, für die Alten zu sorgen und für die Neugeborenen das Leben zu sichern. Diese Aufgabe gibt seinem Leben eine Mitte und einen höheren Sinn. Die natürliche Verbundenheit in dieser Kette gibt Sicherheit und Geborgenheit. Keine Liebe ist so aufopfernd und selbstlos wie die Liebe zu den Kindern. Sie beruht auf dem Glauben, daß Eltern und Kinder Teil eines gemeinsamen Lebens sind.

Der Glaube an ein ewiges Leben, an eine zeitüberdauernde Gemeinschaft, an den Sinn des Lebens im Dienst hieran, an die ewige Wiederkehr und die Auferstehung in den Nachkommen - das alles sind religiöse Elemente, die uns über den individuellen Tod hinausweisen und dem Leben eine Ordnung geben. Dies sind Elemente einer natürlichen Religion, die wie die meisten religiösen Vorstellungen ihren Ursprung im Ahnen-Kult haben.

Dieser natürliche Glaube scheint bei allen Völkern verbreitet und ein Fundament menschlicher Kultur zu sein. In der Familie überwindet der Mensch Egoismus und Individualismus und wird damit fähig zu den Tugenden der Mitmenschlichkeit, die für die Bildung größerer Gemeinschaften notwendig sind.

„Das Volk - eine große Familie?“

Schon früh haben Philosophen darauf hingewiesen, daß größere Gemeinschaften wie Stämme, Völker und Staaten aus dem Geist der Familie erwachsen.

Natürlich liebt jeder seine eigenen Kinder mehr als die Kinder anderer. In dem Gefühl der Nähe gibt es Abstufungen. Aber wir erkennen doch, daß wir mit den Angehörigen unseres Volkes mehr verwandt sind als mit Fremden. Daß wir von einem Stamme sind, der körperlichen Gestalt nach ähnlich, durch Herkunft, Schicksal, Denkweise und Sprache verbunden. Ein Volk erweist sich als eine Gemeinschaft von Verwandten, eine Art große Familie. In ihr bestimmen die Sorge um den Nächsten, Gerechtigkeitssinn und solidarischer Eintreten das gemeinsame Leben. Wie in der Familie auch ist der Dienst für den Anderen ein Dienst am eigenen Leben. Wir dienen uns selbst. Auch hier besteht die Gemeinschaft aus einer Kette von Generationen, beruht auf der Verbundenheit von Lebenden und Toten. Und diese haben uns nicht nur das biologische Erbe hinterlassen, sondern auch all das, was sie erbaut und erfunden, konstruiert und komponiert

haben. Dies ist ein Reich an materiellen und ideellen Werten und Werken, ein Reichtum an Kunstwerken und Bauwerken, an Sprachschöpfungen und Musikwerken, an Gedankengebäuden und Überlieferungen, an Wissen und Begabungen, kurzum das gesamte Schatzhaus unserer Kultur.

Aus diesem Erbe erwächst für jede neue Generation die Aufgabe, dieses Reich der Kultur und Tradition zu erhalten und mit neuem Leben zu erfüllen. Hierin sind wir Teil eines großen, die Lebenszeit des einzelnen überdauernden Lebenszusammenhangs.

Wie in der Familie sind wir - als Generation - das Glied einer Kette, und unsere Arbeit, alles was wir tun und schaffen, ist ein Beitrag zum Leben unseres Volkes und zum Fortbestehen unserer Kultur. Ihre Weitergabe ist eine sinnstiftende Aufgabe, die unserem individuellen Dasein Würde und Bestimmung verleihen kann.

O heilig Herz der Völker!

Frühere Generationen haben ein starkes Gefühl für die Einzigartigkeit, Größe und Erhabenheit des ihnen geschenkten Reichtums entwickelt, und es als ihre heilige Aufgabe angesehen, „Deutschland“ immer wieder mit neuem Leben zu erfüllen und es an kommende Generationen weiterzugeben.

Dabei bedeutete „Deutschland“ alles, was deutsch war, die Gesamtheit des Volkes, die Lebenden und die Toten, das Reich der Kultur und der sichtbaren Schöpfungen, von Anfang an bis in eine unbestimmte Zukunft. Wie die Familie war Deutschland eine Ewigkeitsaufgabe. Verheißung eines ewigen Lebens. Und der Glaube an Deutschland war ein Glaube, der die Menschen verbunden hat, ihnen Sicherheit und Geborgenheit gab und das Leben mit Sinn erfüllte. Dieser Glaube war wie jener an die Familie etwas ganz natürliches. Hingabe und Zuneigung waren ein einigendes Band. Frühere Generationen haben Deutschland geliebt. Sie haben gefühlt, daß es die Verheißung eines ewigen Lebens darstellt, das den Einzelnen über seinen individuellen Tod hinaus trägt. Sie haben es so sehr geliebt, daß sie selbst zu unglaublichen Opfern bereit waren.

Vaterlandsliebe ist aus der Mode gekommen, mehr noch: jedes Denken, das unser Land und Volk als unbedingte und ewige Aufgabe, als etwas Heiliges in den Blick nimmt, wird belächelt oder, schlimmer noch, verhöhnt und beleidigt. Aber warum sind wir so lieblos, ja haßvoll gegen uns selbst?

Woran glauben wir?

Haben unsere Vorfahren wirklich in allem geirrt?

.... und die Verantwortung ist Dein

Natürlich kann ein starker Glaube, so richtig er im Kern sein mag, auch zu Irrtümern Anlaß geben.

Dein Volk und das ewige Leben

Etwa der Meinung: angesichts der Größe der Gemeinschaft habe der einzelne zu verstummen und sei letztlich ein Nichts. Wie nach dem häufig mißdeuteten Motto: „Du bist nichts, Dein Volk ist alles.“ Aber hier liegt der Irrtum auf der Hand: so wie in der Kette der Ahnen der Einzelne unverzichtbar ist, so ist eine Gemeinschaft ohne den Einzelnen nichts. Die Botschaft lautet: Auf Dich kommt es an, von Dir hängt alles ab, denn: Du bist das Volk. Du trägst die Verantwortung. Alles liegt in Deiner Hand!

Leben ohne Gemeinschaft?

Was geschieht, wenn die Menschen den Glauben an ihre Gemeinschaft verlieren, sehen wir heute. Apathie und Verwahrlosung greifen um sich, Dekadenz und ein rabiater Egoismus triumphieren, jeder lebt nur noch für sich selbst und versucht sich in allerlei Verkleidungen vor dem eigenen Tod zu verstecken. Die Menschen werden zum Opfer eines läppischen Unterhaltungsapparates, der sie wie Marionetten tanzen läßt und ihnen Konsumgüter ebenso verkauft wie das, was sie zu denken haben. Die mediale Bewußtseinsindustrie produziert ein geistiges Proletariat, das sich zu jeder Art von Verrücktheit verführen läßt. Auch dazu, einem Todesengel zu folgen und sich mit ihm in den Abgrund zu stürzen.

Was kann man in solch einer ausweglosen Lage noch tun? Vor der Dummheit der Massen resignieren? Sich ins stille Kämmerlein zurückziehen?

Natürlich nicht! Wer noch an sein Volk glaubt, nicht nur an seine bloße Existenzberechtigung, sondern daran, daß es unsere heilige Aufgabe ist, unser deutsches Volk zu erhalten, muß sich jetzt bekennen und seine Überzeugung leben.

Er muß in seinem alltäglichen Umgang das Wort erheben, die Mitläufer wachrütteln, gegen die verlogene Sprache der Presse aufbegehren. Er muß die allgegenwärtige Lüge zerreißen und die Spitze des Unheils entlarven. Er muß sich organisieren in Parteien und Verbindungen, er muß kämpfen.

Und wer am Sinn seines Einsatzes zweifelt, sollte bedenken, zu welchen Opfern für ein „heiliges Deutschland“ die Deutschen vor uns bereit waren.

- O lerne fühlen,

welches Stamms du bist!

Wirf nicht für eiteln Glanz und Flitterschein

Die echte Perle deines Wertes hin -

Das Haupt zu heissen eines freien Volkes,

Das dir aus Liebe nur sich herzlich weiht,

Das treulich zu dir steht in Kampf und Tod -

Das sei dein Stolz, des Adels rühme dich!

Schiller: Wilhelm Tell

Volkstod und Völkermord



Gemälde von Thomas Cole: „Der Lauf des Imperiums“

Völker erscheinen uns als dauerhafte, nahezu ewige Gebilde. Dabei wird leicht vergessen: Die Geschichte ist ein Friedhof der Völker.

Während der Tod des einzelnen ein schlagartiges Ereignis darstellt, vollzieht sich das Sterben eines Volkes im allgemeinen über die Lebenszeit vieler Generationen. Der Volkstod ist für den einzelnen nur dann wahrnehmbar, wenn er ein ausgeprägtes Bewußtsein für die Existenz seines Volkes besitzt. Im allgemeinen wird der Untergang eines Volkes nur in der historischen Rückschau wahrgenommen, meist erst dann, wenn es für eine Wiedergeburt zu spät ist.

Es gibt nur wenige Völker, die sich über mehr als ein Jahrtausend gehalten haben. Sie haben sich in einem Auslese-Prozess als die Stärksten erwiesen.

Am Beginn der deutschen Geschichte

...stehen viele germanische Stämme, die während der Völkerwanderungszeit große Reiche errichteten und über Jahrhunderte herrschten, die aber in fremdem Volkstum aufgegangen sind. Man denke etwa an die Goten, Vandalen, Burgunder, Sueben oder Langobarden, die in der Völkerwanderungszeit Europa neu geordnet haben.

Im gleichen Zusammenhang wird der deutsche Beobachter an die Stämme der Sachsen, Franken, Schwaben und Bayern denken, die die Stürme der Geschichte überdauert haben und die als dauerhafter Kern der germanischen Bevölkerung Mitteleuropas zum Volke der Deutschen zusammengewachsen sind. Bei allem historischen Wandel haben sie ihre wesensbestimmenden biologischen und kulturellen Eigenschaften durch die Zeit hindurch bewahrt und weitergegeben.

Volksbildung beruht auf Anpassung

Zu einem Volk zu werden, ist eine historische Leistung, die nicht jeder Großgruppe gelingt.

Die Volksbildung beruht auf einem Prozeß der Angleichung und Homogenisierung. Sobald Großgruppen aufeinandertreffen und sich nicht streng abgrenzen, sondern sich durchdringen und vereinen, stellt sich die Frage, wessen Lebensformen sich durchsetzen. Welche Bräuche leben fort, welche Sprache wird benutzt, welche Religion wird angenommen? Konkret heißt das: Sankt Martin oder Zuckerkorn, Deutsch oder Englisch, Konfirmation oder Koranschule? Die stärkere Gruppe setzt sich durch, wobei Stärke nicht nur Klugheit, sondern auch Starsinn oder Brutalität bedeuten kann. Im Laufe von Generationen bildet sich ein Volk durch eine biologische und kulturelle Homogenisierung.

Die Gründe für den Niedergang oder das Sterben eines Volkes liegen häufig in einem Mangel an Widerstandsfähigkeit gegenüber Naturgegebenheiten oder an fehlender Durchsetzungsfähigkeit gegenüber stärkeren Völkern.

Es ist möglich, daß ein Volk allein aufgrund von natürlichen Ursachen, etwa Naturkatastrophen, untergeht. In früheren Zeiten haben Mißernten und Seuchen eine gravierende Rolle gespielt, die geographisch oder klimatisch bedingt waren. Todbringend wie eine Seuche können auch mentale Faktoren sein, welche die biologische oder kulturelle Fortpflanzung beeinträchtigen. Ein Niedergang kann Folge einer Fremdherrschaft sein, die Einfluß auf die Kreativität und Geburtenfreudigkeit nimmt. Der Ausspruch Churchills: „Macht die Deutschen fett und impotent“ vermittelt die Einsicht, daß sich auch Überfluß mental zerstörend auswirken kann.

Landraub und Vertreibung

Die Einflüsse von Klima und Geographie auf das Überleben von Völkern treten jedoch zurück gegenüber dem, was Menschen und Völker sich gegenseitig antun. Das ist weitaus zerstörender als alle Naturgewalten.

Zu allen Zeiten hat es Kämpfe um Land und Reichtümer gegeben. Das unterlegene Volk verlor nicht selten sein Land, wurde zu einer Sklavenexistenz verdammt oder in alle Winde verstreut. Auch im 20. Jahrhundert gab es kriegerische Landnahme, Zwangsarbeit und Vertreibung. Die kriegerische Landnahme wird im allgemeinen nach ihrem Hauptaspekt nur als „Vertreibung“ bezeichnet. Sie geht oft mit der Ermordung eines Teils der Bevölkerung einher. Die Vertreibung der Deutschen aus ihren mittel- und osteuropäischen Siedlungsgebieten, die mit der Ermordung von 3,3 Millionen Menschen verbunden war, ist schon aus diesem Grunde als Völkermord zu bezeichnen.

Da aber jedes Vertreibungsgeschehen zu der Zerreißen aller Gemeinschafts-Strukturen führt, und alle Lebenszusammenhänge, die ein Volk ausmachen, dadurch vernichtet werden, haben die Vereinten Nationen jede Form der „Vertreibung“ als Völkermord eingestuft.

UN-Konvention gegen Völkermord

Gemäß der „UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermords“ von 1948 werden „alle Handlungen, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“ als Völkermord bezeichnet.

Damit fällt auch jedes Programm der ethnischen Zersetzung durch Masseneinwanderung in die Kategorie des Völkermords.

In Vielvölkerstaaten wurde oft versucht, die kleinen Völker durch Assimilation an das Mehrheitsvolk auszulöschen. Die baltischen Staaten sollten durch eine forcierte Ansiedlung russifiziert, Tibet chinesisch werden. Auch hegemoniale Großmächte versuchen häufig durch die Propagierung des Prinzips der ethnischen Beliebigkeit die Bevölkerungsverhältnisse in dem von ihnen dominierten Machtbereich zu verändern und sich ihre Vasallen



Plastik: „Sterbender Gallier“

Volkstod und Völkermord

durch ethnische Zersetzung gefügig zu machen.

Ideologie und Völkermord

Ein wichtiges Mittel zur Durchsetzung dieser Ziele ist die Verbreitung einer Ideologie, die sich gegen den nationalen Gedanken und die ethnische Geschlossenheit - der anderen - richtet. Die gezielte Diskreditierung und Zerstörung des Nationalbewußtseins ist ein wesentliches Element der Völkerauflösung. Damit wird der für den Fortbestand eines Volkes unabdingbare Wille zur Selbstbehauptung untergraben und das Tor für das Eindringen des Fremden geöffnet. Der Selbstbehauptungswille gründet auf Wertschätzung des Eigenen, auf Selbstbewusstsein und Vaterlandsliebe. Diese Tugenden werden im Regelfall durch Erziehung gefördert und weitergegeben. Eine antinationale Umerziehung zerstört die geistigen Grundlagen eines Volkes.

Nicht nur durch ethnische Zersetzung sondern auch durch die Lösung der gefühls- und verstandesmäßigen Bindungen wird ein Prozeß ausgelöst, der in den Volkstod münden kann.

Ein leuchtendes Beispiel für die Stärke der Bindungen, die ein Volk zusammenhalten können, ist die Geschichte des Volkes Israel. Obwohl es in alle Welt verstreut war, hat es über 2000 Jahre der Durchmischung widerstanden, seine Kultur erhalten und am Ende das Land seiner Väter wiedergewonnen. Ein Volkstum, das sich mit Religion verbindet, bedeutet einzigartige Stärke.

Verantwortung der Politik

Da die Mechanismen, die in den Volkstod führen, von Menschen und Mächten beeinflusst werden, ist der Volkstod kein natürliches Ereignis, sondern das Ergebnis einer Politik, die den Volkstod mit Absicht betreibt oder ihn aus Desinteresse oder Verblendung in Kauf nimmt.

Eine solche Politik ist verbrecherisch.

Wer sich weigert, sich der Verantwortung für die Rettung eines bedrohten Volkes zu stellen und alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, um es vor dem drohenden Untergang zu bewahren, muß als Komplize und Mittäter gemäß der „UN-Konvention zur Verhütung des Völkermords“ vor Gericht gestellt und bestraft werden. Sowohl die ethnische Zersetzung wie die moralisch-kulturelle Auflösung beruhen auf den Entscheidungen einer politischen Elite, die einen heiligen Eid auf ihr Volk geschworen hat:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden und meine Pflichten gewissenhaft erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Trumps Triumph

Das Ende des Westens?



Die Sensation ist perfekt. Niemand hatte mit der Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA gerechnet. Westliche Politiker und Meinungsmacher sind schockiert. Mehr noch als der Brexit markiert die Wahl Trumps das Ende eines Zeitalters. Manche sprechen gar vom Ende des Westens.

Tatsächlich könnte das amerikanische Zeitalter mit Trump zu Ende gehen. Es war bisher gekennzeichnet von den weltweiten Interventionen der USA, die als Weltpolizist auftraten und ihre Form der ökonomischen und politischen Ordnung weltweit exportierten. Globale Militäroperationen und Freihandel könnten bald der Vergangenheit angehören. Donald Trump jedenfalls sieht darin einen wesentlichen Grund für den Niedergang der USA und er hat angekündigt, die weltweit operierenden amerikanischen Soldaten nach Hause zu holen und die amerikanische Industrie durch Zölle und Einfuhrverbote gegen die chinesische und europäische Konkurrenz zu schützen. Das bedeutet eine vollständige Kehrtwendung in der Politik der USA. Sein Motto „Make America great again!“ hängt dem Traum von vergangener Größe nach, birgt

aber auf der anderen Seite das Eingeständnis, daß Amerika im Inneren in vielen Bereichen rückständig und heruntergekommen ist. Diese Spaltung zwischen einer nach außen kraftstrotzenden Weltmacht und einem im eigenen Hause ziemlich abgewirtschafteten Land, dieser Doppelcharakter der USA, ist das Werk einer politischen Elite, die sich eher für weltweite Herrschaft als den allgemeinen Wohlstand in „Gottes eigenem Land“ interessiert.

Noch in einer anderen Hinsicht weisen die USA einen Doppelcharakter auf. Wohl in kaum einem Land des Westens gibt es einen solchen Abstand zwischen einer herrschenden Elite, welche die „Demokratie in Amerika“ inszeniert, und der Mitte der Gesellschaft. Ein linksliberales Establishment, welches sich selbst den beschönigenden Titel „liberal“ verleiht, hat die öffentliche Meinung fest im Griff und diffamiert all jene als Populisten, Rassisten und Sexisten, die sich gegen die liberalen Projekte von Freihandel, Einwanderung und Gender-Mainstreaming richten. Die linksgerichteten Eliten, deren Kandidatin Clinton war, haben ihre Hochburgen an der Ostküste um die Finanzmetropole New York und in den Sonnenscheinstaaten an

der Westküste. Den Rest Amerikas bezeichnen sie abfällig als die „Überflug-Staaten“, jene 3000 km Landmasse zwischen New York und Kalifornien, die sie meist nur mit dem Flugzeug überqueren. Diese aber sind die Mitte Amerikas, hier leben die Farmer und Industriearbeiter, die Familien und Leistungsträger des Landes, die sich von ihrer Elite verraten und verkauft fühlen. Beim Blick auf die Wahlergebnisse erkennt man deutlich diese Spaltung, nur am westlichen und östlichen Rand haben die Anhänger Clintons eine Mehrheit.

Die linksgerichteten Eliten, für die Clinton steht, weisen jedoch zwei Besonderheiten auf:

Zum einen sind sie die eigentlichen Träger des Projektes „Weltherrschaft“, das der Bevölkerung der USA enorme Lasten aufbürdet. Selbst viele Amerikaner meinen, sie haben sich dieses Land zur Beute gemacht. Gerade Clinton ist verantwortlich für das Chaos, welches die US-Politik im Irak, in Libyen und in Syrien verursacht hat. Sie trägt auch die Verantwortung für verschiedene Geheimoperationen, zum Beispiel für den Transport von Giftgas nach Syrien, wo dieses durch die Aufständischen eingesetzt und durch die US-Propaganda dem Assad-Regime angelastet wurde. Auch die heimliche Zusammenarbeit mit dem sogenannten „Islamischen Staat“ geht auf Clintons Konto. Die üblen Methoden der amerikanischen Außenpolitik sind in der westlichen Welt kaum Gesprächsthema, denn das Projekt „Weltherrschaft“ hat ein zweites Standbein. Neben dem militärisch-politischen gibt es – wie beim IS – einen medial-kulturellen Arm der USA. Die linksgerichteten Medien dominieren nicht nur die USA, sondern sie bilden ein transatlantisches Netzwerk, in das die Medien der westeuropäischen Staaten fest integriert sind. Man könnte geradezu sagen: „der Westen“ beruht auf dem transatlantischen Verbund der Meinungsmacher und Politikfiguren, die die Illusion von Demokratie und Freiheit über den großen Teich hinweg aufrechterhalten.

Nur so läßt sich jedenfalls die Intensität und Verbissenheit erklären, mit der die deutsche Presse und die heimische Politik den US-Kandidaten Trump bekämpft und verteufelt haben, gerade so als würde die Wahl in Deutschland stattfinden. Da verdammte selbst der sonst in seiner Wortwahl zurückhaltende Außenminister Steinmeier den neuen Präsidenten als Hassprediger und der gewohnt pöbelhafte auftretende SPD-Vize Stegner reiste zur Wahlkampfhilfe in die USA, um wie ein Antifa-Kämpfer für Clinton zu trommeln.

Dahinter steht nicht nur die bekannte Vasallenmentalität der deutschen Politik, die als post-koloniale Hörigkeit zuletzt in der Abhöraffaire deutlich wurde, sondern auch die Angst davor, daß die Kontrolle der linken Medien auch in Deutschland

Trumps Triumph

versagen könnte. Denn ähnlich wie in den USA beginnt das deutsche Volk, also die Mitte unserer Bevölkerung, die Leistungsträger, Steuerzahler und Familienmensen, die unendlich für das Projekt Euro und die Massenmigration ausgebeutet werden, zu erkennen, wie weit die heimischen Eliten Deutschland heruntergewirtschaftet und die Interessen unseres Volkes verraten haben. Auch der weltweite Interventionismus der Kanzlerin Merkel, die Millionen von Fremden nach Deutschland holt und gleichzeitig Milliardenbeträge zur Euro-Rettung heimlich aus dem Land schafft, zeugt wie in Amerika von der Überflugmentalität einer politischen Klasse, die jede Bodenhaftung verloren hat.

» Auch der weltweite Interventionismus der Kanzlerin Merkel zeugt wie in Amerika von der Überflugmentalität einer politischen Klasse, die jede Bodenhaftung verloren hat.

Der Kontrollverlust der linksgerichteten Eliten bedeutet eine Wende in Amerika. Ähnlich wie der Fall der Mauer könnte er das Ende einer Epoche einläuten. Das ist ein Menetekel für die Honecker-Nachfolgerin Merkel und den deutschen vorgeblichen Vielparteienstaat. Amerika hat vorgemacht, wie schnell ein heruntergewirtschaftetes Establishment durch den Wähler hinweggefegt werden kann. Die deutschen Wähler sind nun gefordert.

Eine Neuausrichtung der deutschen Politik ist nicht nur nötig, um den stetigen Niedergang Deutschlands und die planmäßige Beseitigung des deutschen Volkes zu beenden, sondern auch weil die Stichwortgeber und Kommandozentralen jenseits des Atlantiks in Zukunft anders funken werden. Für Deutschland und Europa wird damit eine Selbstbesinnung auf die eigenen Interessen unumgänglich. Die Zeit für Merkel und Genossen läuft ab. Die Herrschaft einer transnationalen Mediennelite über die westliche Hemisphäre neigt sich dem Ende zu. Das Ende des „Westens“ beinhaltet die Chance auf ein Mehr an Souveränität. Für Deutschland. Und Europa. Und den Rest der Welt. Ein „great again“ kommt den Deutschen nicht in den Sinn. Ein „free again“ reicht)



Bessere Beziehungen zu Rußland, Verzicht auf Freihandelsabkommen, Beschränkung der außenpolitischen Aktivitäten auf die Bekämpfung des IS und Einschränkung des Nato-Engagements: Insgesamt wäre die von Trump angekündigte Politik sehr zu begrüßen und würde auch entgegen der Pressepropaganda der Medien, zu einer weltpolitischen Entspannung beitragen.

Aber bedeutet das wirklich, daß ausgerechnet in US-Amerika, das doch stets als Motor einer Neuen Weltordnung galt, ein grundlegender Wechsel eingeläutet wird? Daß die Völker der Welt langsam erwachen und sich effektiv gegen die One-World-Pläne erheben?

„In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, dann kann man sicher sein, daß es auf diese Weise geplant war“ - ein Zitat, das dem früheren US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt zugesprochen wird. Vor diesem Hintergrund könnte die Wahl Trumps auch anders gedeutet werden.

Bislang kaum thematisiert wurde jedenfalls die Nähe Trumps zu einflußreichen jüdischen und zionistischen Kreisen: Chefberater des Trump-Wahlkampfteams war der heute stets als „rechtsaußen“ charakterisierte Stephen Bannon, obgleich Ex-Goldman-Sachs-Investmentbanker und langjähriger Redakteur der Internetseite „Breitbart News“ des jüdisch-stämmigen Begründers Andrew Breitbart. Zu den engsten Beratern des künftigen Präsidenten zählt auch Michael Cohen, ein jüdischer Anwalt mit vielfältigen Kontakten. Dies ist jedoch nicht der erste Anwalt Cohn/Cohen in Trumps Leben: Roy Cohn, Ex-Mitarbeiter des berühmten Kommunistenjähgers Joseph MacCarthy, brachte laut „New York Times“ den jungen Bauunternehmer Trump damals nach Manhattan. Der homosexuelle Anwalt mit besten Verbindungen zur Mafia „stellte ihn der sozialen und politischen Elite vor und verteidigte ihn verbissen gegen eine wachsende Liste von Feinden.“ Noch heute sei sein Einfluß unverkennbar.

Kaum thematisiert wurde auch die Tatsache, daß Trumps Tochter Ivanka, seine Hauptberaterin in Frauenfragen, für ihren jüdischen Ehemann Jared Kushner, Besitzer des „New York Observer“, zum Judentum konvertiert ist. Trump selbst, so die „Jüdische Allgemeine Zeitung“ im Herbst 2015, sei überzeugt, daß ihm seine „enge Beziehung zum Judentum und dem jüdischen Staat“ einen Vorsprung gegenüber den anderen Bewerbern verschaffte: „Meine Loyalität zu Israel begann mit der Geburt, schon mein Vater stand an der Seite Israels. Ich bin der einzige Kandidat, der Israel die Unterstützung geben wird, die es braucht“, sagte Trump dem Bericht zufolge in einem Interview. Entsprechend machte Trump 2013 sogar Werbung für den jüdi-

schen Hardliner Benjamin Netanjahu, während er Obama als „schlimmsten Feind Israels“ bezeichnete. Trumps Kritik an den Verhandlungen eines Atomabkommens mit dem Iran gipfelte seiner Zeit in der Bemerkung, dieses sei gefährlich für Israel und könne zu einem „nuklearen Holocaust“ führen.

Dies zeigt deutlich, daß Trump zwar durchaus antiislamisch, dafür aber strikt projüdisch orientiert ist. Entsprechend fielen die Reaktionen in Israel nach Trumps Wahlsieg aus:

„Trump's Sieg ist die Gelegenheit, die Idee eine palästinensischen Staates zu verwerfen.“ Der Bildungsminister und Vorsitzende der nationalreligiösen Partei „Jüdisches Heim“, Naftali Bennett, war einer der ersten israelischen Politiker, die Donald Trump zu seinem Sieg beglückwünschten. Er hoffe, daß das Wahlergebnis auch die US-Politik gegenüber einem palästinensischen Staat verändere, „der in der Mitte des Landes unsere Sicherheit und unsere Ziele gefährden würde. Die Ära des palästinensischen Staates ist vorbei.“

Einige Stunden später gratulierte auch Premierminister Benjamin Netanjahu dem neuen Präsidenten: „Trump ist ein wahrer Freund des Staates Israel.“ Die Verbindung zwischen den USA und Israel basiere auf geteilten Werten und Interessen und einer gemeinsamen Zukunft. „Ich bin mir sicher, dass Präsident Trump und ich das besondere Bündnis zwischen Israel und den USA weiterhin stärken werden.“

Wenig verwunderlich ist daher, daß Trump über seinen Repräsentanten in Israel vor der Wahl ein handgeschriebenes Blatt mit Wünschen an den Allmächtigen in eine Spalte der Jerusalemer Klagemauer legen ließ. (ARD „Nahost ganz nah“, 6. 11. 2016)

Vor allem die so gut dokumentierte Nähe Trumps zu nationaljüdisch-zionistischen Kreisen nähren Befürchtungen, daß auch Trump Teil einer Politik ist, die sich gegen die Nationen und Völker verschworen hat. Es wird abzuwarten bleiben, ob sich mit Trump wirklich etwas zum Guten wendet. Wenn er es ernst damit meint, den IS effektiv zu bekämpfen, dann wird dies zwangsläufig mit den Interessen der zionistischen Israelis kollidieren, die die Terroristen insgeheim unterstützen, um den Nahen Osten in einer Gewaltspirale festzuhalten. Möglicherweise könnte genau dies Trump zum Verhängnis werden: Bereits Ende 2015 war aus dem russischen Auslandsgeheimdienst durchgesickert, daß US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump mögliches Ziel eines Attentats sei. Es gebe eine „ernsthafte Bedrohung“ für den Milliardär, da der libanesische Geheimdienst fünf Männer aus Saudi-Arabien verhaftet hätte, in deren Privatjet man ein „stark verschlüsseltes Notebook“ mit exakten Reiserouten und Sicherheitsplänen Trumps beschlagnahmt hätte.

Volksentscheid und Parlamentarismus

Art. 20 des Grundgesetzes, wohl der wichtigste Bestandteil der bundesdeutschen Verfassung, besagt, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und durch dieses „in Wahlen und Abstimmungen“ ausgeübt wird. Tatsächlich existiert im Grundgesetz auch genau ein konkreter Anlaß zu dem das Volk zur Befragung aufgerufen ist: Eine Gebietsneugliederung, also die Frage, ob Bundesländer zusammengelegt oder geteilt werden.

Lange Zeit herrschte innerhalb der Verfassungsrechtler die Meinung vor, daß sogenannte „direkt-demokratische“ Volksbefragungen auf Bundesebene dem Geist des Grundgesetzes zuwiderlaufen würden. Dementsprechend finden sich bis heute Volksabstimmungen lediglich in Landes- und Kommunalverfassungen. Über die wirklich wichtigen und elementaren Dinge, so die Meinung vieler Politiker bis heute, darf das Volk mangels Wissen nicht abstimmen.

Dieses „dumme Volk“ ist dementsprechend der Grund für die heute herrschende Form der Demokratie: Den Parlamentarismus.

Seit einigen Jahren mehren sich aber nun die Stimmen, die zum einen darauf verweisen, daß die Väter des Grundgesetzes keineswegs unter Verweis auf negative Auswüchse von Volksabstimmungen in der Weimarer Republik diese grundsätzlich auf Bundesebene ablehnten; zum anderen, daß eine solche Aufnahme direktdemokratischer Initiativrechte aufgrund des Art. 20 (2) (Staatsgewalt) ausdrücklich möglich ist und angesichts sinkender Politikbegeisterung des Volkes auch wünschenswert wäre.

Denn die unmittelbare Beteiligung des Volkes an der staatlichen Willens- und Entscheidungsbildung durch Volksabstimmungen begegnet der Gefahr der Oligarchisierung der Demokratie, also der Konzentration der Entscheidungen auf eine politische Elite innerhalb der großen Parteien.

Anders als Wahlen sind direktdemokratische Entscheidungen sehr viel enger an den Willen der Wähler gekoppelt. Sie unterliegen daher im Gegensatz zur behaupteten Realität weit

weniger sogenannten Augenblicksstimmungen als Wahlen. Auch sind Wähler weit weniger irrational als behauptet, wenn es um Entscheidungen über spezifische Sachfragen geht, die ausführlich öffentlich diskutiert werden. So hält etwa der kritische Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim Volksabstimmungen in der Bilanz für demokratischer und rationaler als Wahlen.

Selbst sogenannte totalitäre Systeme haben in der Vergangenheit Volksbefragungen eingesetzt, um ihr Herrschaft demokratisch zu legitimieren. Oftmals handelte es sich dabei um lediglich eingeschränkte, vielfach gar um manipulierte Volksentscheide, an deren Ende stets das gewünschte Abstimmungsergebnis stand. Doch auch vermeintlich demokratischen Systemen steht ein ganzes Arsenal an Mitteln zur Verfügung, die Bevölkerung von der Richtigkeit ihrer Politik zu überzeugen: staatsnahe Medien, Werbung in Presseerzeugnissen und auf Plakaten, Broschüren etc. Daß die etablierten Parteien trotz der eigentlich günstigen Ausgangslage Volksbefragungen meiden, wie der Teufel das Weihwasser, läßt umso tiefer blicken.

Das Kuriose an der Praxis der Volksabstimmungen auf Bundesebene ist, daß alle Parteien im Bundestag bereits teils gemeinsam, teils unabhängig voneinander dafür eintraten, letztlich aber eine Umsetzung immer verhindert wurde. Zuletzt befürworteten SPD und CSU im Rahmen einer gemeinsamen Stellungnahme bei den laufenden Koalitionsverhandlungen 2013 die Einführung bundesweiter Volksentscheide. Aufgrund der strikten Ablehnung der CDU fand diese Position aber keinen Eingang in den Koalitionsvertrag. Ein demokratischer Staat der Post-Merkel-Ära wird auf Volksabstimmungen und -entscheide nicht verzichten können, um die Volksmeinung, aber auch nur die Meinung des Staatsvolkes und nicht einer beliebigen Bevölkerung, über grundsätzliche Fragen zu berücksichtigen und damit eigene Handlungen von großer Tragweite nachhaltig zu legitimieren.



Impressionen vom

KAMPF DER NIBELUNGEN 2016

— WILLE, DISZIPLIN & FLEISS —



Geschwollene Wangen, blutende Nasen und lädierte Knochen - wenn Patrioten aus verschiedenen Ländern zusammentreffen, kann es schon mal zu handfesten Auseinandersetzungen kommen. Daß die beschriebenen Blessuren aber auch ein Beitrag zur Völkerverständigung sein können, beweist der zum 4. mal durchgeführte „Kampf der Nibelungen“ 2016.

Diesmal versammelten sich Hobbysportler aus Deutschland, Frankreich, der Schweiz, Südtirol und Rußland, um in den Kampfsportstilen K-1, MMA und Boxen ihre Kräfte und Fähigkeiten im Ring zu messen.

Dem gegenüber dem Vorjahr noch größeren Publikum wurden insgesamt 20 Kämpfe und eine kurzweilige Präsentation des Kampfstils Taekwon-Do geboten.

Bereits der erste Kampf stimmte gut auf den Abend ein: Der großgewachsene, aber noch unerfahrene Steffen aus Siegen trat im K1-Stil gegen Thomas aus Mönchengladbach an. Während der Siegerner den Kampf aus der Ringmitte dominierte und seinen Gegner mit Tritten bearbeitete, konterte Thomas mit seiner wuchtigen Rechten, die ein ums andere mal im Ziel landete. Obgleich Steffen, der gegen Kampfende sogar mit High- und Drehkicks glänzte und mehrfach sein Knie zum Einsatz brachte, überlegen wirkte, honorierten die Ringrich-

ter Technik und Durchhaltewillen des Gladbacher. Nach einem nicht ganz so mitreißenden Grabbling-Kampf lockte der darauf folgende MMA-Kampf der beiden Lübbener Robert und Lucien das Publikum erneut aus der Reserve. Nach einem für einen MMA-Kampf ungewöhnlich langen Schlagabtausch mit Fäusten und Füßen setzt Robert zu Beginn der zweiten Runde dort an wo er aufgehört hat: Mit einer satten Rechten schickt er Lucien zu Boden, setzt hinterher und wendet eine Würgetechnik an. Nach wenigen Sekunden unterbricht der Ringrichter gerade rechtzeitig den Kampf. Lucien drohte ohnmächtig zu werden, hatte es aber abgelehnt aufzugeben. Ein Beispiel von vielen an diesem Abend, die vom Willen und Mut der Akteure zeugen und zugleich verdeutlichen, daß trotz allen Eifers Sicherheit vorgeht.

Vor diesem Hintergrund respektierten die Zuschauer auch, daß drei der Kämpfe des Abends mit der Aufgabe eines Kämpfers endeten. Denn wo die Überlegenheit eines Sportlers gegenüber seinem Kontrahenten zu groß ist, kann es auch gefährlich werden. Diese Erfahrung mußte auch Paul aus Köln an diesem Abend machen, der mit dem russischen White Rex-Veteranen Dennis in den Ring stieg. Nach einem kurzen Schlagabtausch konnte der russische Schwergewichtler eine fulminante Rechte anbringen, die Paul auf die Bretter schickte. Sofort war der Kölner wieder auf den Beinen und versuchte nach Freigabe des Kampfes zu kontern. Doch nach wenigen Sekunden schlug Dennis'

Rechte erneut im Ziel ein. Dieses Mal knallte der Getroffene zum Schreck des Publikums mit dem Kopf auf den Ringboden. Sofort eilten die beiden Sanitäter und der anwesende Ringarzt zum sichtlich Benommenen. Nach einigen Sekunden konnte Entwarnung gegeben werden. Nicht der Kopf hatte am meisten abbekommen, sondern sein Fuß, der sich später als gebrochen erwies. Dieser kurze Schreckmoment tat aber der Stimmung der Zuschauer im weiteren Verlauf keinen Abbruch.

Mit Michael aus Lübeck trat ein Kämpfer in den Ring, der den Zuschauern der Kampfveranstaltung des letzten Jahres noch in Erinnerung war: Damals hatte er, noch deutlich übergewichtig, keine Chance auf den Sieg, steckte aber dennoch nicht auf. Nun, gut in Form, lieferte er seinem Gegner Jan aus Ludwigshafen einen guten und spannenden Kampf, der in der zweiten Runde in eine regelrechte Prügelei auszuarten drohte. Das bessere Ende hatte schließlich Jan für sich, der vor allem mit seinen Lowkicks seinen Gegner ermüdete.

Aus der Fülle der Kämpfe hervorzuheben sind schließlich auch die Kämpfe der drei Dortmunder Protagonisten. Der bereits im letzten Jahr vertretene Christoph hatte es diesmal mit einem ebenbürtigen Gegner zu tun. Nach ei-



nem großen Kampf mußte er sich seinem Chemnitzer Kontrahenten knapp geschlagen geben. Mehr Fortune hatte der Neuling Franz, der seinen Gegner über drei Runden konzentriert und effektiv hauptsächlich mit seiner Rechten bearbeitete. Am Ende wurde er unter großem Beifall des Dortmunder Anhangs zum Sieger nach Punkten erklärt.

Auch der junge Dortmunder Tom gab an diesem Abend sein Debut. Sein Kampf gegen einen Kontrahenten, der sich nach kurzfristiger Absage seines geplanten Gegners kurzfristig freiwillig meldete, markierte den Abschluß des Abends. Die zwei jungen Leichtgewichtler schenkten sich nichts und am Ende errang Tom einen knappen, aber verdienten Sieg. Doch auch seinem Gegner ist höchster Respekt zu zollen, nicht nur für seine Leistung, sondern auch für seine kurzentschlossene Teilnahme.

Eine Neuheit des Turniers war der Kampf zwischen zwei Frauen, der technisch auf einem guten Niveau geführt wurde, aber angesichts einiger harter Treffer an den Kopf der Kontrahentinnen doch nicht für jeden, vor allem männlichen, Zuschauer wohlwollend anzusehen war. Angesichts von Zuständen wie am Kölner Silvesterabend ist Frauenboxen aber durchaus ein Trend mit Zukunft.





Die Souveränitätslüge

„Wir hier in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.“

Diese Aussage hätte man früher eher in rechtsradikalen Schriften erwartet, als aus dem Mund des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble. Denn lange Zeit war die Frage der deutschen Souveränität ein Tabu, dessen Bruch einer gesellschaftlich-politischen Ächtung gleichkam. Seit Edward Snowden und seinen Enthüllungen über die Überwachung Deutschlands und Europas durch US-Geheimdienste ist diese Frage nun in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Immer mehr Menschen wagen nun ihre Zweifel öffentlich zu äußern, wie souverän die Bundesrepublik tatsächlich ist, wenn sowohl US- als auch britische Geheimdienste Tag für Tag mit Billigung deutscher Dienste und wohl auch Politiker deutsche Bürger überwachen. So konstatierte mit Wolfgang Michal sogar ein FAZ-Journalist, daß es „mehr als unklar“ sei, „ob Deutschland überhaupt souverän“ ist. Und weiter: „Ist das Grundgesetz - trotz des 1991 in Kraft getretenen Zwei-plus-vier-Vertrags - nur eine schöne Fassade, hinter der sich noch immer ein hässliches Kontrollrecht verbirgt? Wer oder was schützt uns dann vor der totalen Kontrolle durch das Internet der Dinge?“

Die offizielle Geschichte der Souveränität, wie sie bis vor kurzem noch unbestritten Geltung beanspruchen konnte, ist mit wenigen Worten zusammengefaßt:

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Deutschland Verwaltungsobjekt der vier Siegermächte USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion, die ein Kontrollrecht ausübten. Nach Gründung der BRD und Verabschiedung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik folgte eine schrittweise Wiederherstellung der Souveränität. Petersberger Abkommen (22. November 1949): Recht zur Aufnahme konsularischer Beziehungen und wirtschaftliche Erleichterungen als Entgegenkommen für den Beitritt zum Ruhrabkommen (Ruhrstatut).

Durch den Deutschlandvertrag, der als „Überbrückungsvertrag“ das entstandene Vakuum zwischen Kapitulation nach dem Zweiten Weltkrieg und Friedensvertrag füllen sollte, wurde das Besatzungsstatut abgelöst. Die Bundesrepublik erhielt nun offiziell „die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“ zugesprochen, einige wenige besatzungsrechtliche Vorbehalte verblieben bei den drei Schutzmächten. Die Vertragspartner verein-

barten das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und eines frei vereinbarten Friedensvertrags für ganz Deutschland.

Der Deutschlandvertrag wurde ergänzt durch den Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland (Truppenvertrag), den Finanzvertrag, der den Unterhalt dieser Streitkräfte regelte, sowie den Überleitungsvertrag, der aus Krieg und Besatzung entstandene Fragen regelte. Weitere Regelungen des Deutschlandvertrags, die sich in Sonderrechten der Westmächte ausdrückten, betrafen Fragen, die Berlin und Deutschland in seiner Gesamtheit, die endgültige Friedensregelung und die Wiedervereinigung betrafen.

Das Besatzungsstatut wurde mit der Ratifizierung der Pariser Verträge (23. Oktober 1954) am 5. Mai 1955 - zehn Jahre nach Kriegsende - durch den Deutschlandvertrag ersetzt und aufgehoben.

1990 erfolgten im Zuge der Wiedervereinigung die 2+4 Verträge, die 1990 die Souveränität Deutschlands vollständig herstellten.

Daß diese offizielle Version unzutreffend ist, dämmerte aufmerksamen Beobachtern mit Blick auf Regelungen bezüglich des einstigen Feindstaates: Etwa die Fortgeltung der Feindstaatenklauseln (Art. 53 + 107 UN-Charta), wonach gegen Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges von den Unterzeichnerstaaten Zwangsmaßnahmen ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat verhängt werden könnten, falls die Feindstaaten erneut eine aggressive Politik verfolgen sollten. Oder die zahlreichen Paragraphen und Gesetzesartikel, welche die alliierten Sonderrechte über deutsches Recht stellen. Offiziell hieß es dazu bislang stets, dies sei alles durch den 2+4-Vertrag von 1991, dem von den Siegermächten mit der BRD und der DDR geregelten DDR-Beitritt zur BRD, obsolet geworden. Doch warum heißt es dann in Art. 139 des Grundgesetzes nach wie vor: „Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt“?

Weil der Gesetzgeber zu „bequem“ war, dieses Gesetz einfach zu streichen? Diese offizielle Erklärung jedenfalls bot den führenden Medien trotz ihrer offensichtlichen Absurdität keinen Anlaß, die Frage der mangelnden Souveränität der BRD aufzugreifen. Bis zum Fall Edward Snowden. Nachdem der ehemalige NSA-Mitarbeiter enthüllte,

in welchem Ausmaß US-Geheimdienste private Kommunikation in der BRD überwachen, stellten sich dann doch hauptberufliche Journalisten die naheliegende Frage, wie souverän Deutschland eigentlich tatsächlich ist?

Selbst Kanzlerin Merkel räumte daraufhin ein, daß es einige Bereiche gegeben habe, in denen die USA gewisse Überwachungsrechte auch nach 1990 aufrechterhalten hätten - allerdings - so die Kanzlerin seinerzeit weiter, seien auch diese Rechte nun erloschen: „Wir haben jetzt die ganzen Diskussionen um die Zusammenarbeit der Dienste genutzt, um diese alten Vereinbarungen mit Frankreich, Großbritannien und den USA zu beenden - ganz formell durch Verbalnoten-Austausch.“ Merkel weiter wörtlich: „Damit ist auch in diesem letzten Bereich unsere Souveränität hergestellt. Und ich glaube, damit haben wir eigentlich das Problem gelöst.“

„Wenn das wirklich stimmt“, so die deutschen Wirtschaftsnachrichten, „dann wäre die Souveränität Deutschlands in ihrer Bedeutung weit unter der Krümmung von Gurken oder der Fischerei-Quote mit den Färöer-Inseln anzusiedeln. Während über diese Probleme monate-, ja jahrelang verhandelt und gefeilscht wird, soll die deutsche Souveränität also dadurch ‚hergestellt‘ werden, daß die Bundesregierung wegen eines US-Whistleblowers ein altes Gesetz findet, daß sie dann aufhebt, indem sie den Amerikanern in einer ‚verbal note‘ mitteilt, daß Deutschland nun eben wieder souverän sei.“

Tatsächlich log die Kanzlerin wissentlich und schamlos. Keineswegs waren US-Sonderrechte erloschen, ja die Einflußmöglichkeiten US-amerikanischer Stellen reichten noch viel weiter als angenommen.

Lange Zeit galt die mangelnde Souveränität dabei als Verschwörungstheorie. Eine des öfteren ins Spiel gebrachte „Kanzlerakte“, die alle Repräsentanten der BRD unterschreiben müßten, um den USA Gehorsam zu versprechen, erwies sich als Phantom. Mit den Enthüllungen des anerkannten Historikers Josef Poscheroth wandelte sich dieses Bild: Der Wissenschaftler konnte anhand von Akten belegen, daß die Alliierten Hand in Hand mit deutschen Behörden nicht nur jahrelang DDR-Post überwacht hatten, sondern diese Zusammenarbeit auch nach 1991 andauerte:

Während bereits das 2001 erneuerte G-10 Gesetz von 1968 den Alliierten zugestand, die Überwachungspraxis in vollem Umfang beizubehalten, wurde auch Art. 10 des Grundgesetzes dahingehend geändert, daß einer aus nachrichtendienstlichen Gründen überwachten Person kein Anspruch auf diesbezügliche Informationen oder juristische Abhilfe eingeräumt wird. Ein strikter Bruch der rechtsstaatlichen Gewaltenteilung, da alliiertes Recht in deutsches Recht überführt werden mußte,

wie der Historiker erläuterte. So wurde aus „Siegerrecht Besatzungsrecht, aus Besatzungsrecht Vorbehaltsrecht, aus Vorbehaltsrecht Vertragsrecht, aus Vertragsrecht deutsches Recht und Verfassungsrecht, das jede Bundesregierung verpflichtete, auch künftig für die westlichen Siegermächte Post- und Fernmeldeüberwachungen durchzuführen oder von diesen selbst durchführen zu lassen“, wie der Freiburger Forscher klarstellte. Das Besondere aber ist, daß diese Rechte auch den „2+4-Vertrag“ überdauerten: „Sämtliche Verträge und Vereinbarungen, sämtliche Gesetze und Verfassungsänderungen, die Grundlage für die Fortführung der alliierten Kontrollen waren und sind, wurden weder geändert, noch gekündigt, sondern gelten bis heute unverändert fort, so die deutsch-alliierte Verwaltungsvereinbarung zum G 10-Gesetz von 1968.“ Das bedeutet, wie Foschepoth ergänzt, „daß das Zusatzabkommen zum Nato-Truppenstatut weiterhin die Grundlage für die alliierten Überwachungsmaßnahmen ist und bleibt. Schließlich, dass es auch in Zukunft jedem alliierten Militärbefehlshaber unbenommen ist, die zum Schutz der Truppen notwendigen Sicherungsmaßnahmen zu treffen, wozu auch die eigene Durchführung von Überwachungsmaßnahmen des Post- und Fernmeldeverkehrs gehört.“ Somit hat diese Überwachung die 2+4 Verhandlungen überdauert, denn „als die SPD 1990 im Bundestag wissen wollte, auf welcher Rechtsgrundlage die Special Forces der Amerikaner in Deutschland jetzt arbeiteten, bekam sie vom Staatsminister im Auswärtigen Amt zu hören: auf dem Aufenthaltsvertrag von 1954 und dem Zusatzabkommen zum Nato-Truppenstatut. Das alliierte Recht zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs ist weder in der alten, noch der neuen Bundesrepublik außer Kraft gesetzt worden.“

Diese Fakten belegen eindeutig, daß die BRD kein voll souveräner Staat ist, sondern nach wie vor besatzungsrechtlichen Einschränkungen unterliegt. Fraglich bleibt allerdings, ob die Lizenzjournalisten, die nun erstmals die Frage nach der Souveränität der BRD stellen, auch den Mut haben, diese Frage ehrlich zu beantworten und die entsprechenden Konsequenzen daraus zu ziehen.

Kohl trifft Gorbatschow 1990: Ein Schritt zur vermeintlichen Souveränität der BRD



Sieg über die Türken bei Wien 1683

Kaum ein Tag war von so großer historischer Tragweite wie der 14. Juli 1683: Großwesir Kara Mustapha, Oberbefehlshaber eines 120.000 Mann starken türkischen Heeres, steht nicht nur vor seinem größten Erfolg, sondern auch vor einem Meilenstein in der Geschichte des Osmanischen Reiches und damit des Islam. Der Belagerungsring um Wien ist geschlossen, die Einnahme der Stadt steht kurz bevor.

Was Süleyman I. 1529 bei der ersten Belagerung der österreichischen Metropole verwehrt blieb, scheint nun zum Greifen nahe. Wenn der „goldene Apfel“, so die islamische zeitgenössische Bezeichnung Wiens, fällt, dann ist der Weg frei zur Eroberung Europas.

Möglich gemacht hat diesen osmanischen Siegszug nicht zuletzt die Zerstrittenheit der Europäer, die sich zwischen 1618 und 1648 blutig bekämpften. Vor allem das Deutsche Reich war Leidtragender der Kämpfe, die zwischen 8 und 10 Millionen Deutschen, fast der Hälfte der Bevölkerung, den Tod brachten. Das Osmanische Reich nutzte die Schwäche der Europäer und dehnte seinen Einflußbereich immer weiter aus.

Am 1. Juli 1683 überschreiten die osmanischen Truppen die Raab, am 11. Juli 1683 nehmen die Türken Hainburg und richten ein Blutbad an.

Derweil bereitet sich der Wiener Stadtkommandant Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg auf die

Verteidigung Wiens vor. Insgesamt stehen ihm aber gerade einmal 13.000 Mann zur Verfügung, die dem osmanischen Feind 10-fach unterlegen sind.

Am 14. Juli 1683 beginnt die osmanische Armee die umliegenden Vororte Wiens niederzubrennen. Dann folgt ein pausenloser Angriff auf die Festungswerke der Stadt durch zahlreiche türkische Geschütz Batterien. Zeitgleich treiben türkische Mineure Stollen in den Boden unter die Wälle und füllen diese mit Sprengmaterial, um die Mauern zum Einsturz zu bringen. Während die Verteidiger mit dem Mute der Verzweiflung Angriffswelle um Angriffswelle abweisen, vermittelt Papst Innozenz XI. zwischen Kaiser Leopold I. von Habsburg und König Johann III. Sobieski von Polen, der unter der Bedingung des Oberbefehls ein 80.000 Mann starkes Entsatzheer zur Befreiung Wiens aufstellt.

Doch wird das Heer, das aus 24.000 Polen, 21.000 Mann kaiserlichen Truppen unter Herzog Carl von Lothringen, 11.000 Bayern, 10.000 Sachsen und ebenso vielen Franken und Schwaben besteht, noch rechtzeitig eintreffen?

Erst am 4. September, fast zwei Monate nach Beginn der Belagerung Wiens, finden die Heeresteile in Stetteldorf zusammen.

Währenddessen kämpfen die Verteidiger Wiens mit dem Mute der Verzweiflung. Dann erreicht sie die erlösende Nachricht: Das Entsatzheer ist aufmarschiert!

Am 12. September 1683 greifen die christlichen Heere vom Kahlenberg aus die immer noch zahlenmäßig stärkeren Türken an.

„Es war, als wälze sich eine Flut von schwarzem Pech bergab, die alles, was sich ihr entgegenstellt, erdrückt und verbrennt“, so beschreibt der türkische Geschichtsschreiber Mehmed, der Silâhdar, den Anblick der Entsatzarmee am Kahlenberg.

Kara Mustapha hatte es trotz der Vorwarnung – er war bereits am 4. September über die heranführende Entsatzarmee und ihre Stärke informiert worden – versäumt, den Wienerwald zur Abwehr der aufmarschierenden Hilfstruppen zu besetzen und alle Kraft auf die Eroberung Wiens zu konzentrieren. Nun sind die osmanischen Truppenführer mit dem Zweifrontenkrieg überfordert: Die schwache Verteidigungsfront der Osmanen wird schnell zerschlagen. Die polnische Kavallerie – insbesondere die Lanzenreiter (Flügelhusaren, Hussaria) –

dringen in die türkischen Lager ein. Darauf treten die osmanischen Truppen eine ungeordnete Flucht an. Erst in der Höhe von Hainburg gelingt es dem Großwesir, Teile der Truppen zu sammeln und nach Győr zurückzuführen.

Mit der Schlacht am Kahlenberg wendet sich das Kriegsglück – die Türken werden aus Ungarn zurückgedrängt. Schlacht um Schlacht.

Das Osmanische Reich verliert nahezu alle seine Eroberungen des 16. Jahrhunderts und Österreich wird zur europäischen Großmacht.

Der Große Türkenkrieg ist auch die Geschichte des Aufstiegs des Prinzen Eugen von Savoyen. Seine Feuertaufe erhielt er 1683 in der Schlacht am Kahlenberg als Obrist-Leutnant. 1693 wurde er zum Feldmarschall befördert und 1697 übernahm er den Oberbefehl über die christlichen Truppen im Großen Türkenkrieg, der bis 1699 andauerte und zwischen 1714 und 1718 regional wieder aufflammte.



Prinz Eugen von Savoyen



König Johan Sobieski



Merkel und der Hootonplan

Franklin D. Roosevelt (vorne) und Henry Morgenthau

Der böse Wille über Deutschland

Ob Angela Merkel sich von den Ideen des Amerikaners Earnest Albert Hooton leiten läßt, wissen wir nicht. Wahrscheinlich hat sie das Werk des Harvard-Professors mit dem Titel „Breed war strain out of Germans“, das am 4. Januar 1943 veröffentlicht wurde, gar nicht gelesen.

Wörtlich bedeutet der Titel: „Züchtet den kriegerischen Wesenszug aus den Deutschen heraus!“ Die übliche Verleumdung der Deutschen also, könnte man meinen. Aber mehr noch. Ein konkreter politischer Plan. Ein Plan zur langfristigen systematischen Abschaffung des deutschen Volkes.

Hooton wollte durch Masseneinwanderung den Volkscharakter der Deutschen verändern, durch eine langsame biologische Demontage das deutsche Volk zum Verschwinden bringen. Die Wortwahl wurde später den Zeitumständen angepaßt: die Deutschen sollen durch Offenheit gegenüber fremden Kulturen und Öffnung gegenüber Einwanderern zeigen, daß sie aus der Geschichte gelernt haben. In dieser harmlosen Variante würde sich Angela Merkel für Hootons Ideen wohl stark machen, auch wenn seine Pläne vor 70 Jahren aus wenig freundlichen Absichten ausgebrütet wurden.

Rassenhygiene als Programm

Earnest Albert Hooton, geboren 1887 in Wisconsin, war ein hoch angesehener Anthropologe, der seit 1913 eine Professur in Harvard innehatte und der sich durch Forschungen über das Verhalten von Affen und die „rassische Klassifizierung“ der Menschen einen Namen gemacht hatte. Seine bekanntesten Werke „Up from the ape“ (Vom Affen aufwärts) und „The American Criminal“ weisen ihn als Verfechter der Lehre von der Überlegenheit einzelner Rassen und als Anhänger der Eugenik (Rassenreinhaltung durch Rassenhygiene) aus, die für eine gezielte Steuerung der menschlichen Fortpflanzung durch die Ausschaltung negativer Erbanlagen eintritt. Hierin stand Hooton der Rassenlehre der Nationalsozialisten nahe.

Während letztere jedoch von einer rassistisch bedingten Überlegenheit der Deutschen ausgingen, die man durch Maßnahmen gegen die Völker-Vermischung schützen wollte, sah Hooton Eingriffe in die Fortpflanzung der Deutschen vor, die das entgegengesetzte Ziel verfolgten. Die Erb-Eigenschaften der Deutschen sollten durch Vermischung verdünnt und ausgelöscht werden.

Das Rassenargument wurde seit dem Ersten Weltkrieg gegen die Deutschen gewendet. Angeblich waren sie ein von Natur aus andersartiges, gefährliches, intelligentes und aufgrund ihrer „Kultur“ ein der westlichen Zivilisation abgeneigtes Volk. Kultur und geistesgeschichtliche Traditionen verliehen ihnen Eigenschaften, die man nicht als kulturell erworben, sondern als rassistisch bedingt ansah. Dazu gehörten Wehrhaftigkeit und Selbstbehauptungswille.

Rassistischer Antigermanismus

Die Kriegspropaganda dichtete den deutschen Feinden eine angeborene Aggressivität und Kriegslüsterheit an. Seit dem Untergang des römischen Reiches seien sie für eine endlose Kette von Kriegen verantwortlich gewesen, immer hätten sie sich gegen die Zivilisation gerichtet. Die Kriegshetze sprach dem Gegner Rationalität, Moral und menschliche Eigenschaften ab. Die Propaganda der Feinde verdichtete sich zu einem rassistisch unterfütterten Antigermanismus: Das Böse lag den Deutschen angeblich im Blut. Die Verleumdung wirkte auch nach Beendigung des Ersten Weltkrieges fort. Eine ihrer wesentlichen Konsequenzen war, daß die viele Millionen Menschen umfassende Gruppe der Deutschen in den USA sich ihrer Herkunft schämte, in die Assimilation getrieben wurde und seit den zwanziger Jahren fast spurlos verschwand.

Beseitigung durch Assimilation, dieses Modell schien auch für Hooton geeignet, um die deutsche Gefahr dauerhaft zu eliminieren.

Seinen rassenhygienischen Gedanken folgend vertrat Hooton die Ansicht, daß man die „negativen Erbeigenschaften der Deutschen“ durch Züchtung beseitigen könnte. Dazu schlug er vor, die deutschen Kriegsgefangenen als Arbeitssklaven dauerhaft im Ausland festzuhalten und so die deutsche Geburtenrate für lange Zeit niedrig zu halten. Durch das massenhafte Einströmen von Migranten sollten die Deutschen in ihrem Volkscharakter verändert und allmählich durch eine vielrassige Mischbevölkerung ersetzt werden.

Große Pläne für Deutschland

Umvolkung durch Masseneinwanderung so lautete der Kern der Vorschläge, die Prof. Hooton im Januar 1943 der amerikanischen Öffentlichkeit präsentierte.

Wohlgemerkt auf dem Höhepunkt der Kriegshysterie, kurz vor Stalingrad, als sich die deutsche Niederlage abzuzeichnen begann.

Schon Jahre zuvor machten die absonderlichsten Rache- und Bestrafungs-Pläne in den USA die Runde. Zu den einflußreichsten Publikationen dieser Art gehört der Plan des jüdischen Publizisten Theodore Newman Kaufman, der schon vor dem Kriegsbeginn als Präsident der „Amerikanischen Friedensliga“ für einen Krieg gegen Deutschland warb und eine planmäßige Ausrottung des deutschen Volkes durch Massensterilisation propagierte. Nach seinen Berechnungen würden 20.000 Chirurgen nur wenige Monate brauchen, um 48 Millionen Deutsche zu sterilisieren. Sein Werk mit dem Titel: „Germany must perish“ (Deutschland muß vernichtet werden), in dem er seine Mordpläne präziserte, fand in der amerikanischen Öffentlichkeit millionenfache Verbreitung. Das „Time Magazine“ präsentierte das Buch und schrieb dazu: „Eine sensationelle Idee“. Die „New York Times“ pflichtete bei: „Ein Plan für den ewigen Frieden unter den zivilisierten Nationen“.

Roosevelt als Schlüsselfigur

Präsident Roosevelt empfahl das Buch allen Amerikanern zur Lektüre. Der Präsident selbst war für seinen tiefsitzenden Deutschenhass bekannt. In abfälligem Ton sprach er von der „deutschen Rasse“, die man niederhalten müsse. 1918 hatte er die vollständige Besetzung Deutschlands gefordert, selbst die harten Bedingungen des Diktats von Versailles waren ihm viel zu milde.

Schon im Jahre 1938 träumte Roosevelt davon, Deutschland durch Bombenkrieg und Seeblockade endgültig auszulöschen. In schneidendem Ton erklärte er vor seinen Stabschefs, daß er „nicht gewillt sei, ... die deutsche Nation nicht zu zerstören. Solange es das Wort „Reich“... gibt, müssen wir danach streben ... alles, wofür es steht, auszumerzen.“

Merkel und der Hootonplan



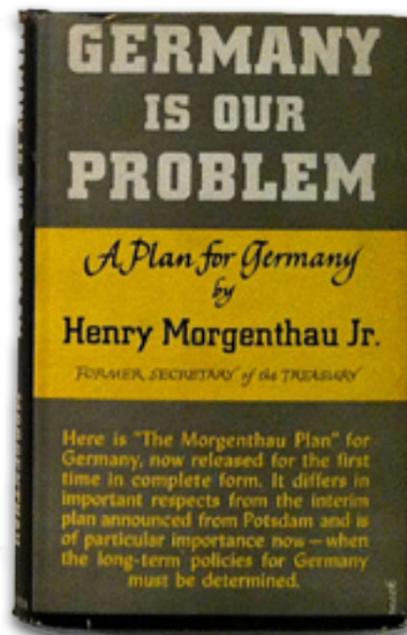
Earnest Albert Hooton (1887-1954) mit Affenschädel

In seinen Plänen für einen Vernichtungskrieg stand ihm sein engster Vertrauter, sein Finanzberater Henry J. Morgenthau, mit Rat und Tat zur Seite. So war es nicht verwunderlich, daß alle Friedensinitiativen von deutscher Seite - manche Historiker kommen auf eine Zahl von über 40! - im Sande verliefen, und sich Roosevelt von Anfang an auf einen Kampf bis zur vollständigen Vernichtung des Gegners festlegte. Man muß sich fragen, wie viele Millionen Tote der Welt erspart geblieben wären, wenn Roosevelt 1939, 1940 oder 1941 zu Friedensgesprächen bereit gewesen wäre. Sein Deutschen-Hass war eine unüberwindliche Barriere.

Der Kaufman-Plan

Der Antigermanismus innerhalb der amerikanischen „Elite“ hatte als Erbe des Ersten Weltkrieges überlebt, gezüchtet und getragen wurde er von einem Teil der amerikanischen Presse. Auch unter Roosevelt fiel ihr die Aufgabe zu, die kriegsunwillige Bevölkerung der USA auf Kriegskurs zu bringen.

Den Höhepunkt der antideutschen Propaganda stellte Kaufmans Vernichtungsplan dar, der knapp ein Jahr vor dem Kriegseintritt der USA veröffentlicht wurde. Die Diskussion darum macht deutlich, auf welchem moralischen Niveau die veröffentlichte Meinung in den USA Anfang 1941 angekommen war. Die Pläne Kaufmans liefen auf einen planmäßigen Völkermord hinaus und waren von einer erschreckenden moralischen Verrohung geprägt. Gerade diese Unmenschlichkeit warf man dem Kriegsgegner vor, dem man eine „deutsche Verschwörung“ gegen die zivilisierte Welt unterstellte. Die NS-Propaganda allerdings sah den Kaufman-Plan als Teil einer „jüdischen Weltverschwörung“. Goebbels ließ es sich nicht nehmen, im Völkischen Beobachter im Juli 1941 den Plan zu kommentieren



Morgenthau-Buch

und ihn als besonders üblen Aspekt des Vernichtungskrieges gegen Deutschland zu brandmarken.

Zu diesem Zeitpunkt lagen die Pläne für eine Massendeportation der Juden noch in weiter Ferne. Berlin hatte lange auf eine Auswanderung nach Madagaskar gesetzt. Erst etwa anderthalb Jahre nach Kaufmans Veröffentlichung begann die europaweite Deportation der jüdischen Bevölkerung.

Die Frage, inwieweit die westlichen Vernichtungspläne die NS-Politik gegenüber den Juden beeinflusst haben, und ob es einen zeitlichen Zusammenhang zwischen den Planungen auf beiden Seiten gibt, ist umstritten.

Zweierlei Vernichtung

Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie sich der Antisemitismus der NS-Führung und der Anti-Germanismus in den USA in manchen Aspekten ähnelten. Man könnte eine Reziprozität annehmen, wenn es nicht entscheidende Unterschiede gäbe. Während in Deutschland eine Ausschaltung des jüdischen Elementes betrieben wurde, deren Formen der Öffentlichkeit gegenüber streng geheim gehalten wurden und die man als eine Art Elitenverschwörung ansehen könnte, diskutierte man in den USA in aller Öffentlichkeit über die praktischen Methoden der Ausrottung eines Volkes von 80 Millionen. Ein singulärer Vorgang.

Eine Reziprozität besteht darin, daß man die Deutschen als „Untermenschen“ betrachtete, denen man jede Moral und Zivilisiertheit absprach. Diese moralische Überheblichkeit war ein Grund dafür, daß die westlichen Führer jede Form von Friedensverhandlungen ablehnten, den Krieg als einen Vernichtungskrieg führten und sich darauf festlegten, ihn bis zum Endsieg und zur totalen Unterwerfung fortzusetzen. Für einen westlichen Endsieg stellte der deutsche Widerstand nur einen Störfaktor dar.

Der Geist von Morgenthau & Co.

In Deutschland ist in Bezug auf die Vernichtungs-Planungen meist nur der Name Morgenthau bekannt, der die offiziellen Pläne zur dauerhaften Unterwerfung Deutschlands ausarbeitete. Die ur-

sprüngliche Fassung des Morgenthauplans, eine Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat, die nach amerikanischen Berechnungen den Hungertod für die Hälfte der Deutschen bedeutete hätte, wurde zwar offiziell revidiert, die überarbeitete Version, die Weisung JCS 1023, atmete aber immer noch den Geist Morgenthaus.

Vernichtung gab es auf verschiedenen Ebenen: Ein Viertel des Staatsgebietes wurde abgetrennt und die einheimische Bevölkerung vertrieben oder ermordet, die Städte verwüstet, ein großer Teil der Industrie demontiert, das geistige Eigentum geraubt, das Staatsleben, die Massenmedien und das Erziehungssystem unter fremde Kontrolle gestellt und nur unter einem Besatzungsstatut eine eingeschränkte staatliche Ordnung wieder zugelassen. Der Krieg und der Nach-Krieg, insbesondere die Hungerjahre nach 1945, die Vertreibungen und die Gefangenschaft, forderten Millionen von deutschen Opfern, Schätzungen reichen bis 15 Millionen.

Das alles war Vernichtung. Diese ist heute vergessen und verdrängt, ebenso wie das Deutsche Reich. Es befindet sich weiter in einem Schwebestadium, nicht ganz untergegangen, aber handlungsunfähig. Ein Staat im Wachkoma. Die Feindstaatenklauseln gelten weiter, ein Friedensvertrag ist nicht geplant.

Der Schuld-Kult schwebt wie eine Giftwolke über Deutschland, die interessierten Mächte fordern immer wieder neue Unterwerfung ein, und es bleibt gänzlich unklar, ob und wann der westliche Anti-Germanismus aufgegeben wurde oder ob er unter den Bedingungen der „Bedingungslosen Kollaboration“ stillschweigend weiterlebt.

Lebt der Vernichtungswille noch?

Sicherlich ist die Gründung der Bundesrepublik Deutschland nicht einem plötzlichen Freundschaftsgefühl in den USA geschuldet, sondern allein dem Streit der Sieger über der Beute. So paradox es klingt, der Ost-West-Konflikt war eine Rettung. Wenigstens vorläufig. Demontage und Hungerpolitik wurden mit einem Schlag beendet. Politisch war der westdeutsche Staat ein Protektorat der USA, als Reichsvernichtungsstaat konzipiert, zum Zwecke der kontrollierten fortgesetzten Unterwerfung. Über die Selektion des politischen Personals und die Lizenzierung von Presse und Rundfunk führten die Sieger das Steuer. In Ost und West. Mit der Hörigkeit der politischen Klasse war die direkte Einflußnahme des großen Bruders nicht mehr offensichtlich. Der Morgenthau-Plan war plötzlich vergessen, der Kaufman-Plan eine Erfindung der NS-Propaganda und auch die Ideen Hootons zur Umzüchtung gerieten aus dem Blickfeld. Ihre Umsetzung wäre nach 1945 nicht möglich gewesen, denn woher sollten die Menschen

kommen, die in ein völlig zerstörtes, hungerndes und frierendes Land einwandern wollten? Und außerdem hätte es selbst im besiegten Deutschland massiven Widerstand gegen jede Form der Umvolkung gegeben. Herbert Wehner warnte noch in den siebziger Jahren davor.

Mentale Umvolkung erfolgreich

Aber die Zeiten änderten sich. Es schien, als ob eine unsichtbare Hand die Deutschen leitete, als sie im Überschwang des Wirtschaftswunders ohne Not die Grenzen für Einwanderung öffneten. Das mediale Besatzungsregime sorgte dafür, daß jeder Widerspruch im Keime erstickt wurde.

Die deutsche Geburtenrate war die niedrigste der Welt und die Regierung weigerte sich, darin ein Problem zu sehen. Eine Gleichgültigkeit gegenüber der Zukunft des eigenen Volkes machte sich in der Elite breit, nachdem sie über 30 Jahre lang den Geist des großen Bruders inhaliert hatte. Eine feindliche Haltung gegenüber dem ehemaligen Feinde gab es nicht, Feindseligkeit gegenüber dem eigenen Volke kam in zahlreichen Politiker-Äußerungen zum Ausdruck. Wenn man schon die Deutschen insgesamt nicht umzüchten konnte, so war die Dressur der Politiker doch gelungen. Die machten Männchen. Die Umerziehungsmedien konnten unablässig an der „mentalen Umvolkung“ arbeiten. Wer fortan forderte, „Deutschland soll deutsch bleiben“ landete im Nazi-Ghetto. Das Stichwort „Ausländerfeindlichkeit“ mutierte zur Allzweckwaffe.

Kaum jemandem fiel auf, daß die medialen Kampagnen noch immer den Geist des Anti-Germanismus und der Anti-Nazihetze ausstrahlten, der aus der Kriegszeit bekannt war und der auf die vollständige moralische Vernichtung des Gegners abzielte. Aber auch die Umrisse einer physischen Beseitigung wurden allmählich erkennbar.

Das was Hooton gefordert hatte, die drastische Minderung der Geburtenzahl und die forcierte Masseneinwanderung stellten sich unter den Bedingungen von Wohlstand und Schuld kult fast wie von selbst ein. Was Hooton jedoch nicht präzise vorhergesehen hatte, waren die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Immigration. Importiert wurden mit anderen Kulturen auch Kriminalität und Terror, religiöser Fanatismus und Rückständigkeit. Eine geistig-moralische Wende nach rückwärts führte zu einer Desintegration und Fragmentierung der Gesellschaft, mit zunehmender Leistungsverweigerung, sozialer Verwahrlosung und Kriminalität. Insofern hat sich ein beachtlicher Teil des von Hooton propagierten Charakterwandels schon eingestellt.

Der Wahnsinn hat Methode

Das letzte Kapitel in der Geschichte der ethnischen Umgestaltung Deutschlands hat die Regierung Merkel im Jahre 2015 aufgeschlagen. Die Mehrheit der Deutschen glaubte wohl, daß eine weitere Forcierung der Einwanderung nicht mehr möglich sei. Sie wurde eines besseren belehrt.

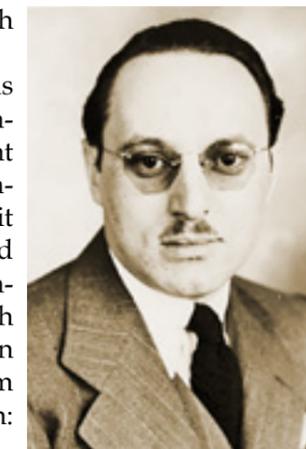
Die Kanzlerin stellte sich über Recht und Gesetz. Ähnlich einem Staatsstreich ließ sie Millionen Menschen illegal ins Land kommen. Ohne Obergrenze. Mehr noch, sie hat sie als willkommenen Ersatz für die dahinschwindenden Deutschen begrüßt, für deren Wohl und Einbürgerung alles nur Erdenkliche getan werden müsse. Sie fordert weiterhin: totale Mobilmachung für die Umvolkung.

Hooton würde seine helle Freude an ihr haben. Das Millionenheer von jungen Männern stellt sowohl einen möglichst fremdrassigen Genpool wie auch eine kampfstärke Bürgerkriegsarmee dar. Die arabisch-afrikanische Transformation wird damit auch militärisch abgesichert. Die ersten Scharmützel fanden schon statt. Wenn jetzt keine Gegenwehr erfolgt und die Invasion nicht zurückgeschlagen wird, ist Deutschland verloren.

Die Deutschen dürfen dann wohl weiter über Renten, Gendermainstreaming und Klimawandel diskutieren und selbstzufrieden dem Volkstod entgegengedämmern. Daß sie dabei sind, ihr Land abzutreten und sich als Volk aufzugeben, dämmert den meisten nicht. Daß hier ein abgrundtiefer böser Wille am Werke sein könnte, wohl noch weniger. Doch der Wahnsinn hat Methode. Durch kollektive Erpressung via Schuld kult sind sie so humanitär weichgespült, daß selbst das Ausland urteilt: „Die Deutschen sind verrückt.“

Der Wahnsinn der Selbstaufgabe folgt letztlich einem bösen Willen, der im Gewande des absolut Guten daherschreitet. Das Böse im Gewande des Guten, Volks-Zerstörung als kulturelle Bereicherung und moralische Pflicht, das ist der Kern von Merkels Botschaft. Vom Hooton-Plan zum „Merkel-Wahn“ spannt sich ein weiter Bogen.

Der böse Wille aus der Zeit des Rassenzüchters Hooton kommt heute ganz harmlos daher. Eine Heilige mit Unschuldsmiene und fromm gespreizten Händen mahnt uns, doch unser Volk zu vergessen und so kurz vor dem Ende nicht aufzugeben: „Wir schaffen das“.



Theodore N. Kaufman

Brexit oder die Wende in Europa



Der 23. Juni 2016 wird in die Geschichte eingehen. Nicht allein, weil die Bürger Großbritanniens sich für den Austritt aus der EU entschieden haben, sondern auch weil damit das „Elitenprojekt Europa“ seinen nahezu unaufhaltsam erscheinenden Siegeszug beendet hat. Europa wird von nun an nicht mehr größer werden, sondern hat mit einem Schlag 60 Millionen Menschen verloren. Daß weitere Austritte folgen, ist wahrscheinlich. Auch die machtpolitische Expansion einer selbstherrlichen Elite von Eurokraten, eine transnationale Führungsschicht, die die Souveränität der Nationalstaaten und demokratische Selbstbestimmung immer weiter abgebaut und die autokratische Eigenmächtigkeit der Brüsseler Bürokratie beständig ausgebaut hat, scheint zu Ende zu gehen.

Mit Großbritannien ist das Mutterland der europäischen Demokratie und auch das Land mit dem größten nationalen Selbstbewußtsein und der größten kolonialen Erfahrung aus einem Projekt ausgestiegen, das längst nicht mehr eine Herzensangelegenheit der Europäischen Völker darstellt, sondern eine realpolitische und moralisch inspirierte Kopfgeburt zweier sehr entgegengesetzter Lager. Da sind zum einen die neokapitalistisch geprägten Trans-Atlantiker, die die europäische Union als eine Art Wirtschafts-NATO und als Brückenkopf der amerikanischen Weltordnung begreifen, zum anderen aber die ethno-kommunistisch geprägten Alt-68er, die die Auflösung der Völker als einen Meilenstein zur Erstellung einer moralisch guten und glücklichen Welt betrachten. Wie beim Projekt Neue Weltordnung arbeiten hier Kapitalisten und Linke Hand in Hand zusammen. Das Bündnis von den als rechts eingeordneten „Neokonservativen“ und linken Ethno-Kommunisten, von Kapital und Massenmoral, hielt Europa bisher fest im Zangengriff.

Mit Großbritannien hat sich das erste Land aus dieser Zwangslage befreit.

Naheliegender ist nun, daß auch andere Staaten die zunehmende Verlagerung der Macht nach Brüssel stoppen wollen und deshalb eine Überarbeitung der Verträge anstreben. Die Europa-Fanatiker in Brüssel wollen einer solchen Reform möglichst schnell einen Riegel vorschieben. Kommissionspräsident Juncker und Parlamentspräsident Schulz wollen jetzt den Ausbau zu einem Superstaat noch mehr forcieren und schlagen vor, die Brüsseler Kommission zu einer echten Regierung auszubauen.

Insbesondere Juncker, der den Kleinstaat Luxemburg mit korrupten Methoden zu einer Steueroase für multinationale Firmen ausgebaut hat, drängt auf eine schnelle Abwicklung des britischen Austritts und möchte durch besondere Härte ein Exempel statuieren. Die Drohungen in Richtung London sind unverhohlen, aber

es ist offenkundig, daß sich die Europäer nur in das eigene Fleisch schneiden würden. Immerhin exportiert die Rest-EU mit Waren im Wert von 300 Mrd. € wesentlich mehr in das Vereinigte Königreich, als die Rest-EU mit 180 Mrd. € von dort empfängt. Besonders Deutschland exportiert doppelt so viel Waren nach Großbritannien, wie es von dort bezieht. Mit einer Handelsunterbrechung ist also kaum zu rechnen, ein Freihandelsabkommen ist wahrscheinlich.

Bisher war Großbritannien drittgrößter Nettozahler der EU. Die 5 Mrd. € britische Steuergelder versickern also demnächst nicht mehr in Polen oder Griechenland, dafür wird der deutsche Steuerzahler eintreten, und Deutschland – mit 15 Milliarden € jährlich seit jeher größter Nettozahler – darf hier seine Vormachtstellung ausbauen. Auch am Finanzplatz London gibt es zahlreiche Stimmen, die jetzt froh sind, sich nicht mehr einer europäischen Finanzaufsicht unterwerfen zu müssen, sondern auf dem globalen Finanzmarkt unabhängiger auftreten zu können. Wie seit jeher gilt in der EU das alte Motto: Deutschland wird zahlen. Dies betrifft aber nicht nur die Nettozahlungen für weniger entwickelte Länder.

Der Austritt Großbritanniens verschärft auf fatale Weise das Ungleichgewicht in der EU. Hielten sich bisher der Norden und der Süden mit ihrer unterschiedlichen Wirtschaftskultur und Spar-Moral die Waage, standen sich Großbritannien und Deutschland auf der einen Seite als Vertreter marktliberaler Leistungsgesellschaft und Frankreich und Italien als staatsdirigistische Umverteilungstaaten gegenüber, so steht Deutschland in Zukunft den Interessen der Romanen, also der Franzosen und Italiener und aller Südstaaten, allein gegenüber. Die entscheidende Konsequenz des Brexit ist die zunehmende Isolierung Deutschlands als einzigem Land, welches auf Sparen und Eigen-

leistung setzt. Damit hat das Abrutschen Europas in eine Transfer- und Schuldenunion entscheidend an Fahrt gewonnen. Deutschland wird sich kaum noch gegen eine Vergemeinschaftung der Schulden wehren können, was letztlich eine Schuldübernahme für die Südstaaten bedeutet. Auch hier wird sich der moralische Druck erhöhen, da im Falle einer Verweigerung den geizigen Deutschen die gesamte Schuld am Scheitern des Projekts Europa zugeschrieben würde. Dann werden alte Feindbilder schnell die Runde machen.

Nachdem England das sinkende Schiff verlassen hat, wäre ein „Dexit“, also ein EU-Austritt Deutschlands, wie ihn Hans-Olaf Henkel vorgeschlagen hat, die einzige Rettung. Dazu aber dürften Merkel und Co. nicht in der Lage sein. Die deutsche Kanzlerin ist eine Gefangene der Europaideologie und der Westbindung und wird ihr Land und seinen Reichtum wohl eher für eine Wahndee opfern. Dies hat sie bereits in der Asylpolitik unter Beweis gestellt.

Während sich also England mit einem Befreiungsschlag aus der europäischen Umklammerung löst, wird die Gefangenschaft der Deutschen deutlich zunehmen. Daß sie die Hauptleidtragenden des Brexit sind, haben viele nicht auf dem Bildschirm. Ob Deutschland irgendwann endlich erwacht und Konsequenzen zieht, steht in den Sternen.

Die Wende in Europa ist vollzogen, die Wende in Deutschland läßt auf sich warten.

EU-Gegner und inzwischen zurückgetretener Chef der UK Independence Party (UKIP), Nigel Farage



-Anzeige-

www.vikingsdivision.de

[facebook.com/Vikings-Division](https://www.facebook.com/Vikings-Division)

Rassenprobleme in den USA

Am 7. Juli 2016 werden fünf weiße Polizisten bei einer Demonstration gegen rassistische Gewalt in Dallas aus dem Hinterhalt ermordet. Die Polizeibeamten werden regelrecht hingeworfen, weitere sieben Kollegen erleiden schwere Verletzungen.

Das anschließende Feuergefecht, bei dem sich die Täter in einem Parkhaus verschanzt haben, dauert mehrere Stunden. Es bleibt unklar, um wie viele Täter es sich handelt, einer der Mörder kann durch einen Polizeiroboter mit einer Sprengladung getötet werden. Laut CNN hat es seit dem 11. September 2001 nicht mehr so viele Polizei-Opfer gegeben, damals starben 72 Polizeibeamte.

Vorausgegangen war den Polizistenmorden von Dallas die Tötung zweier Schwarzer durch die Polizei am 5. und am 6. Juli 2016 in Minnesota und Louisiana. Politiker in den USA gaben daraufhin öffentlich bekannt, daß es ein Problem des „Rassismus“ gebe, ein Problem, das in früheren Zeiten noch als Rassenproblem bezeichnet wurde. Durch die Verwendung des Begriffs „Rassismus“ wird der Eindruck erweckt, daß nur das gesetzwidrige Verhalten einzelner das Problem sei. Dabei überschatten die Probleme des Rassenkonflikts den gesamten Alltag der US-amerikanischen Gesellschaft.

Gerade mal ein Jahr zuvor war es nach dem Tod eines jungen Schwarzen in Baltimore zu bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen gekommen. Anlaß war der Tod des jungen Freddie Gray in Polizeigewahrsam. Über Twitter hatten junge Schwarze daraufhin einen Tag des „Purge“ (dt. Säuberung) angekündigt: wie in dem gleichnamigen Film bedeutet „Purge“ eine Zeit der Gesetzlosigkeit, in der jeder jeden straflos verprügeln, berauben oder umbringen kann.

Eine Gewaltwelle schwappte über die 600.000 Einwohner-Stadt. Einkaufszentren wurden geplündert, Häuser und Autos gingen in Flammen auf, ein Mob zog durch die Straßen, die Bürger trauten sich nicht aus den Häusern. Die Unruhen hielten über drei Tage an und verwüsteten ganze Stadtviertel. Tausende Nationalgardisten wurden mobilisiert, Spezialeinheiten zur Aufstands-Bekämpfung sicherten die neuralgischen Punkte.

Als sich die Lage beruhigt hatte, kreisten Hubschrauber über der Stadt, und die Bürgermeisterin erklärte, daß sie sehr stolz auf das Verhalten der Polizei sei. Sie nahm sie in Schutz gegen den Vorwurf, die Randalierer nicht aufgehalten zu haben, das Recht auf Demonstrationsfreiheit habe Vorrang gehabt.

Politiker und Medien standen der Explosion der Gewalt wie gewohnt verständnislos gegenüber; seit dem Mord an dem schwarzen Bürgerrechtler Martin Luther King gab es so etwas nicht mehr. Die schwarze Senatorin Catherine Pugh brachte es auf den Punkt: „Amerika hat ein Rassenproblem“.

„Rassenproblem“ ist ein wenig beliebtes Wort. Ja geradezu ein Unwort. Während es in früheren Zeiten ganz unverfänglich war, von Rassen zu sprechen, ist das Thema „Rasse“ heute ein großes Tabu. Dabei ist die rassische Verschiedenheit eine jedem Menschen ins Auge springende Tatsache.

Man kann es als einen Ausdruck einer Massenmanipulation im Stile von „1984“ betrachten, daß eine dergestalt elementare Gegebenheit nicht mehr thematisiert werden darf. Damit stellt sich die Frage: Welche Kräfte errichten hier ein Tabu, warum darf nicht mehr über „Rassen“ gesprochen werden, wer ist für die „Rassen-Leugnung“ verantwortlich?

Unterdrückung oder Achtung der Rassen?

Wer immer von der Verschiedenheit der Rassen spricht, wird des „Rassismus“ bezichtigt, wobei unter diesem -ismus etwas ganz Übles verstanden wird. Nämlich: der Versuch von Angehörigen einer Rasse, die Angehörigen einer anderen Rasse abzuwerten und zu benachteiligen. Natürlich gibt es diese Form des Rassenverhaltens, die man als „Unterdrückungs-Rassismus“ bezeichnen muß. Daneben aber gibt es eine Haltung, die die Existenz von verschiedenen Rassen anerkennt, ohne irgendeiner Rasse einen Vorrang zuzugestehen. Die Rassen sind einfach ein Zeichen der „Vielfalt“ der Menschen, sie sind Teil des biologischen Erbes, das nichts über Über- und Unter-Ordnung aussagt.

Die Verschiedenheit der Rassen anzuerkennen, zeugt von der Achtung vor dem Menschen. Genau diese Achtung, die man mit dem Begriff „Menschenwürde“ verbindet, gebietet es jedoch auch, die sich aus der Verschiedenheit ergebenden Konsequenzen anzuerkennen.

Zur Anerkennung und Achtung der Rassen gehört die einfache Tatsache, daß zu enges Zusammenleben oder gar eine Vermischung der Rassen in vielen Fällen zu Konflikten führt. Eine solche Haltung könnte man „Achtungs-Rassismus“ nennen, wobei der -ismus wie allgemein üblich für eine positive Einstellung zu seinem Objekt steht.

Wer eine Gefahr kennt, kann sich in Acht nehmen, gefährliche Situationen vermeiden, einen Sicherheitsabstand wahren. Jede Kultur gebietet es,

zur Konfliktvermeidung gewisse Distanz-Regeln einzuhalten, Abstandsregeln der Höflichkeit und des Taktgefühls im täglichen Umgang. Ähnliches könnte auch zwischen Völkern und noch mehr zwischen Rassen Gültigkeit besitzen. Andersartigkeit führt regelmäßig zu Konflikten.

Im Falle der USA zeigt sich eine deutliche Kluft zwischen Schwarzen und Weißen. Die Leugner der Rassen-Unterschiede behaupten dann, daß es sich nur um ein soziales Problem handele, weil die schwarze Bevölkerung typischerweise zur Unterschicht gehört. Die Frage ist aber: Warum gehören die Schwarzen vorwiegend zur Unterschicht? Hier stoßen wir wieder auf das Rassen-Tabu.

Der Psychologe Hans von Eysenck hat schon vor 30 Jahren den Nachweis erbracht, daß die durchschnittliche Intelligenz der schwarzen Bevölkerung weit unterhalb des Niveaus der weißen liegt. Er kam auf einen IQ von 83. Von Eysenck ist daraufhin mächtig bekämpft worden, hat seine wissenschaftliche Laufbahn beenden müssen, aber wurde nicht widerlegt. So wie es unbestreitbar Unterschiede in der körperlichen Leistungsfähigkeit der Rassen gibt, - man denke nur die stärksten Athleten und die schnellsten Läufer - so spricht eigentlich nichts dagegen, diese auch auf anderen Feldern anzunehmen. Diese einfache Unterscheidung ist jedoch ein Tabu. Man muß sich fragen: Wer ist der Urheber einer Ideologie, die die Rassenunterschiede leugnet?

Man kann hier nur vermuten, daß es Kräfte sind, die alle Rassenunterschiede, und damit die echte Vielfalt der Menschheit, beseitigen wollen. Ob es die Protagonisten der One-World sind oder eine Finanzelite, die durch Freihandel eine globale Konsumgesellschaft beherrschen will, sei hier dahingestellt.

Fakt ist, daß die Rassenleugnung auf die Rassenvermischung abzielt, und dabei die Probleme der Vermischung entweder kleinredet oder „für die gute Sache“ gerne in Kauf nimmt. Ob sogar bewußt versucht wird, ein Rassen-Chaos anzurichten, um Herrschafts-Interessen durchzusetzen, bleibt die Frage. Sicher ist: Im Rahmen eines positiven Rassismus, der die rassischen Unterschiede achtet und würdigt, lassen sich viele Probleme besser erklären und lösen.

Auch hier hilft der Blick in das Musterland der Rassenprobleme, die USA.

Eine andere Begabung bedingt ein anderes Sozialverhalten. Schwarze sind im Berufsleben weniger erfolgreich, können am Wohlstand weniger teilhaben. Viele scheitern sozial. Wer sieht, daß der weiße Mann immer reicher ist, neigt dazu, Ungerechtigkeit als Ursache anzunehmen und dagegen aufzubegehren. Ein Abdriften in die Kriminalität ist unter Schwarzen sehr viel häufiger als unter Weißen. Ein großer Teil der jungen schwarzen Männer sitzt



Bild: Wikimedia commons

im Gefängnis (1,5 - 2 Millionen), schwarze Ehen sind häufig brüchig, schwarze Frauen bekommen viele Kinder, oft mit verschiedenen Partnern, erziehen ohne Ehepartner, die Kinder sind oft Schulversager.

Die Schuld wird gerne bei der Gesellschaft gesucht, auf die Verschiedenheit der rassischen Prägung Bezug zu nehmen, ist dagegen verpönt..

Angesichts der ideologischen Machtverhältnisse, die der Leugnung des Rassen-Problems zu Grunde liegen, ist eine offene Diskussion schwierig.

Und so wird sich Amerika weiterhin mit seinen Rassen-Problemen herumschlagen, wird staunend vor den Explosionen dieses Problems stehen und wird dem Rest der Welt weiterhin seine demokratischen Werte predigen, darunter besonders die Errungenschaft der ethnischen und rassischen Beliebtheit.

Europa wird dem Vorbild der USA folgen, sich bemühen, die USA einzuholen und das Ziel wohl bald erreichen. Die Rassenunruhen in den englischen Vorstädten und in den Armutsvierteln von Paris sind ein offensichtliches Zeichen dafür.

Und Deutschland holt, was die rassische „Vielfalt“ anbelangt, unter Merkel mächtig auf.

Mord an Schwarzen & Weißen in den USA 2013 (pro 1 Mio. Mitglieder der Rasse der Täter)



Polizist erschießt russischen Botschafter in der Türkei

Vergeßt nicht Syrien, vergeßt nicht Aleppo, »Alluha Akbar.« Mit diesen Worten feuerte ein türkischer Polizist am 18. Dezember 2016 auf den russischen Botschafter in Ankara und verletzte diesen tödlich. Andrey Karlow hielt gerade eine Rede anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung in Ankara. Der 22-jährige Attentäter, der sich mit seinem Dienstausweis Zutritt zum Tatort verschaffte, wurde nach der Tat von türkischen Sicherheitskräften erschossen. Obgleich die Botschaft des Attentäters auf islamistische Gruppen innerhalb der türkischen Sicherheitskreise verweist, versuchten offizielle Stellen erneut die Gülen-Bewegung ver-

antwortlich zu machen. Seit dem Putschversuch von Teilen des türkischen Militärs hat Erdogan die Gülen-Bewegung massiv verfolgt und deren Anhänger rigoros aus dem Staatsdienst entfernen und verhaften lassen.

Aufgrund einer Annäherung zwischen der Türkei und Rußland, die auch eine Einigung im Syrienkrieg beinhaltet, kommt das Attentat zur un-rechten Zeit. Verschiedentlich wurde daher auch in Rußland gemutmaßt, US- bzw. Nato-Kreise könnten Drahtzieher des Attentates sein, um die Annäherung des wichtigen Partners Türkei an den Erzrivalen Rußland zu hintertreiben.

9/11: 15. Jahrestag der WTC-Anschläge

Der 11. September 2001 gilt als größter Terroranschlag in der Geschichte der USA. Vor 15 Jahren sollen Islamisten insgesamt vier Flugzeuge entführt und diese in die beiden Türme des World Trade Centers in New York sowie in das Pentagon in Arlington gelenkt haben. Das vierte Flugzeug stürzte über Shanksville ab, offiziell nachdem Passagiere die Entführer in einen Kampf verwickelt hatten.

Noch heute glauben viele Menschen diese offizielle Version obgleich es immer weniger werden. Denn zu zahlreich sind die Fakten, die gegen die offizielle Theorie sprechen, zu auffällig die Unge-reimtheiten: Dazu zählen der ungewöhnliche Einsturz der beiden Zwillingstürme, der allein durch die Brände ausgelöst worden sein soll, ebenso wie fehlende Bilder des Einschlags des Flugzeugs in das Pentagon. Obwohl dieses zu den am besten be- und überwachten Gebäuden der Welt gehört, soll keine Kamera das Geschehen dokumentiert haben. Lediglich eine Kamera, die vorgeblich keine durchgehenden Bilder lieferte, zeigte den Moment nach dem Einschlag eines Flugkörpers; von einem Flugzeug war indes nicht das geringste zu sehen. Ferner ist es nicht zu erklären, daß keines der entführten Flugzeuge durch Luftabwehrrichtungen am Pentagon oder durch Militärjets abgefangen wurde, diese kamen nicht einmal in die Nähe der entführten Maschinen, die im übrigen mit einer so erstaunlichen Professionalität in die Ziele gelenkt wurden, daß eine Steuerung der Flugzeuge durch Hobbypiloten ausgeschlossen werden kann.

Jüngere Untersuchungen zu Details der damaligen Vorgänge bestärken den Verdacht eines „In-side-Jobs“, also eines Anschlags mit Wissen oder sogar auf Veranlassung von Regierungs- oder Geheimdienstkreisen: So veröffentlichten Finanzwissenschaftler der Universität Zürich 2011 eine Studie, in der sie in Zusammenhang mit 9/11 einen

großen Insiderhandel nachwies.

In den USA glauben laut einer Umfrage von New York Times/CBS-News heute 84% der Amerikaner, daß die offizielle Version der Vorgänge nicht stimmt! 53%, der Befragten glauben, daß die Regierung Informationen verheimlicht, 28% halten die Regierung sogar für mitverantwortlich. Die „Truther“, die Angehörigen der 9/11 Truth Movement (9/11 Wahrheitsbewegung), kämpfen bis heute um eine objektive Untersuchung der Ereignisse vom 11. September 2001, der als wichtiger Meilenstein zur Umsetzung der Neuen Weltordnung, einer US-dominierten globalisierten Welt zählt.

Auch Rudolf Giuliani, der ehemalige Bürgermeister von New York, könnte mehr wissen, als er bislang vorgab. In einem Wahlkampfauftritt jedenfalls sprach er davon, daß es „vor Obama (Amtsantritt Januar 2009) keinen erfolgreichen islamistischen Terroranschlag in den USA“ gegeben habe. Ein bloßer Irrtum aus dem Munde des Bürgermeisters, in dessen Amtszeit die Anschläge fielen, oder nicht doch ein wenn auch versehentliches Geständnis der Mitwisserschaft?

Siehe auch: www.911-facts.info/deutsch.html



Syrische Truppen befreien Aleppo - Schwere Niederlage für IS und USA

Gemäßigte Rebellen, so Nahostexperte Michael Lüders im ZDF-Interview, gäbe es seit einiger Zeit nicht mehr. Eine große Wahrheit, gelassen ausgesprochen von einem Experten, der mit seiner Kritik an Syriens Machthaber Baschar al Assad nicht hinter dem Berg hielt und daher gefragter Gesprächspartner beim Thema Syrien war. Mit seiner Annäherung an die politische Realität in Syrien könnte seine Beliebtheit im Propaganda-Fernsehen der staatlichen BRD-Sender dramatisch sinken. Denn dort, wie übrigens auch bei den Privatsendern, wird noch immer munter von „gemäßigten Rebellen“ gesprochen, die neben den radikalen, IS-nahen Aufständischen lange Zeit weite Teile Aleppos kontrolliert hätten. Mit Unterstützung US-amerikanischer Militärberater und -Ausbilder, wie bereits eingeräumt wurde. Ende Dezember gelang es nun den Truppen Assads mit Hilfe russischer Luftunterstützung Aleppo komplett einzunehmen. Obgleich nach Verhandlungen Rußlands mit der Türkei mehreren tausend Aufständischen mitsamt ihren Familien ein freier Abzug aus der Stadt ermöglicht wurde, könnte diese Niederlage der syrischen Terroristen einen Wendepunkt im Syrienkrieg markieren. Vor allem auch einen Dämpfer für die USA, die nach wie vor am Sturz Assads interessiert sind und dafür auch mit den islamistischen Milizen der Al-Nusra und IS in Sy-

rien zusammenarbeiten. So wundert es nicht, daß sich unter den Gefangenen in Aleppo eine Reihe von Militärangehörigen aus Saudi-Arabien und den USA befanden. Lange Zeit hatten die USA versucht über internationale Verbände und vor allem über die Medien eine Waffenruhe einzufordern, offiziell um Zivilisten zu versorgen, tatsächlich aber um die Aufständischen mit Nachschub versehen zu können. Während der Belagerung durch die syrische Armee eingerichtete Fluchtkorridore für die vorgeblich 300.000 eingeschlossenen Zivilisten nutzten nur wenige Hundert Menschen. Hintergrund, so mühte sich die US- und IS-freundliche Presse zu betonen, sei die Gefahr, durch Assads Schergen inhaftiert und gefoltert zu werden. Tatsächlich aber, dies immerhin mußten die meisten Medien mittlerweile selbst einräumen, hinderten die Dschihadisten in Aleppo die Zivilisten an der Flucht – man benötigte sie als Schutzschilde vor der angreifenden syrischen Armee. Mehrere Dutzend Menschen sollen damals beim Fluchtversuch von den sogenannten Rebellen erschossen worden sein.

Doch selbst der Einsatz von Giftgas gegen Zivilisten durch die Dschihadisten, um die Weltöffentlichkeit gegen Assad zu mobilisieren, konnte das Schicksal nicht mehr wenden. Die „Rebellen-Hochburg“ Aleppo ist befreit. Die Bewohner der Stadt feierten 2016 das erste Weihnachtsfest seit 5 Jahren.

Soros kritisiert Merkels Willkommens-Kultur

George Soros, aus Ungarn stammender jüdischer Milliardär, der durch eine Spekulation gegen die Bank von England reich geworden ist, setzt seine Milliarden heute zu politischen Zwecken ein. Angeblich für humanitäre Ziele. Ganz oben auf seiner Agenda steht dabei die Masseneinwanderung nach Deutschland. Durch seine Organisation W2EU - Weg in die EU - ließ er massenweise Handbücher an potentielle Bürgerkriegsflüchtlinge verteilen und den Flüchtlingsstrom nach Europa dirigieren. Ihm wird nachgesagt, durch sein Open-Society-Netzwerk den Massenansturm nach Europa weiterhin zu organisieren. Soros kämpft dafür, dass das überalterte Europa jedes Jahr mindestens 1 Million Asylsuchender aufnehmen soll. Besonders Deutschland sieht er hierbei in der Pflicht, da es nach dem Kriege seiner Meinung nach nur mit der großzügigen Hilfe der USA überlebt habe. Zuletzt kritisierte er jedoch die Kanzlerin, obwohl sie scheinbar seinen Vorgaben gefolgt war. Durch ihre dilettantische Willkommenskultur habe sie den Brexit verursacht und eine Krise in Europa ausgelöst. Eine „Renationalisierung“, wie die sich anbahnende Rückbesinnung auf den demokratischen National-Staat häufig bezeichnet wird, ist für Soros eine gefährliche Entwicklung. Sie würde das von ihm vorgegebene Einwanderungsziel gefährden.



Soros auf der 48. Münchner Sicherheitskonferenz 2012

Putin vertrauenswürdiger als Merkel

Bei den Anhängern der AfD und der Linken genießt der russische Präsident Wladimir Putin mehr Vertrauen als Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Das geht aus einer aktuellen Umfrage der „Zeit“ hervor. Das Meinungsforschungsinstitut Forsa hatte die Teilnehmer gefragt, ob ihr Vertrauen in Putin im Vergleich zu Merkel geringer, größer oder in etwa gleich groß sei. 31 Prozent der Anhänger der Linkspartei und 30 Prozent der AfD-Anhänger erklärten daraufhin, ihr Vertrauen in den russischen Staatschef sei größer. Dieser Wert lag bei CDU, SPD und Grünen bei 2 bis 4 Prozent.

Lichterflug 2016

Schauplatz des Musikfestes, das nunmehr zum dritten Mal stattfand, war die ebenso altbekannte wie bewährte Stelle im Raum Duisburg: Eine große Gartenanlage mit Bäumen und einer großen Feuerschale im Zentrum des Anwesens.

Schon vor dem Beginn des musikalischen Teils wurde das Publikum mit Bier, Wasser, Würstchen, Nackensteaks, Putenschnitzeln und Grillkäse auf den Abend eingestimmt - auch der Autor griff, ausgerüstet mit einer „Reichsgrillmeister-Schürze“, zur Grillzange.

Zudem gab es Verkaufsstände der Bands, vom Lichterklang und von Laetitia Mantis.

Den musikalischen Anfang machte das recht neue Projekt „Werkgruppe Ludendorf“.

Für meine Begriffe ein guter Einstieg: Die Musik war gut, relativ ruhig und melodisch. In jedem Fall ein kommender Geheimtip. Als zweite Musikgruppe stand das Exklusiv-Projekt „Wald-einsamkeit“ auf der Bühne.

Hierbei handelt es sich um keine Band im eigentlichen Sinne, sondern um ein gediegenes Projekt vom Frontmann des „Blauen Reiter“, Sergi.

Dieser hatte Stichworte an verschiedene Freunde aus der bekannten Musikszene geschrieben mit der Bitte, dazu einen Liedertext zu verfassen um diesen dann zu einer von ihm (Sergi) zum Text passenden musikalischen Untermalung (Keyboard) vorzutragen. So waren diverse Musiker aus unterschiedlichen Bands an Micro und Trommeln zu erleben: Petra Kuhlen, Norbert von Stein, Bia und Jay von Traumerleben, Marcel P. von u.a. Miel Noir, Halgadam und Allerseelen, der Sänger von Har Bellex und natürlich Sergio vom Blauen Reiter. So unterschiedlich die Leute, so unterschiedlich waren auch die Stücke. Alles in allem ein sehr schönes Projekt - speziell zu diesem Musikabend - was die Freundschaft unter den beteiligten Musikgruppen unterstrichen hat.

Als dritte Band spielte „Nebelung“. Die Musik war relativ ruhig im Vergleich zum sehr trommellastigen Abschluß des letzten Waldeinsamkeit-Liedes. Doch nicht nur eingefleischte Nebelung-Fans sind bei dem Auftritt auf ihre Kosten gekommen und in die „Nebelwelt“ entführt worden.

Anschließend betrat wieder Sergi mit dem „Blauen Reiter“ die Bühne. Den Schwerpunkt des Auftritts bildeten Lieder der neuen CD, die nach der Wiederauferstehung der Band erfolgreich vorgestellt wurde.

Vor allem Freunde von sattem Trommelklang dürften den Auftritt genossen haben. Insgesamt absolvierte der „Blaue Reiter“ einen guten Auftritt bei dem neue Lieder mit altbekannten gemischt wurden.

Den Abschluß des Abends gestalteten „Darkwood“ aus Dresden.

Auch dieser Auftritt war sehr gelungen. Vor allem kleine aber feine Textänderungen wußten

sehr zu gefallen (Odin!). Vor der Bühne wurden die Lieder mit deutschem Text begeistert und Arm in Arm mitgesungen.

So fand bei herrlichem Sommerwetter ein sehr gelungener Abend seinen würdigen Abschluß.

Über einen 4. Flug würde sich wohl nicht nur der Autor freuen.



Identitäre Bewegung & Identitäre Aktion

»Gegen die atomisierte Masse verkrüppelter Solitronen«

Eine neue Form des Jugendprotests macht in Österreich und Deutschland von sich reden. Sie nennen sich „die Identitären“ und erreichen mit gewaltfreien Aktionen die Zustimmung eines Millionenpublikums. Auch wenn die Medien ihre Aktionen üblicherweise verschweigen oder verreißen, so genießen Sie doch die Sympathie der schweigenden Mehrheit.

Ihr bekanntester Sprecher ist der Wiener Jurastudent Martin Sellner, Jahrgang 1989, der in seinem Auftreten stark an die revoltierenden Studenten der 68er Bewegung erinnert. Manche sehen in ihm gar den Rudi Dutschke der Identitären. Er ist der Prototyp des IBsters, also des identitären Hipsters, wie die Medien die etwa 1000 Aktivisten der IB inzwischen getauft haben.

Sellner erläuterte in einem Interview mit der Zeitschrift Compact, daß sich die IB „als die lautstarke und aktivistische Avantgarde der schweigenden kritischen Masse“ betrachtet. Durch ihre Aktionen will sie den „an den Rand gedrängten Patrioten“ zu öffentlichkeitswirksamen Erfolgen und Meinungssiegen gegenüber der Multikulti-Propaganda verhelfen. Der Gebrauch des Begriffs Patrioten und auch der revolutionäre Elan lassen aufhorchen.

„... Wir sind die geschichtliche Reaktion auf eine jahrzehntelange Lebenslüge. Der stickige Dogmatismus und die Denk- und Sprechverbote der Etablierten haben uns erschaffen - und wir werden sie abschaffen!“ Sellner fordert die Rückbesinnung auf die Kraft der freien Rede und eine Revitalisierung der Tradition der Rebellion. Nach seiner Auffassung sind „Patrioten die am meisten unterdrückte, verleumdete und verfolgte politische Gruppe.“

Auf die Frage angesprochen, warum man den etwas sperrigen Begriff „identitär“ gewählt habe, gibt Sellner gleich mehrere Antworten. Zum einen ist der Begriff aus einer gewissen Defensive heraus entstanden. Da das Befremden gegenüber dem Eigenen, das mit Begriffen wie Nation, Volk und Heimat

umschrieben wird, gerade in Deutschland zu einer Massenneurose geworden ist, ist es sinnvoll, einen unverbrauchten Begriff zu benutzen. Die IB „umgeht diese Neurose und schafft einen neuen unbesetzten Raum, in dem sich die aufgestaute Sehnsucht nach nationaler Identität entfalten kann“.

Damit offenbart sich die Identitäre Bewegung zwar als eine nationale Bewegung, aber sie geht über das Nationale hinaus. So wie man sowohl Bayer wie Deutscher und Europäer sein kann, sind die Identitäten ineinander geschachtelt. Sie stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern bedingen sich gegenseitig. Weil ich Bayer bin, bin ich Deutscher, und weil ich Deutscher bin, bin ich Europäer. Im Nationalen besteht eine Tendenz, die nationale Existenz zu überhöhen und die anderen Ebenen zu gering zu achten. Auch aus diesem Grunde ist der Begriff „identitär“ eine gute Wahl.

Er richtet sich weder gegen das Gemeinschaftsgefühl, das ein Volk verbindet, noch verortet er die Identität in nebulöser Ferne.

Die Aussagen Sellners zum Thema „Volk“ lassen nichts an Klarheit zu wünschen übrig: „Der Mensch wird nur in und durch die Gemeinschaft zum selbstbewussten Individuum. ... Jede gesund entwickelte Identität bezieht sich daher immer auch auf eine größere Gruppe, und das ist und war immer das Volk ... Das Volk ist die politische Schutzmacht des einzelnen vor der entfesselten Globalisierung, es ist der Solidaritätsraum, in dem wir bereit sind, Vermögen aufzuteilen, zusammen zu arbeiten und gemeinsame Ziele durchzusetzen.“

Damit hat Sellner eine sehr schöne Umschreibung dessen gegeben, was „Volk“ in der heutigen Zeit für uns bedeutet.

Und hieraus ergibt sich der Sinn der Identitären Bewegung als eine Volksbewahrungs- und Volksbefreiungs-Organisation. Als Gegner werden die globalistischen Eliten ausgemacht, deren Ziele die IB entlarven und bloßstellen will. Diese global agierenden Eliten schaffen „mit der Befreiung des einzelnen von Kultur und Tradition ... eine atomisierte Masse verkrüppelter Solitronen, die sich über Marken und schnellebige Trends Identität kaufen sollen“, so Sellner.

„Dieses fein gemahlene Human-Kapital kann dann ganz nach Belieben um den Globus geschickt werden: moderne Arbeitsdrohnen, wurzellos, geschlechtslos, geschichtslos und leicht beherrschbar.“

Öffentlichkeitswirksame Aktionen: Besetzung des Brandenburger Tores (oben) und der A. Amadeu-Stiftung (links).



Bilder: Identitäre Bewegung

Fragen an die Identitäre Aktion

Im Rheinland tritt mit ähnlichen Aktionen die Identitäre Aktion in Erscheinung. Ihre Gründerin, Melanie Dittmer, stand **Reconquista** zur Beantwortung einer Reihe von Fragen zur Verfügung:

Wie kam es als Organisatorin der Pegida-Ableger Dügida und Bogida zur Verbindung mit der Identitären Bewegung?

Ich wurde noch vor der Pegida-Welle Mitglied bei der IB, auch noch vor der ersten Hogesa. Mir gefiel, was die IB an Aktionen hervorbrachte und ihre niveauvolle Außendarstellung. Ich schrieb die IB an und wurde Mitglied. Danach baute ich die IB-Rheinland in einigen Monaten so auf, daß wir in Bonn, Köln, Aachen und Duisburg Stammtische hatten.

Was war der Grund für die Trennung?

Auf dem IB Sommerseminar 2014 bei mir auf dem Hof in Bornheim waren wir rund 45 Personen. wobei die Zusammensetzung der Teilnehmer dem IB-Leiter nicht gefiel. Die IB profitierte davon, daß ich gelernte Veranstaltungskauffrau bin und mich auf Kommunikation und Marketing spezialisiert hatte und schnell und effizient Veranstaltungen organisieren kann. Bis Dato war ich acht Jahre selbständig im Bereich der Presarbeit und der Organisation von unterschiedlichen Events. Bei besagtem Sommerlager der IB Rheinland 2014 war ein ehemaliger JN-Funktionär aus den 90'ern zugegen. Dieser gab einen Selbstverteidigungskurs für uns. Zwei andere ehemalige JN'ler, die heute Feuerwehrmänner sind, gaben einen speziellen Erste-Hilfe-Kurs für Demos. Es waren auch ein paar neue Interessenten auf dem Seminar. Diese kamen eher aus den freien Strukturen. Die Jungs und Mädels waren aber der IB gegenüber offen, wollten sich informieren und vielleicht Mitglied werden. Also lud ich sie ein. Auch Frank Krämer war an dem Wochenende als Gast dabei. Das alles wußte die IB und der Abgrenzungswahn begann kurze Zeit später nach der ersten Hogesa Demo.

Was geschah vor der Hogesa-Demo in Köln?

Dort wollte man dem IB Rheinland-Block einen 19 Jahre alten IB'ler aus Hannover als Leiter für die IB für den Hogesa-Tag aufs Auge drücken. Mit 37 Jahren und über 20-jähriger Politerfahrung habe ich das abgelehnt. Denn erstens war der junge Mann da gerade auf ein oder zwei Demos und ist für mich damit alleine schon ein totales Sicherheitsrisiko für meine Mitstreiter gewesen, und zweitens hatten wir unsere eigenen Sicherheitsstrukturen mit WT-Kämpfern, Soldaten und anderen Kampfsportlern mit langjähriger Demoerfahrung. Darüber gab es Streit mit dem IB-Leiter Deutschland. Nach der Sache warf man mir dann noch vor, mit Kameradschaften Kontakt zu pflegen und mit diversen rechten Parteien und ehemaligen JN/NPD-Kadern. Man verlangte von mir, ich solle mich doch bitte da auch mehr abgrenzen und diese Leute nicht einladen zu Seminaren und Stammtischen.

Wie war Deine Reaktion auf die Forderungen?

Warum sollte man diese Personen denn nicht mit einbinden, wenn sie eben nunmal die besten Kenntnisse haben und die IB von dem Wissen doch profitiert? Wir diskutierten hin und her, ich habe diesen Abgrenzungswahn und die Beleidigungen gegenüber dem nationalen Widerstand nicht mittragen wollen. So sagte man mir: „Wäre es nicht besser, wenn ihr was eigenes macht?“. Ich habe versucht das abzuwenden und im Prinzip nach Lösungen und einer Einigung gesucht. Dies wurde abgelehnt und so machten wir eben eine eigene identitäre Gruppe. Ich nahm bis auf eine handvoll Leute meine Mitstreiter mit rüber in die IA. Über die IB kann ich aber, von diesen Querelen abgesehen, nichts schlechtes sagen. Mich hat die Unerfahrenheit und gleichzeitige Schlaumeierei mancher IB'ler gestört. Sicher machen sie aber schon so manches besser als andere Gruppen, und das nationale Lager kann viel von ihnen lernen.

Was unterscheidet euch von Parteiorganisationen?

Wir sind eine Kaderorganisation, die sich darauf spezialisiert hat, junge Aktivisten auszubilden. Nach ein zwei Jahren werden diese dann eine Partei oder Organisation ihrer Wahl aufsuchen und ihr Wissen dort einbringen, gemäß ihrer bei uns ausgebauten Weltanschauung. Wir arbeiten mit der JN, der NPD, mit DIE RECHTE und, vor allem bei Demos, mit der AFD zusammen, bzw. unterstützen da, zumindest wenn das Motto paßt, die Demonstrationen. Wir hatten es bislang nicht vor, uns als Wahlpartei aufzustellen. Davon gibt es schon ausreichend in unserem Lager. Der größte Unterschied ist, wir nehmen nicht jeden auf als Vollmitglied. Uns geht es nicht um schnelles Wachstum. Wir mögen eher das Graswurzelprinzip. Vollmitglied, das heißt stimmberrechtigt oder berechtigt, sich in den Vorstand wählen zu lassen, sind nur die, die es sich verdienen. Die besonders Fleißigen, die, die was zur Sache beitragen. Die anderen sind Fördermitglieder. Das sind dann vor allem Personen, welche unseren Verein unterstützen, weil sie erkennen, was





wir da eigentlich vorhaben und daß es auch was bringt, so strukturiert vorzugehen.

Was sind die Ziele und Aktionsformen der Identitären Aktion?

Die vier Säulen der Identitären Aktion sind:

- 1.) Bildung
- 2.) Aktionismus
- 3.) Natur
- 4.) Gemeinschaft

Zu 1.: Das heißt wir möchten mit unseren Seminaren, die zweimal im Jahr stattfinden und jeweils über ein ganzes Wochenende gehen, weltanschauliche und philosophische Themen verständlich machen. Nur wenn unsere Ideen auch in den Tiefen der Seele begriffen werden und nicht bloß vom Verstand, werden sie dauerhaft immer und immer wieder zur Tat rufen. Jemand ohne ein entsprechendes weltanschauliches Gerüst verläßt unsere Reihen nach ein paar Jahren wieder. Damit das nicht passiert, muß man jungen Menschen das, was sie sowieso instinktiv fühlen, mit Worten aus abendländischer Philosophie und Naturwissenschaft „begreiflich“ machen. Ohne dieses Gerüst hält man unseren Kampf nicht über Jahrzehnte aus, weil man dann nicht weiß, wofür man das alles macht. In unserer Bewegung wird viel zu wenig Fokus auf Schulung und Bildung gelegt. Wir wollen, daß sich im Laufe der Jahre neue Kader herauskristallisieren. Ohne gut geschulten Nachwuchs werden wir keine politische Zukunft haben. Die Jera-Rune, die wir neben dem Lambda auch als unser Zeichen nutzen, verkörpert das sich abwechselnde Muster von Saat und Ernte und dem ewigen Kreislauf. Laut einer Sage heißt es: Wenn der Same richtig gesät wird, dann wird die Ernte reichlich ausfallen. Für uns bedeutet es, wenn wir genug Aufwand in die Ausbildung der Aktivisten stecken, bekommen wir eine unschlagbare Truppe.

Zu 2.: Wir möchten nicht bloß schnöde Theoretiker in unseren Reihen haben, sondern auch Aktivisten. Diese müssen Mut haben und Lust auf dynamische und spontane Aktionen. Das kann eine Sprühkreide-Aktion bei Nacht sein, eine Banneraktion oder eine Spontandemo, ein kreativer Flashmob oder etwas ganz neues. Da sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Wer nicht wagt, der nicht gewinnt.

Zu 3.: Wir bringen unseren Mitgliedern die Natur wieder nahe. Das heißt, wir machen Kräuterwanderungen, wir backen gemeinsam Brote, wir kochen zusammen, wir fahren im Sommer Kanu. In der Natur Zeit zu verbringen ist uns wichtig. Oft kommen junge Aktivisten später nach einem gemeinsamen Ausflug zu uns und erzählen uns, wie lange sie so etwas schon nicht mehr gemacht haben. Zudem können wir zeigen, was draußen alles machbar ist, wenn man sich nur etwas einfallen läßt. Ich habe von 2009 bis 2014 selbständig als Outdoor Guide im Firmenevent Bereich gearbeitet. So kann ich mit Gruppen Geo-Cachen gehen oder im Wald Crossgolf spielen. Ich versuche dieses Fähigkeiten in meine politische Arbeit einfließen zu lassen, weil ich weiß, daß das den Gruppencharakter stärkt. Das sehe ich bei uns an der Basis im Rhein-Sieg-Kreis sehr deutlich. Da arbeiten wir nun seit gut zwei Jahren nach diesem Konzept und wir haben einen unheimlichen Zusammenhalt durch die vielen positiven gemeinsamen Erlebnisse. Geht mehr raus, Leute! Wir haben diesen Sommer sogar ein Seminar im Wald gemacht. Das kam sehr gut an bei den Aktivisten.

Zu 4.: Zur Bildung eines Gemeinschaftsgeistes und des Zusammenhaltes gehen wir auch zusammen feiern. Das gehört auch dazu. Wir versuchen aber auch hier unsere Tradition in den Vordergrund zu stellen und gehen auf 1. Mai-Feiern und so weiter. Wir probieren, als Gemeinschaft am kulturellen Leben unserer angestammten Umgebung oder Wahlheimat (wie bei mir, ich komme aus dem Ruhrgebiet und lebe im Rheinland) teilzunehmen. So verwachsen wir als Gemeinschaft in der Gemeinde und bestenfalls mit der Gemeinde. Wir sondern uns nicht ab, sondern gehören dazu und sind nicht wegzudenken. Wir treffen uns auch alle privat abseits von größeren IA-Veranstaltungen und Stammtischen und gehen gemeinsam wandern oder auch mal ins Kino. So entstehen untereinander wahre Freundschaften, die sowohl privat und politisch Bestand haben. Ich habe das vor über zwanzig Jahren so von meinem politischen Ziehvater gelernt und das Gute aus der Zeit habe ich beibehalten und verinnerlicht und versuche es jetzt an unsere Gemeinschaft zu vermitteln.

Melanie Dittmer, Leitung Identitäre Aktion



Deutsche Bank am Abgrund

Wie die wirtschaftliche Demontage Deutschlands voranschreitet

Die Deutsche Bank, das Herzstück der deutschen Wirtschaft, befindet sich in einer schweren Krise. War sie einst zu Zeiten von Hermann Josef Abs der Kern der sogenannten „Deutschland AG“, also eines informellen Bündnisses der deutschen Wirtschaftsunternehmen, das zu Verteidigung gegenüber feindlichen Übernahmen und fremder Einflußnahme dem Schutz der deutschen Volkswirtschaft diente, so ist sie in Zeiten von Freihandel und finanzpolitischer Verwahrlosung selbst zum Spielball der Spekulation geworden.

Wie man hört, soll sich hieran auch der bekannte Spekulant Gyorgy Soros beteiligen, der vor Jahren die Bank von England in die Knie zwang und dadurch zum Multimilliardär wurde. Seine Milliarden setzt er heute dazu ein, die Masseneinwanderung nach Europa zu befördern. Aus humanitären Gründen, wie er behauptet.

Man mag diese Vorgänge als Beispiel dafür nehmen, wie Teile der Finanzwelt oberhalb des Rechts agieren und als Strippenzieher im Hintergrund Politik und Politiker steuern.

Aber Soros ist hier nicht allein am Werk. Der Kurssturz der Aktie der Deutschen Bank, deren Wert sich in einem Jahr halbiert hat, war nämlich nicht nur auf die Leerverkäufe von Heuschrecken-Fonds zurückzuführen, sondern wurde erst durch die Ankündigung des US-Justizministeriums dramatisch verschärft, die Deutsche Bank mit einer Rekordsstrafe von 14.000.000.000 US-Dollar zu belegen.

Beobachter deuten diese unverhüllte Drohung als Antwort auf die von der EU-Kommission gegen den US-Konzern Apple verhängte Strafe von 13.000.000.000 €. Es handelt sich also um einen Schlagabtausch zwischen den USA und Europa, wo die Deutsche Bank eine ähnlich wichtige Rolle spielt wie Apple in den USA.

Sie ist nicht nur das größte deutsche Kreditinstitut, sondern ein tragender Pfeiler der Welt-Finanzordnung. Sie ist mit 46.000.000.000.000 (46.000 Mrd!) Dollar im Derivatebereich engagiert, und ihr Zusammenbruch würde zum Kollaps des weltweiten Bankensystems führen.

Für sie gilt also: zu groß, um zu fallen! Im Falle eines Falles müßte die deutsche Regierung die Bank somit retten, - koste es, was es wolle. Wie die „Zeit“ berichtet, werden in Berlin bereits Pläne für eine 25-prozentige Staats-Beteiligung vorbereitet.

Eine solche Beteiligung ist bisher nach EU-Recht verboten. Sollte sich notgedrungen Deutschland darüber hinwegsetzen, bedeutet dies jedoch weiteres Ungemach. Damit wäre das Tor zur allgemeinen Bankenrettung aus dem EU-Topf aufgestoßen.

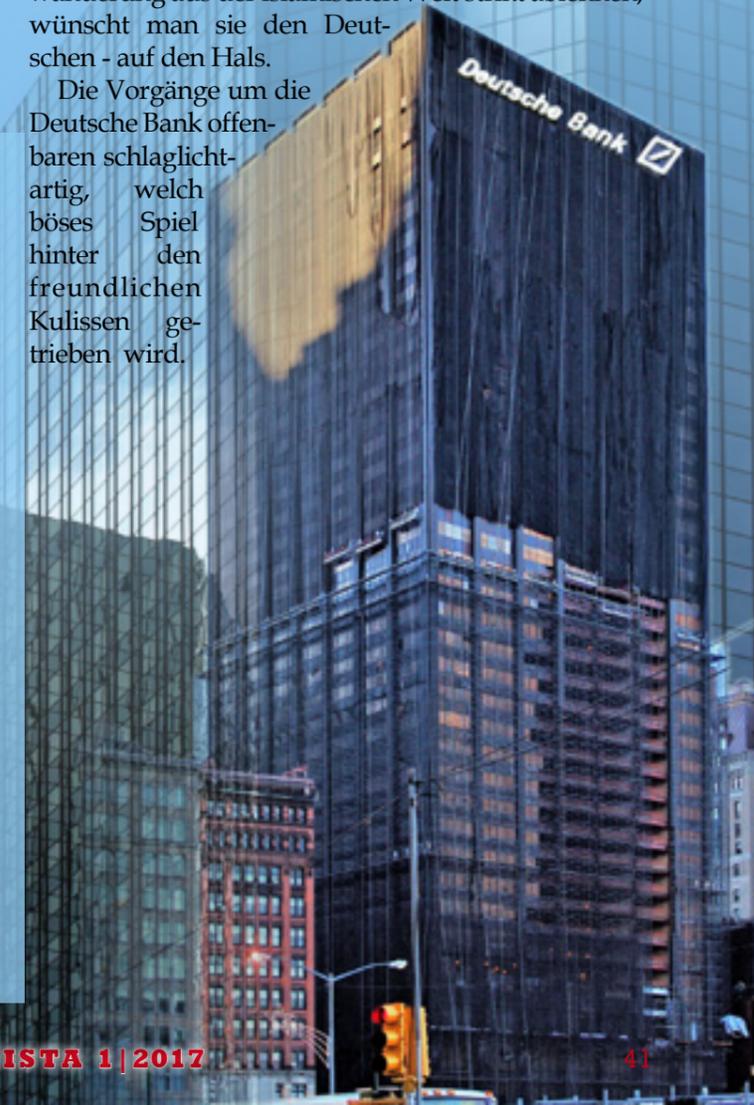
Diese Rettung fordern Italien und die anderen Südstaaten schon lange, deren Banken das Wasser bis zum Halse steht.

Konsequenz wäre dann, daß Deutschland auch die Südbanken retten müßte. Diese Forderung wurde von Italiens Ministerpräsident Renzi beständig erhoben wird, bisher jedoch lehnte Berlin ab.

Das amerikanische Vorgehen gegen die Deutsche Bank zeigt, wie hinterhältig auf der obersten Ebene der Politik agiert wird. Es gleicht einer Geiselnahme. Da Deutschland - auch aus weltweiter Verantwortung heraus - die Deutsche Bank unbedingt retten muß, benutzen die USA die fragwürdige Milliardenstrafe, um den deutschen Widerstand gegen die Vergemeinschaftung der Schulden in Europa zu brechen. Das einzige wirtschaftlich gesunde Land in Europa wird nach dem Willen der USA zur Plünderung durch die Nachbarn freigegeben.

Damit Merkel auf Linie bleibt, kam Obama noch kurz vor Toresschluß nach Berlin, und beschwor seine Kanzlerin, unbedingt an ihrer Europa- und Flüchtlingspolitik festzuhalten. Während die USA jede Einwanderung aus der islamischen Welt strikt ablehnen, wünscht man sie den Deutschen - auf den Hals.

Die Vorgänge um die Deutsche Bank offenbaren schlaglichtartig, welches böse Spiel hinter den freundlichen Kulissen getrieben wird.



Pierre Krebs/ Johannes Scharf (Ahnenrad der Moderne): Was tun?

Was tun? Die Schrift der Organisation „Ahnenrad der Moderne“ versteht sich vor allem als „Kampfansage an das mörderische System“ und Handlungsanleitung zum totalen - geistigen - Widerstand. Im ersten Teil definiert der Herausgeber das „Woher, Warum, Wozu“. Als Ausgangspunkt der Gefahr für das Überleben Europas und seiner Völker erkennt Krebs eine nach 1945 eingesetzte Regierungsqlique eines verbrecherischen Systems, das mittels Globalisierung und Multikulti die „Vermischung der Rassen, die Auslöschung der Kulturen sowie die Zerstörung des geschichtlichen Urgedächtnisses“ betreibt.

Angesichts der insbesondere durch die US-Außenpolitik herbeigeführten und von europäischen Politikern freudig aufgegriffenen Massenzuwanderung aus Afrika und Asien brechen nun – so Krebs – alle Dämme: „Das organisierte Verbrechen an Volk, Erbgut und Kultur wähnt den Volksaustausch ungehemmt durchführen zu können.“ Dem setzt das Ahnenrad in erster Linie eine grundsätzlich unterschiedliche Auffassung des Lebens entgegen: Eine kompromißlose Achtung und Befolgung der Naturgesetze, welche die Wahrung der Völker und Rassenunterschiede beinhaltet. Denn, so Krebs, „die Heterogenität dieser Welt lebt von der Homogenität der Völker.“

Damit in Zusammenhang steht die Verbindung zu den Ahnen, die nur durch den „Ethnosuizid“, also die selbstmörderische Preisgabe von Volk und Rasse, unterbrochen werden kann.

Nach Zusammenfassung der Eckpunkte der aktuellen Politik des Ethnozids durch das System benennt der Autor die notwendigen Handlungsabläufe. Dabei kritisiert er Demonstrationen wie die Pegida-Spaziergänge als unzureichend und hinterfragt die Motivation einiger ihrer Initiatoren. Auch die Verbreitung von Zeitschriften sei überflüssig, vielmehr müsse nun die Erhebung erfolgen. Die sich Erhebenden müßten zugleich verinnerlichen, daß eine Alternative zu dem existenten System schon bereitsteht. Hier orientiert er sich an den Leitzielen der „Europäischen Aktion“ die einen 7-Punkte-Katalog als Grundgerüst eines neuen Systems aufführen, der u.a. die Wiederherstellung der freien Rede, den Abzug aller fremden Truppen, die Remigration außereuropäischer Einwanderer und die Schaffung einer europäischen Eidgenossenschaft fordert. Schließlich entwirft die Schrift genaue Handlungsschritte, die mit der Einberufung einer präventiven Notwehr-Konvention beginnt. Ziel dieser sei es, Widerstandsmaßnahmen zu organisieren und durchzuführen. Unter dem Namen

Reconquista - Deutschland-Aktion zur Neugeburt Europas - sollen eigene Veranstaltungen abgehalten und fremde besucht werden. Parallel sollen Flugblätter verteilt und diverse Aktionsformen ergriffen werden, um innerhalb der Bevölkerung für einen kompletten Systemwechsel zu werben. Vieles an dem Gesagten erscheint dabei richtig, den wesentlichen Gedankengängen kann man nur zustimmen, allerdings verbleibt ein Hauptkritikpunkt: Es handelt sich hier um ein theoretisches Konstrukt, dem die Organisation fehlt, um die Handlungsanleitung zu befolgen: Für die Umsetzung mangelt es an den „Fußtruppen“. Die potentiell möglichen Verbündeten, wie etwas Burschenschaften oder Angehörige der Identitären, werden sich nicht vor den Karren dieser neuen Organisation spannen lassen. Eine Organisation, die zu Aktionismus aufruft, benötigt aber bereits zu Beginn ihres Wirkens einen Stamm von Aktivisten und kann nicht darauf hoffen, daß nun alle zu ihr überlaufen werden.

Etwas antagonistisch vor dem Hintergrund des im ersten Teil formulierten wirkt der zweite Teil der Broschüre, die eine Art Plan B entwirft. Während im ersten Teil der Kampf als Kampf um Leben und Tod skizziert wurde, folgt hier die Vorstellung des Plans zur Errichtung eines Ethnostaates. Dieser stellt sich als eine Art weißes bzw. europides Reservat dar, das sich der Autor Johannes Scharf in verschiedenen Teilen der Welt vorstellen kann. Neuseeland, Alaska oder Kanada favorisiert er als neue Heimat der Nordeuropäer, Polen bzw. Ungarn als solche der Osteuropäer und irgendwo in Südeuropa eine für die Südeuropäer. Schon anhand dieser Unterteilung wird die Undurchführbarkeit greifbar. Denn Polen und Ungarn haben ja mangels Einwanderung überhaupt gar keine Veranlassung für einen solchen künstlichen Staat und insbesondere Polen dürfte wohl die Ansiedlung Tausender Deutscher nicht gerade freudig begrüßen. Ein

Reservat für Deutsche und Skandinavien in anderen Teilen der Welt scheitert dagegen an der Feindschaft der Weltgemeinschaft, die ja gerade die Zerstörung der Nationen und Völker als eines der wichtigsten Ziele ausgegeben hat. Statt eines offiziellen Ethnostaates dürfte sich der hier auch kurz gestreifte Aufbau kleinerer homogener Gemeinschaften in deutschen Landesteilen als wesentlich effektiver erweisen.



Verlag Ahnenrad der Moderne. 76 Seiten, A4-Broschur EUR 11,90

Bruno Bandulet: „Beuteland“ - eine kurze Geschichte der BRD

Was viele Menschen in Deutschland ahnen, was aber in der öffentlichen Diskussion kaum jemals thematisiert wird, kommt in diesem Buch von Bruno Bandulet zur Sprache: die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945, die nach Meinung des Autors bis heute anhält.

Dabei gelingt Bandulet, ehemals Chef vom Dienst der Tageszeitung „Die Welt“ und Verfasser zahlreicher wirtschaftspolitischer Werke, der sachkundige Nachweis, daß die eigentliche Kontinuität der bundesdeutschen Politik darin besteht, das deutsche Volk durch einen weitgehend verschleierte Transfer von Vermögenswerten beständig zur Ader zu lassen.

Nach Bandulets Auffassung wird bis heute das Ausmaß der von Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg geleisteten Reparationen krass unterschätzt. Dabei geht der Autor auch auf die kriegspsychologischen Hintergründe jener Strategie der Demontage ein, die mit den amerikanischen Vernichtungsplänen von Morgenthau, Kaufman und Nizer verbunden sind. Es ist dem Autor hoch anzurechnen, daß er sich nicht scheut, auch tabuisierte Fakten auf den Tisch zu legen.

Während der Geist jener Politik, die darauf abzielte, Deutschland kleinzumachen und dauerhaft niederzuhalten, mit der Gründung der Bundesrepublik offiziell in den Hintergrund trat, brachte die Unterwerfung der deutschen Politiker einen Geist der Unterwürfigkeit und der grenzenlosen Zahlungsbereitschaft hervor, der bis heute das Verhalten Deutschlands auf dem internationalen Parkett bestimmt.

Galt nach dem mißlungenen Frieden von Versailles unter den Siegern die allgemeine Formel: „Deutschland wird zahlen!“ und wurden damals horrenden Reparationszahlungen festgesetzt, die die Weimarer Republik in den Ruin trieben, so sind die Sieger nach 1945 geschickter vorgegangen. Die Summen blieben nach oben hin offen und die Zahlungs-Forderungen richteten sich nach der jeweiligen Finanzkraft der Deutschen.

Immer wieder tauchen neue Forderungen auf. Mal geht es um Zwangsarbeiter, die noch entschädigt werden sollen, mal um deutsche Firmen, die angeblich vom NS-Regime profitiert haben und die 70 Jahre danach zur Kasse gebeten werden. Zuletzt tauchten schließlich Reparationsforderungen Griechenlands auf, die sich auf die fantastische Summe von über 200 Milliarden Euro beliefen. Bisher wurde der Abschluß eines Friedensvertrags verweigert, durch den Deutschland seine volle Souveränität und Gleichberechtigung erhalten würde, auch mit dem Hinweis, daß dann nochmal erhebliche Reparationsforderungen aufkommen würden.

Diese permanente Drohung schwebt wie die Feindstaatenklauseln über den Häuptern der Deutschen.

In diesen Zusammenhang paßt die Einschätzung des britischen Historikers Niall Ferguson: „Wenn man sich die europäische Integration als ein einvernehmliches System von Kriegsreparationen vorstellt, so entsprechen die Leistungen Deutschlands etwa denen, die ihm nach dem ersten Weltkrieg mit dem

Versailler Vertrag aufgebürdet wurden“. Es hat den Anschein, als ob die gesamte Veranstaltung „Europäische Union“ nur dazu dient, Deutschland beständig zahlen zu lassen. Es ist längst kein Geheimnis mehr, was die EU entgegen allen Beschwörungen von Freundschaft und „europäischem Geist“ im innersten zusammenhält: Es ist nichts anderes als Geld. Und ein Brüsseler Kommissar beschrieb es ganz offen so: „Wenn Deutschland nicht mehr zahlt, dann platzt der Laden“.

Anhand der Nettozahlungen kann man nachweisen, wie ein kontinuierlicher Finanzstrom Jahr für Jahr Deutschland verläßt und dazu führt, daß das wirtschaftlich erfolgreichste Land im Bezug auf die privaten Vermögen weit hinter anderen Staaten Europas zurückliegt. Die Deutschen könnten viel reicher sein, aber sie werden beständig abgeschöpft. Im Jahr 2014 betrugen die deutschen Nettozahlungen 16 Mrd. €, Hauptempfänger war mit 14 Mrd. Euro Polen. „Gerade Polen!“ Werden viele sagen, das ja eine betont nationalistische Politik betreibt.

Aber nicht nur die dauernden Nettozahlungen machen Deutschland arm.

Ein weiteres aber noch größeres Enteignungsprogramm stellt das Währungsprojekt Euro dar. Durch niedrige Zinsen finanziert Deutschland beständig die Schuldenpolitik der Südstaaten, die jährlichen Kosten werden auf bis zu 100 Mrd. Euro beziffert. Die größten Zahlungsverpflichtungen entstehen durch das Zentralbanksystem, sie belaufen sich derzeit auf über 700 Mrd. Euro. Mit dem absehbaren Scheitern des Währungsexperimentes wird dieses Geld von den Schuldnern niemals zurückgezahlt werden. Haft für diese Schuldner wird der deutsche Staat, und kommende Generationen von Deutschen werden diese Schulden gegenüber der internationalen Finanzindustrie abzahlen müssen.

Alles in allem kann einem bei diesen Zahlen schwindelig werden.

Die von deutschen Politikern eingegangenen Zahlungsverpflichtungen zeugen von einer unglaublichen Verantwortungslosigkeit und sind ein Beweis für das vollständige Versagen deutscher Politik. Symptomatisch hierfür ist auch die zurzeit betriebene Politik der Masseneinwanderung, die allein im ersten Jahr Kosten von über 40 Mrd. Euro verursacht.

Bandulet kommt am Ende zu dem erschreckenden Fazit, daß auch diese „ruinöse Masseneinwanderung unter der Flagge des Multikulturalismus“ als Produkt einer „offenen Verschwörung der Eliten“ eingestuft werden muß.



Kopp-Verlag. 333 Seiten, Festeinband EUR 19,95

demselben Buchstaben haben genetisch nichts miteinander zu tun, weil sich zwischen beiden keine direkte Beziehung herstellen läßt. So ist Y-HG I die dominante männliche Linie in Nordeuropa und im Balkan, während mt-HG I eine seltene eurasische weibliche Linie charakterisiert.

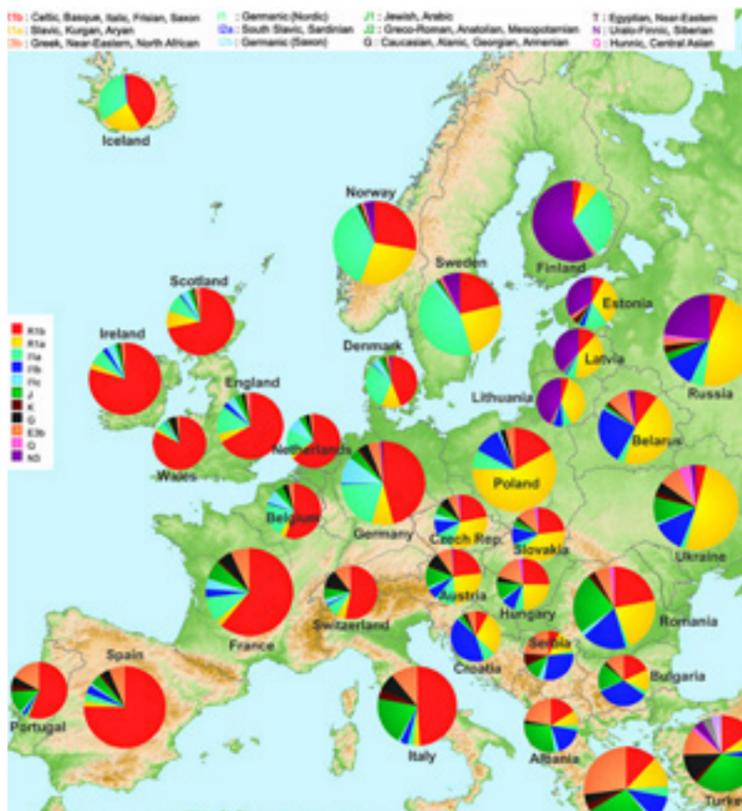
Manche Haplogruppen sind sehr selten – andere waren evolutionär erfolgreich und treten in sehr großer Zahl auf. Zur Differenzierung ist es dann notwendig, Untergruppen zu definieren. Das geschieht durch abwechselndes Anfügen von Zahlen und Buchstaben. Beispiel: R1b1b2 ist eine Untergruppe der in Europa sehr zahlreich auftretenden Y-HG R. H1 – H9 sind 9 Untergruppen der in Europa sehr zahlreichen weiblichen mt-HG H.

Der neue Ansatz, die Abstammung der Menschen und ihre Verwandtschaftsverhältnisse durch Haplogruppen auszudrücken, eröffnet weitreichende Möglichkeiten. Zwar ist es umstritten, dem einzelnen Individuum bestimmte Eigenschaften nur auf Grund der Zugehörigkeit zu einer Haplogruppe zuzuordnen. Denn sein Y-Chromosom, das er mit den anderen Vertretern seiner Gruppe teilt, faßt nur einen geringen Teil seines Genoms. Jeder Mensch trägt Erbgut auf 46 Chromosomen, von denen Y mit Abstand das kleinste ist. Noch zweifelhafter ist der Einfluß der mitochondrialen DNS auf die menschliche Persönlichkeit. Wenn man aber auf die Haplogruppenkonstellation ganzer Populationen schaut, ergibt sich ein anderes Bild. Dann erkennt man sehr anschaulich die Zusammensetzung der Bevölkerung aus verschiedenen Teilpopulationen, über deren Herkunft und Verwandtschaftsgrad Schlüsse gezogen werden können. Abbildung 2 zeigt die Haplogruppenstruktur verschiedener europäischer Völker.

Um zu verdeutlichen, welche Erweiterung des Horizonts die Unterscheidung nach Haplogruppen liefert, schauen wir auf die Verteilung der Y-Chromosome in Deutschland: Wir sehen, daß R (rot-gelb) und I (grün-blau) die beiden dominanten männlichen Haplogruppen sind. Genetische Untersuchungen sehr alter Skelettfunde zeigen uns, daß I vermutlich die Haplogruppe der autochthonen, steinzeitlichen Europäer ist. Mindestens bis zum Neolithikum trugen die meisten Europäer ein Y-Chromosom mit der charakteristischen Mutation M170. Dennoch gehört die relative Mehrheit der Deutschen – ebenso wie die Mehrheit der Europäer – zur Haplogruppe R1b, die zusammen mit R1a sogar mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmacht. Die Wurzeln von R liegen im eurasischen Raum, ihr Vorkommen in Deutschland und Europa ist nach Ansicht der Forscher auf eine Einwanderungswelle in der Bronzezeit zwischen 6000 und 2000 v. d. Zr. zurückzuführen. Interessant ist auch, daß zwischen I und R keine besonders enge Verwandtschaft besteht. So trennte sich I vor etwa 40.000 Jahren von der Haplogruppe J, die bei Arabern, Juden und anderen Bewohnern des Nahen Ostens dominant auftritt. R dagegen ist am engsten verwandt mit Haplogruppe Q, einem Zweig, der einerseits bei

Turkvölkern wie den Turkmenen und andererseits bei den Indianern stark vertreten ist. Die Mischung dieser beiden Gruppen begründet also den genetischen Hauptstamm der heutigen Deutschen, neben einigen Vertretern der Haplogruppen E, G und J. Dennoch bildet die Bevölkerung Deutschlands wie diejenige anderer Völker Europas einen gemeinsamen Genpool, der es ermöglicht, fast jeden einzelnen Europäer seinem Heimatland zuzuordnen. Das Maß der Homogenität der Völker ist heute bestimmt durch die Grenzen ihrer eigentümlichen Genpools. Die Heterogenität wurzelt in der unterschiedlichen Zusammensetzung und Abstammung ihrer Gründungspopulationen. Ein anschauliches Bild entsteht, wenn man sich verschiedene Regler vorstellt, von denen jeder eine Gründungspopulation mit einer bestimmten Haplogruppe repräsentiert. Jeder Regler wird für eine bestimmte Nation auf ein bestimmtes Maß eingestellt, bis die korrekte Zusammensetzung angezeigt wird. Die genaue Position der Regler – und ihre Zahl – charakterisieren dann die Homogenität oder Heterogenität der jeweiligen Bevölkerung.

Diese erste Untersuchung, die noch nicht in die Tiefe geht und nur die anteiligen Abstammungsverhältnisse männlicher Deutscher betrifft, macht schon deutlich, welche weitreichenden Möglichkeiten die Methode der Haplogruppenuntersuchung dem Bevölkerungsforscher liefert. Wir werden uns dem Thema daher in der nächsten Ausgabe erneut zuwenden und versuchen, konkretere Erkenntnisse über die Geschichte und Zusammensetzung der Völker Europas zu gewinnen.



Bronzezeit-Schlachtfeld an der Tollense

Das auf die Zeit um 1200 v. Chr. datierte bronzezeitliche Schlachtfeld am mecklenburgischen Fluß Tollense ist jüngsten Erkenntnissen zufolge nicht nur Schauplatz der größten bislang bekannten frühgeschichtlichen Schlacht im Norden Europas, sondern auch einer der frühesten Belege für die Beteiligung von Reitern an einem Gefechtsort weltweit.

Bis Ende 2015 wurden Skeletteile von mehr als 150 Toten geborgen, zumeist Männer und einige wenige Frauen und Kinder. Insgesamt rechnen die Archäologen mit 750 bis 1000 Toten, was eine Hochrechnung auf eine vierstellige Opferzahl erlaubt. Etwa 20 % der damals an einer Schlacht beteiligten Kämpfer, so schätzen Militärgeschichtler, fanden durchschnittlich den Tod. Das würde bedeuten, daß hier hoch im Norden mindestens 5000 Menschen in einen Kampf verwickelt waren. Anders als bislang angenommen handelte es sich bei den Streitparteien mit großer Wahrscheinlichkeit um in Mecklenburg beheimatete Angehörige der Nordischen Kultur sowie südlich benachbarte

Mitglieder der Lüneburger Kulturgruppe, die für den Einsatz von Bögen bekannt war. Aufgrund des Eindringwinkels von Geschossen an aufgefundenen Skeletteilen gehen die Forscher zudem vom Einsatz von Reitern in der Schlacht aus. Die Schlacht an der Tollense ist damit einer der frühesten Belege für den Einsatz von Reiterkriegern weltweit. Typisch für diese Zeit waren zumeist Kämpfe mit Streitwagen. Wie Carl-Heinz Böttcher, Verfasser einer überaus lesenswerten Studie zum „Ursprung Europas“ resümierte, waren bislang aus der Zeit vor dem 1. Jahrtausend, „weder aus Vorderasien noch aus Ägypten irgendwelche Belege für die Teilnahme von Reitern an Kampfhandlungen“ bekannt. „Sie wurden allenfalls“, so der Forscher weiter, „als Kurier eingesetzt.“ Daß bewaffnete Reiter im nordischen Kreis zu dieser Zeit üblich waren, beweisen auch schwedische Felsbilder, die berittene Speerträger zeigen (oben).



175.000 Jahre altes Neandertaler-Bauwerk?

Für Aufregung sorgt derzeit ein in einer südfranzösischen Höhle entdeckter Ring aus Stalagmiten, der künstlichen Ursprungs zu sein scheint und auf eine Entstehung um 175.000 Jahre vor heute datiert wurde. Das würde bedeuten, daß bereits der Neandertaler oder eine andere hier ansässige Menschenart komplexes Denken beherrschte und künstliche Bauwerke errichtete.

336 Meter vom Höhleneingang entfernt stießen Archäologen auf zwei etwa sechs Meter große kreisförmige Anordnungen von 35 cm langen Tropfstein-Fragmenten sowie vier kleinere Gebilde. Insgesamt wurden in diesen Kreisen rund 400 Tropfsteinstücke angeordnet (Bild rechts).



Die Entdeckung der Bruniquel-Konstruktionen und ihre Zuordnung zu den Neandertalern ist auf gleich zweifache Weise beispiellos: Zum einen enthüllt sie erstmals „die Aneignung eines tiefen Karstraums durch eine prämoderne Menschenart“, konstatieren Jaubert und seine Kollegen. „Zum anderen handelt es sich hier um ausgearbeitete Konstruktionen, die so noch nie gefunden wurden, erstellt aus hunderten von kalibrierten, zerbrochenen Stalagmiten, die absichtlich bewegt und an ihren jetzigen Platz gebracht wurden.“ Ihre Entdeckung spreche dafür, daß die Neandertaler-Gesellschaft weiter entwickelt war als bisher angenommen, denn sie umfaßte bereits moderne Elemente wie eine komplexe räumliche Organisation, die Nutzung von Feuer und die Besiedlung tiefer Höhlen.

Neues vom Jupiter-Mond Europa

Neue Aufnahmen des Hubble-Weltraumteleskopes weisen darauf hin, daß der Jupitermond Europa nicht nur einen subglazialen Ozean besitzt, sondern daß auch Wasserfontänen aus der Eiskruste seiner Oberfläche austreten und ins All aufsteigen.

Der Ozean aus flüssigem Wasser unter der Eiskruste des Jupitermondes enthält wahrscheinlich doppelt so viel Wasser wie alle Meere der Erde zusammen. Aufgrund der Gezeitenkräfte, die der nahe Jupiter auf seinen Mond ausübt, könnte dieser wässrige Lebensraum durchaus milde Temperaturen haben und so ideale Voraussetzungen für das Entstehen einfacher Lebensformen bieten.

Über die nun entdeckten Geysire des Jupitermondes könnte das Wasser aus Europas Ozean einfacher auf außerirdisches Leben untersucht werden.

Im Streit um die Germanen

...und ihre »sagenhafte« Vorgeschichte

Wutentbrannt stürzten sich die Männer auf ihre auf den Anhöhen ringsherum postierten Feinde – und trotz der schlechten Angriffsposition verlieh ihnen ihre Wut die nötige Kraft, den aus dem Hinterhalt angreifenden Feind vernichtend zu schlagen. Hier in Noreia im Jahre 113 v. Chr. lag die Geburtsstätte des „Furor Teutonicus“¹ – der teutonischen Wut, die sich in Gestalt der Kimbern, Teutonen und Ambronnen gegen die Römer entlud, die ihnen erst freies Geleit zusicherten, um sie dann heimtückisch zu überfallen.

Der Sieg in dieser Schlacht brachte jedoch keinen dauerhaften Frieden – zehn Jahre später fanden die meisten der germanischen Auswanderer, die um 120 v. Chr. gemeinsam mit ihren Familien aus ihrer Heimat aufgebrochen waren, in den Schlachten von Aquae Sextiae (102) und Verceilae (101) den Tod.

Fortan aber sollte die Angst vor den Germanen schicksalhaft für jene Macht werden, die im Begriff war, zur Weltmacht aufzusteigen – Rom.

Mit dieser Episode verbunden ist zugleich die frühe Erwähnung germanischer Stämme durch antike Chronisten.² Allerdings verwendeten diese für die „Cimbri Teutonique“ („Kimbern und Teutonen“) noch nicht die Bezeichnung „Germanen“, die erst einige Jahre später vom griechischen Autor Poseidonios um 80 v. Chr. eingeführt wurde.³

Der Germanen-Begriff

Weite Verbreitung in Rom fand die Germanen-Bezeichnung dank des römischen Feldherrn Julius Caesar, der diesen Namen in propagandistischer Absicht aufgriff, um seine linksrheinischen Eroberungen

(58-51 v. Chr.) historisch zu legitimieren. Links des Rheins – so Caesar – sitzen die Kelten, die er vollständig unterworfen habe, und rechts des Rheins die Germanen. Sicherlich ist diese strikte Trennung historisch unscharf, aber sind die Germanen deshalb bloß ein Mythos, eine Erfindung?⁴

Wenn es nach dem Willen der jüngeren Wortführer innerhalb der wissenschaftlichen Diskussion geht, ja. Ihnen zufolge sind die Germanen in der nachchristlichen Zeit quasi vom Himmel gefallen. Überhaupt wäre es grundsätzlich falsch von bestimmten Ethnien zu dieser Zeit zu sprechen, denn historisch überlieferte Stämme setzten sich – so jedenfalls einige dieser „Historiker“ – aus Menschen zusammen, die ihre Ethnien offenbar wechselten, wie heutige Menschen ihre Mäntel.⁵ Mit diesen absurden Thesen erweisen sich viele dieser heute führenden Historiker als lupenreine Vertreter eines herrschenden Multikulti-Zeitgeistes, in dem es keine Ethnien oder homogene Stämme und Völker geben kann, weil es sie qua Dictum nicht geben darf. Dabei widersprechen diese Vorstöße eklatant

den Überlieferungen der antiken Autoren, allen voran Tacitus (58-120 n. Chr.), der bezeugte:

„Die Germanen selbst sind, möchte ich meinen, Ureinwohner und von Zuwanderung und gastlicher Aufnahme fremder Völker gänzlich unberührt. ...

Ich selbst schließe mich der Ansicht an, daß sich die Bevölkerung Germaniens niemals durch Heiraten mit Fremdstämmen vermischt hat und so ein reiner, nur sich selbst gleicher Menschenschlag von eigener Art geblieben ist. Daher ist auch die äußere Erscheinung trotz der großen Zahl von Menschen bei allen dieselbe: wild blickende blaue Augen, rötliches Haar und große Gestalten, die allerdings nur zum Angriff taugen. ...

Die Bezeichnung Germanien sei übrigens neu und erst vor einiger Zeit aufgekommen. Denn die ersten, die den Rhein überschritten und die Gallier vertrieben hätten, die jetzigen Tungrer, seien damals Germanen genannt worden. So habe der Name eines Stammes, nicht eines ganzen Volkes, allmählich weite Geltung erlangt: zuerst wurden alle nach dem Sieger, aus Furcht vor ihm, als Germanen bezeichnet, bald aber nannten auch sie selbst sich so, nachdem der Name einmal aufgekommen war.“⁶

Um 100 wiesen also die von Tacitus beschriebenen Germanen einheitliche Körpermerkmale auf, was zwingend für eine einheitliche Ethnie oder Zusammensetzung aus eng verwandten Ethnien spricht.

Frühgermanen in den antiken Quellen

Was aber spielte sich in Germanien ab, bevor Kimbern und Teutonen im 2. Jahrhundert v. Chr. erstmals auf die Römer trafen?

Lange Zeit galt die um 600 v. Chr. in Schleswig-Holstein und Niedersachsen entstandene Jastorf-Kultur als frühestes faßbares Auftreten der Germanen; alles, was zeitlich davor lag, wurde als vorgermanisch bezeichnet. Tatsächlich aber sind die Germanen nicht um diese Zeit „entstanden“, wie es lange Zeit hieß, bevor der Begriff Germane selbst kurzerhand gestrichen werden sollte.

Als eine der ersten „(früh-)germanischen Kulturen“ kann die Lausitzer Kultur (1300-500 v. Chr.) bezeichnet werden, die eine Vorstufe ostgermanischer Stämme verkörperte. Eine zeitgleiche und eng verwandte Kultur bezeichnet man heute als „Urnenfelderkultur“ (1300-800 v. Chr.). Im Zeithorizont dieser, nach der Sitte ihre verbrannten Toten in Urnen zu bestatten benannten Kultur erfolgte eine schrittweise Südwanderung von Nord- und Mitteleuropa bis an die Küsten des Mittelmeers – ein Vorgang wie er sich über die Jahrhunderte seit der Jungsteinzeit immer wieder ereignet hatte.⁷ Erst mit den Römern setzte sich ein Volksstamm aus Südeuropa im Norden fest. In den Jahren 9 bis 16 n. Chr. wurde die römische Expansion indes vom Cheruskerfürsten Arminius gestoppt.

Idealisierte Germanen-Darstellung der 30er Jahre

Im Streit um die Germanen

Aus der Urnenfelderkultur, in deren Gestalt sich die Südwanderung der Stämme aus Europas Norden verfolgen läßt, erwuchs im nördlichen Voralpenraum die Hallstattkultur, die als früheste keltische Kulturstufe gilt.

Innerhalb weniger Generationen entstanden so aus der Vermischung zwischen Einheimischen und südwärts wandernden Stämmen, für welche die Forschung keinen besseren Sammelbegriff als „Frühgermanen“ besitzt, Kelten. Die antiken Autoren indes bezeichneten auch deren Vorfahren als Kelten oder Skythen. Grund hierfür ist keineswegs die wilde Vermischung und fehlende ethnische Konstanz, sondern im Gegenteil eine so enge Verwandtschaft der frühen Stämme der Germanen, Kelten und Skythen, die eine strikte Abgrenzung erschwerte. Die Germanen, deren Stamm der Tungrer als erste unter diesem Oberbegriff firmierten, wurden dabei sehr wahrscheinlich in Abgrenzung zu den mit alteuropäischen Stämmen vermischten Kelten als „Germani“, als „echte“, vermutlich im Sinne von „autochthon“ oder „unvermischt“ im Vergleich mit den Kelten, bezeichnet. Diesen Namen übernahmen Stämme wohl als eine Art besonders ehrenvoller Bezeichnung, vor allem wenn sie auf Römer trafen, wie der Römer Tacitus 100 n. Chr. berichtet.⁸ Somit ist also der Name Germanen durchaus eine zulässige Oberbezeichnung für die Stämme gleicher Herkunft aus dem Norden Europas.

Germanen, Kelten und Skythen

Germanen, Kelten und Skythen als eng verwandte Stämme? Sicherlich ein fremd-klingender



Germanische Sonnenwendfeier zur Bronzezeit

Im Streit um die Germanen

Gedanke in den Ohren des durchschnittlichen Geschichtskonsumenten Knoppscher Prägung. Tatsächlich aber haben einige antike Autoren diese über die Sprachverwandtschaft weit hinausgehende enge Verwandtschaft, die sich übrigens auf viele der indogermanischen Stämme eingangs des 1. Jahrtausends v. Chr. bezieht – Italiker, Hellenen, Thraker usw. – bestätigt.

So berichtet Plutarch (etwa 46–120 n. Chr.), der aufgrund des ihm noch vorliegenden historischen Materials die Lebensgeschichte verschiedener griechischer und römischer Feldherren und Staatsmänner überliefert hat, folgendes: „Die Ambronien stürzten nicht in ungeordnetem und wildem Lauf heran. Sie stießen auch nicht unartikulierte Kriegsgeschrei aus, sondern schlugen im Rhythmus ihre Waffen zusammen, und indem sie alle gleichzeitig Sprünge ausführten, riefen sie mehrfach ihren eigenen Namen: „Ambronien!“ Sei es, daß sie sich dadurch selbst zur Hilfe riefen, sei es, daß sie die Feinde durch die vorherige Ankündigung ihres Namens im voraus erschrecken wollten. Wie diese die Ambronien ihren Namen rufen hörten und ihren Ruf verstanden, riefen sie ihrerseits dagegen, daß dies ihre väterliche Benennung sei, denn die Ligurer nannten sich selbst so als Stamm.“

Jürgen Spanuth schreibt ausgehend von der Quellenlage über die Umbrer: Die Umbrer kamen wie auch die beiden anderen Völkern, die Teutonen oder Teutonen und die Kimmerier oder Kimbern, von der Kimbrischen Halbinsel und gelangten, wie die Funde beweisen, zur selben Zeit und mit denselben Waffen wie die anderen Nordmeervölker in ihre neuen Siedlungsgebiete. Herodot nennt die Umbrer „Ombriker“ und sagt, daß sie vor den „Tyrsenern“ in Umbrien saßen.

Die gleiche Herkunft bescheinigt Ammianus Marcellinus (4. Jhd. n. Chr.) in seinem Geschichtswerk den Dorern, die als frühester Stamm der klassischen Hellenen galten: „Die Dorier wurden von den äußersten Eilanden und aus den jenseits des Rheines (d.h. östlich des Rheines) liegenden Gebieten durch anhaltende Kriege und große Überschwemmungen des wilden Meeres aus ihrer Heimat vertrieben und wanderten nach Griechenland aus.“⁹

Ein anderer Stamm, der sowohl in Germanien als auch in Italien erscheint, sind die Marser, die u.a. Plinius d. Ältere bezeugt.¹⁰

Anmerkungen

1) „teutonische Raserei/Angriffslust“ oder im weiteren Sinn „germanische(r) Angriffsgeist/-lust“. Der Ausdruck wird meist dem römischen Dichter Marcus Annaeus Lucanus (39–65 n. Chr.) zugerechnet, in dessen Werk *Bellum civile* er nach heutiger Quelle erstmals auftaucht (*Liber Primus*, 255 f.).

2) Der römische Autor Plutarch, der sich auf die Memoiren des Sulla, des Catulus, des Rutilius Rufus sowie die

Historien des Poseidonios berief, bezeichnete erstmals die Kimbern als „Germanen“. Die heutige Forschung folgt ihm hierin, obgleich es auch Stimmen gibt, welche weitere Teilnehmer dieses Zuges als keltisch ansehen.

3) 30. Buch *Historien*. Umstritten ist eine frühere Nennung der Germanen auf den *Fasti Triumphalis* um 222 v. Chr., da es sich auch um eine spätere Umschreibung im Rahmen der augusteischen Fastenredaktion handeln kann. In den meisten Werken wird lediglich zwischen Kelten im Nordwesten und Skythen im Nordosten unterschieden.

4) So etwa Geary, P.-J. *Europäische Völker im frühen Mittelalter*. Zur Legende vom Werden der Nationen (Frankfurt 2002). Vgl. www.archaeologie-online.de/magazin/nachrichten/die-erfindung-der-germanen-33185.

5) Wikipedia schreibt dazu: *In jüngster Zeit wird in der Forschung die Instabilität ethnischer Identität gerade in der Antike verstärkt betont und das aus dem nationalstaatlichen Denken des 18./19. Jahrhunderts stammende Konzept der Germanen zunehmend in Frage gestellt.... Vereinzelt wird sogar gefordert, Germane und germanisch im wissenschaftlichen Kontext überhaupt nicht mehr zu verwenden. Die germanischen „Stämme“ (gentes, nationes) der Völkerwanderungszeit stellen nach heute dominierender Forschungsmeinung keine konstanten Einheiten oder Abstammungsgemeinschaften dar, auch wenn die Quellen dies teils suggerieren. Vielmehr schlossen sich beispielsweise gotischen Verbänden auch Rugier oder Heruler an; einzelne Individuen und ganze Gruppen konnten ihre „Ethnizität“ wiederholt wechseln.* Jörg Jarnut: *Germanisch. Plädoyer für die Abschaffung eines obsoleten Zentralbegriffs der Frühmittelalterforschung*. Wien 2004, S. 107 ff.

6) Tacitus *Germania* I, 2 u. 5 (verfasst um 100 n. Chr.)

7) Jüngere Versuche der Geschichtswissenschaft, eine Verbreitung von Süd – aus dem Voralpenraum – nach Nord zu suggerieren, dürften als gescheitert angesehen werden – vgl. dazu insbesondere für die Jungsteinzeitlichen Wanderbewegungen Böttcher, Carl-Heinz: *Der Ursprung Europas*. St. Ingbert 2000²

8) Andere Ableitungen sehen Germani = „Grenznachbarn“, „Schlachtrufer“ (gairm/garm = Geschrei) oder „Speermänner“ (Ger-mani).

9) So der antike Chronist Plutarch, zit. nach: Jürgen Spanuth: *Die Atlanter*. Tübingen 1976, Seite 102–105.

10) Plinius, *Naturalis Historia* 7, 15.



Germanen-Wanderung nach W. Petersen

Vor 150 Jahren:

Wie „Schwarz-Weiß-Rot“ entstand



„Reichsrennfahne“

Nach dem Ende des Deutschen Krieges im Jahre 1866 schloß das siegreiche Preußen mit den wichtigsten seiner Bündnispartner am 18. August 1866 das sogenannte Augustbündnis, durch das die Vorbereitungen für die Gründung des Norddeutschen Bundes getroffen wurden. Schon wenige Wochen später ergriff der Sekretär der Hamburger Handelskammer, Adolf Soetbeer, die Initiative für die Festlegung einer gemeinsamen Handelsflagge aller Handelsschiffe des zukünftigen Norddeutschen Bundes. Sein Vorstoß hatte einen durchaus nicht uneigennütigen Hintergrund. Die Hansestadt Hamburg hatte das Problem, daß ihre Flagge in den Häfen des Kaiserreichs Japan nicht zugelassen war. Aus diesem Grunde erhoffte er sich von einer gemeinsamen Flagge eine Wiederaufnahme des Handels mit Japan. Soetbeer veröffentlichte aus diesem Grunde im „Bremer Handelsblatt“ den Vorschlag, in Zukunft die preußischen Farben Schwarz-Weiß als gemeinsame Handelsflagge zu benutzen. In diplomatischer Bescheidenheit fügte er diesem Vorschlag aber dann eine Alternative hinzu: „Wir haben die Meinung äußern hören, ob nicht vielleicht die künftige gemeinsame deutsche Flagge in der Weise zu bilden sei, daß mit dem preußischen Schwarz-Weiß das alte Roth-Weiß zu einer Trikolore vereinigt werde, umso allen Theilen gerecht zu werden.“ Er bemerkte weiterhin, daß dies „im nahen und fernen Auslande dartun werde, daß für die staatlichen und nationalen Zustände Deutschlands eine neue Epoche eingetreten“ sei und daß dann statt der bisherigen neun Einzelflaggen auf allen 7000 Seeschiffen „von Emden bis Sylt sowie von Hadersleben bis Memel“ eine einzige Flagge an den deutschen Küsten wehen werde.

In dem Entwurf Bismarcks für die Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 9. Dezember 1866

schien dieser Vorschlag berücksichtigt zu sein. Dort heißt es: „Die Kauffahrteischiffe sämtlicher Bundesstaaten führen dieselbe Flagge: Schwarz-Weiß-Rot.“ Auch die Seestreitkräfte des Norddeutschen Bundes, denen die Aufgabe zukam, die Handelsflotte zu schützen, übernahmen die Farben. Nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 dauerte es jedoch über 20 Jahre bis Schwarz-Weiß-Rot im Jahre 1892 zur Reichsflagge erhoben wurde.

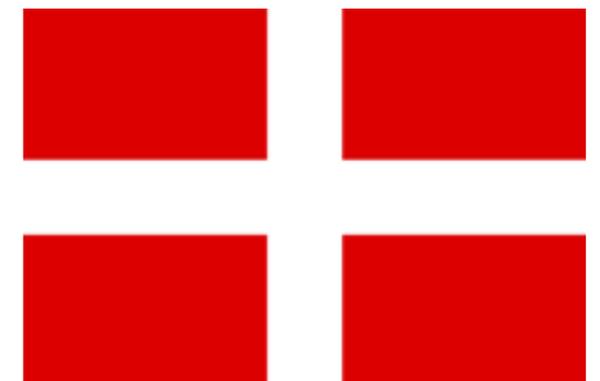
Daß Bismarck den Vorschlag aus Hamburg aufgegriffen hat, liegt nahe, aber der Beweis dafür fehlt. Aus seinen Äußerungen ist zu entnehmen, daß für ihn die Erinnerung an die brandenburgischen Farben Weiß-Rot der Anlaß für diese Farbenwahl war. Dabei gibt er zu, daß er die Befürwortung der neuen Farben durch die Vertreter der Hansestädte seinerzeit dankbar empfunden habe. Ausschlaggebend für die Wahl seien jedoch die kurbrandenburgischen Erinnerungen gewesen.

Letzteres mag insbesondere für Kaiser Wilhelm I. gegolten haben, der sich in erster Linie als Preuße verstand und dem das Aufgehen Preußens im neuen Deutschen Reich mehr Schmerzen als Freude bereitete. So ist Schwarz-Weiß-Rot letztlich Bismarcks diplomatischem Geschick zu verdanken, denn ohne den Verweis auf die Farben Brandenburgs hätte er dem Kaiser wohl niemals die Zustimmung zu Schwarz-Weiß-Rot abringen können.

Letztlich bleibt es also ungewiß, ob das Rot in der Reichsflagge für Brandenburg oder für die Hansestädte steht.

Zu bemerken ist jedoch, daß eine rote Flagge mit einem weißen Kreuz schon im Mittelalter das Reichsbanner war, von dem sich die Farben der reichsfreien Hansestädte ableiteten. Insofern hat Rot-Weiß noch eine allgemeinere Bedeutung.

Diese Farben haben übrigens in den Flaggen der Schweiz und Österreichs bis heute überlebt.



Flagge des Hl. Römischen Reiches dt. Nation



Wewelsburg Büren



Die 1123 errichtete und nach Zerstörung zwischen 1603 und 1609 im Weserrenaissance-Stil wiedererrichtete Wewelsburg bei Büren/Paderborn ist Deutschlands einzige Dreiecksburg in heute noch geschlossener Bauweise. Bekanntheit erlangte die Burg im Dritten Reich als geplante SS-Schule und mystischer Mittelpunkt des Reiches.

Das Letzte

Schmidt hat mit Mühe und Not 300 Euro gespart und trägt sie zur Bank, weil im BRD-Fernsehen empfohlen wurde, das so zu machen. Als er am Bankschalter steht, kommen ihm aber doch Bedenken, sich von dem schönen Geld zu trennen.

„Sagen Sie“, fragt er den Bankbeamten, „ist das Geld bei Ihnen auch bestimmt gut aufgehoben?“

„Aber ich bitte Sie!“, antwortet der Bankangestellte mit überlegenem Lächeln. „Natürlich steht Ihnen die Bank für den Betrag jederzeit gut!“

„Was ist aber, wenn die Bank in Konkurs geht?“

„Das ist zwar sehr unwahrscheinlich, lieber Herr Schmidt...aber bitte: in diesem Fall würde natürlich die BRD die Garantie übernehmen.“

„Und wenn die BRD zugrunde geht?“

„Also das sollte Ihnen 300 Euro wert sein.“

Tag der Deutschen Einheit in der BRD. Kanzlerin Merkel hält auf dem Platz vor dem Reichstag eine ihrer geschätzten Reden. Plötzlich fliegen ihr ein paar Kugeln um den Kopf, sie wirft sich geistesgegenwärtig zu Boden.

Die Polizei hat den Schützen sofort gestellt und bringt ihn nach vorn ans Rednerpult. Die Kanzlerin hat sich bereits wieder gefaßt, sie hat sich erhoben und richtet ihre Frisur. Dann sagt sie zu dem Mann:

„Das war wohl nichts. Was sind Sie denn von Beruf?“

Antwort: „Scharfschütze.“

Daraufhin fragt Merkel erstaunt: „Und da haben Sie nicht getroffen?“

„Naja, was willst Du machen, wenn Du ständig angestoßen wirst und alle um einen herum schreien: ‚Schieß doch...- schieß doch endlich!‘“

WWW.RECONQUISTA.JETZT

WWW.FACEBOOK.COM/RECONQUISTA.JETZT